



Plenarprotokoll

95. Sitzung

Kiel, Freitag, 17. September 1999

Gemeinsame Beratung

a) **Bericht des Landtagspräsidenten über die 8. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn**

b) **Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1998/1999 (Ostseebericht)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2289

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident	7139, 7155
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten.....	7141, 7154
Peter Lehnert [CDU]	7144
Dr. Gabriele Kötschau [SPD].....	7146
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7148
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7149
Anke Spoorendonk [SSW].....	7153

Beschluß: Überweisung des Berichts Drucksache 14/2289 an den Europaausschuß zur abschließenden Beratung

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/2368

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 14/2398

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD], Berichterstatter	7156
---	------

Beschluß: Verabschiedung..... 7156

Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Apenrade

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2327

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2369

7156 Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] Drucksache 14/2400	
Lothar Hay [SPD]	7156
Meinhard Füllner [CDU]	7157
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7158
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7159
Anke Spoorendonk [SSW]	7160
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7162
Heide Simonis, Ministerpräsidentin	7163
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	7164
Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2400	7165

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2182	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2404	
Helmut Jacobs [SPD]	7165
Roswitha Strauß [CDU]	7167, 7171
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7168
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7169, 7172
Anke Spoorendonk [SSW]	7170
Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	7172
Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/2382	7174

Bericht des Landtagspräsidenten gemäß § 28 des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten

Drucksache 14/2393	
Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident	7174
Holger Astrup [SPD]	7175
Beschluß: Überweisung an den Finanzausschuß	7175
Holger Astrup [SPD], zur Geschäftsordnung	7175

Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag

Landtagsbeschluß vom 26. September 1996 Drucksachen 14/223, 14/266 und 14/272	
Bericht der Enquetekommission Drucksache 14/2373 (neu)	
Jürgen Weber [SPD]	7176, 7179
Gero Storjohann [CDU]	7177
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7181
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7184, 7190
Anke Spoorendonk [SSW]	7186
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos]	7189
Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	7189
Dr. Jürgen Hinz [SPD]	7190
Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß, den Agrarausschuß, den Umweltausschuß, den Wirtschaftsausschuß, den Bildungsausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß zur abschließenden Beratung	7190

Bericht zur biologischen Behandlung und Verwertung von Bioabfällen zur Biogaserzeugung, zur Behandlung und Verwertung von Klärschlämmen

Landtagsbeschluß vom 2. Juni 1999 Drucksachen 14/1965 und 14/2162	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2361	
Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	7191
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	7192
Helmut Jacobs [SPD]	7193
Roswitha Strauß [CDU]	7194
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7195
Anke Spoorendonk [SSW]	7197
Beschluß: Überweisung an den Umweltausschuß und den Agrarausschuß	7197

Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2383	
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7198
Jürgen Weber [SPD]	7199
Jost de Jager [CDU]	7200
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7202
Anke Spoorendonk [SSW]	7203

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7204
Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß.....	7205
Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG)	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2119	
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	7205
Ursula Röper [CDU]	7206
Hermann Benker [SPD].....	7208
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7209
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7210
Anke Spoorendonk [SSW].....	7211
Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß und den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung	7212

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:00 Uhr**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind der Abgeordnete Peter Gerckens, die Abgeordnete Gisela Böhrk, die Abgeordnete Silke Hars, die Abgeordnete Ulrike Rodust und der Abgeordnete Peter Zahn erkrankt. Wir wünschen allen gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe die Punkte 25 und 26 der Tagesordnung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Bericht des Landtagspräsidenten über die 8. Ostseeparlamentarierkonferenz in Marichamm****b) Bericht über die Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 1998/1999 (Ostsebericht)**

Bericht der Landesregierung

7212 Drucksache 14/2289

Ich erteile dem Herrn Landtagspräsidenten das Wort.

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der **Ostseeraum als Wachstumsregion** durchläuft seit Jahren eine rasante Entwicklung. Die verbesserten Ausgangsbedingungen für grenzüberschreitende Kontakte und Investitionen im Ostseeraum sind auf das Netzwerk der engen Zusammenarbeit zwischen Parlamenten, Regierungen und auch Nichtregierungsorganisationen zurückzuführen. Handel und Verkehr haben einen respektablen Aufschwung genommen.

Das Auslandsengagement norddeutscher Unternehmen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ist in den ehemals sozialistischen Ländern des Ostseeraumes überdurchschnittlich gestiegen. Ohne das politische Miteinander wäre eine solche Entwicklung sicherlich nicht möglich gewesen. Dieses Vertrauen gilt es weiterhin zu festigen, eine Aufgabe, die natürlich vor allem der Politik zufällt.

Über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse im Ostseeraum haben Sie, die Abgeordneten des Landtages, sich in zahlreichen Ausschußsitzungen und auch hier im Plenum mit großer Regelmäßigkeit durch die **Regierung** informieren lassen. Dabei hat es unser **Parlament** nicht bei bloßer Kenntnisnahme bewenden lassen, sondern es ist auch selbst aktiv geworden. **Schleswig-Holstein** war auf der parlamentarischen Ebene von Anfang an dabei, als die Ostseezusam-

(Landtagspräsident Heinz-Werner Arens)

menarbeit kurze Zeit nach dem Fall von Mauern und Grenzen in Europa erste Konturen entwickelte.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und vereinzelt bei der CDU)

Die rasante Entwicklung, auf die ich eingangs hinwies, hat auch die **Zusammenarbeit** der Parlamente verändert. Waren zu Beginn das Ins-Gespräch-Kommen, die Kontakte, das Sich-Kennenlernen, der persönliche Kontakt unter Parlamentariern Ziel, Inhalt und Zweck, so stehen heute konkrete und zielgerichtete politische Aktivitäten im Mittelpunkt. Aus dem ursprünglichen Diskussionsforum ist eine Arbeitsplattform geworden, deren Ergebnisse zunehmend auch beachtet werden und aus unserer Sicht auch gern beachtet werden sollten.

Dieser Wandel, dieses neue Selbstverständnis der Parlamentarierkonferenz ist vor einem Jahr durch die 7. Ostseeparlamentarierkonferenz in Lübeck wesentlich mit eingeleitet worden. In Mariehamn - in der vergangenen Woche - wurde die Fortsetzung auf den Weg gebracht.

Im Anschluß an die erfolgreiche Auftaktveranstaltung in Lübeck vertiefte jetzt die achte parlamentarische Konferenz in Mariehamn das Thema „EU-Osterweiterung“ unter dem Blickwinkel der **sozialen Dimension**. Dabei wurde deutlich, daß sich unterschiedliche Lebensbedingungen, Armut und Arbeitslosigkeit zu sozialer Sprengkraft entwickeln können und damit auch die Sicherheit Europas gefährden können. Mittlerweile ist selbst in der Europäischen Union jeder zehnte Erwerbsfähige von Arbeitslosigkeit betroffen. In den ehemals kommunistischen Ländern sind die Probleme noch bedeutend größer. Hier sind besonders alte Menschen, kinderreiche Familien, Menschen in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der Textilindustrie von Armut betroffen, alles Sektoren, die eng mit dem alten System verbunden waren.

Die Konferenz war sich darin einig, daß die Länder im Übergang ihre Gesellschaftssysteme aus eigenem Antrieb verändern müssen. Unzureichende Produktivität, erhöhte Unfallzahlen am Arbeitsplatz und im Straßenverkehr, geringe Lebenserwartung, ungesunde Lebensgewohnheiten und teilweise unzureichende Fürsorge für Kinder signalisieren, daß ein verantwortungsvolles soziales Verhalten noch fehlt. Die Lösung dieser Probleme ist untrennbar mit dem Aufbau einer Zivilgesellschaft verbunden.

Infolge Grenzöffnung und EU-Beitrittsprozeß rücken die Länder im Ostseeraum ohne Zweifel näher zusammen. Politik muß vermehrt für soziale Ausgewogenheit und einen schrittweisen Abbau des Wohlstandsgefälles sorgen. Die in Mariehamn verabschie-

dete Resolution trägt dem Rechnung. Die Ostseeparlamentarier fordern den Ostseerat und die Regierungen der Konferenzteilnehmer - also auch unsere Regierung - auf, sich für eine aktive Beschäftigungspolitik, für Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sowie für mehr soziale Gerechtigkeit und verbesserte Lebensbedingungen einzusetzen. Soviel zum Thema „Soziales“!

Der zweite Schwerpunkt, mit dem sich die Ostseeparlamentarierkonferenz befaßte, war das Thema „Umwelt“. Auch hierzu möchte ich nur wenige Anmerkungen machen.

Unser politisches Leitziel ist gleichzusetzen mit Sicherheit und Stabilität im Ostseeraum. Mittel und treibende Kraft ist das, was man in der Sprache der Ostseekooperation „region-building“ nennt: Ausbildung einer gemeinsamen Identität aller Anrainerstaaten rund um die Ostsee, ein Prozeß also, der im Kopf beginnt. „Region-building“ bedeutet konkret, Gemeinsamkeiten herauszukristallisieren und im Rahmen von grenzüberschreitender und transnationaler Zusammenarbeit einen Mehrwert für alle Beteiligten zu schaffen. Welcher Bereich wäre da besser geeignet als der Bereich der **Umwelt!**

Die Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn hat das Thema „Nachhaltige Entwicklung und Umweltaspekte“ aufgegriffen. Damit entsprach sie nicht nur dem Wunsch des Åländischen Lagting, sondern auch einem gerade aus unserem Landtag wiederholt geäußerten Wunsch.

Mariehamn hat deutlich gemacht, daß allen Anrainerstaaten daran gelegen ist, die **Ostsee** als unsere gemeinsame Lebensgrundlage zu erhalten und mit ihr und ihren Ressourcen pfleglich und verantwortungsvoll umzugehen.

(Vereinzelter Beifall im ganzen Hause)

Das Thema „Transeuropäische Netze“ - insbesondere **Verkehr** und **Energie** - zog sich als roter Faden durch die Konferenz. Verschiedene Forderungen wurden diskutiert und in einer Resolution auch angenommen, so zum Beispiel ein Umlenken der Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene und auf das Wasser,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die vermehrte Nutzung erneuerbarer Energien, die Errichtung eines Energieverbundes und eines gemeinsamen Energiemarktes im Ostseeraum, die Aufforderung an die Baltic Agenda 21 und HELCOM, zusammen mit dem Ostseerat weitere Strategien für eine nachhaltige Umweltpolitik zu entwickeln.

(Landtagspräsident Heinz-Werner Arens)

Ferner konzentrierte sich die Diskussion auf das Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“; gemeint ist, die Bedürfnisse einer wachsenden Zahl von Menschen befriedigen zu können, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu beeinträchtigen. Hieraus soll kein Primat eines Politikbereiches - weder der Umweltpolitik noch der Sozialpolitik noch der Wirtschaftspolitik - abgeleitet werden. Nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung reicht über Einzelfragen weit hinaus. Sie verbindet ökologische, ökonomische und soziale Aspekte.

Es stellt sich natürlich die Frage, welche Richtung in dem Dreieck „Ökologie - Ökonomie - Soziales“ einzuschlagen ist. Mariehamn blieb hier - ich sage dies sehr deutlich - noch eine Antwort schuldig. Der technische Fortschritt und der gesellschaftspolitische Wandel führen zu immer neuen Ausgangsbedingungen. Insofern durchlaufen wir ständig neue **Such-, Lern- und Erfahrungsprozesse**, und zwar auch mit der Ostseeparlamentarierkonferenz. Standpunkte und politische Strömungen wurden erneut deutlich. So entzündete sich die Diskussion nicht zufällig an der Forderung nach einem - ich zitiere - „schnellstmöglichen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie“. Die Problematik und die Grenzen der dem Konsensprinzip verpflichteten Konferenz traten an diesem Punkt besonders deutlich zutage.

Dennoch: Wir stehen nicht am Ende einer Entwicklung, sondern eher am Anfang.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Je wichtiger und bedeutender die Konferenz, desto sorgfältiger muß dem vorprogrammierten Konflikt zwischen dem Finden gemeinsamer Positionen und der Freiheit des Abgeordnetenmandats Rechnung getragen werden. Das Zusammenbringen unterschiedlicher Standpunkte im Konsens ist Ausdruck politischer Kultur. Um sie gilt es sich zu bemühen. Ich denke, auch dieses Bemühen prägte spürbar und sichtbar die Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz kann natürlich keine singuläre Veranstaltung sein. Das gilt auch für unseren Landtag. Auch wir werden solche Konferenzen immer besser vor- und nachzubereiten haben, zum Beispiel durch das Umweltforum, das wir noch vor den Sommerferien durchgeführt haben, aber auch durch andere Veranstaltungen, insbesondere im Rahmen der Arbeit des Europaausschusses hier im Hause.

Ich denke, daß Mariehamn weitere Denkanstöße gegeben hat. Ich möchte gern auf die Schlußveranstaltung

eingehen und ein wenig aus dieser Veranstaltung zitieren. Damit komme ich auch zum Ende dieses Berichts.

Als letzter Redner der Konferenz zog der Initiator der ersten Ostseeparlamentarierkonferenz, der ehemalige finnische Reichstagspräsident Kalevi Sorsa, in Mariehamn Bilanz. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Im Hinblick auf die **Erweiterung der Europäischen Union** sprach Sorsa sich nachdrücklich für eine gesamteuropäische Integration aus. Es sei wichtig zu erkennen, daß auch die Union vitale Interessen zu verteidigen habe. Die aktuellen Erweiterungsverhandlungen unterstrichen die Notwendigkeit, eine eigene Politik für den Ostseeraum zu entwickeln. Die finnische Initiative für eine nördliche Dimension biete, wie die Reaktionen der EU und der Ostseeanrainer gezeigt hätten, hierfür geeignete Ansatzpunkte. Er sagte, daß die Ostseeparlamentarierkonferenz seit ihrer Gründung einen Entwicklungsprozeß von der Vision zur Aktion durchlaufen habe. Nur so konnte sie ihre Position als beratendes parlamentarisches Gremium im Ostseeraum festigen, und das mit Erfolg. Als Gründervater begrüßt er nicht ganz ohne Stolz diesen Wandlungsprozeß.

Das haben wir als Teilnehmer an der Konferenz aus diesem Landtag mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir werden uns auch weiterhin aktiv in diese Arbeit einbringen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher, nämlich Auszubildende der Landesentwicklungsgesellschaft Schleswig-Holstein, Kiel, und Schülerinnen und Schüler der Grone-Schule, Kiel. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

In der Loge begrüße ich unseren ehemaligen Kollegen Manfred Frank. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Herr Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir legen mit diesem **Ostseebericht** die jährlich übliche **Bilanz** vor, die auch deswegen ausführlich und detailliert ausfällt, weil dieser jährliche Ostseebericht, der dem Landtag vorgelegt wird, in der Zwischenzeit für viele

(Minister Gerd Walter)

eine fortgeschrittene Informationsquelle über die Ostseepolitik ist. Deshalb ist dieser Bericht auch sehr gefragt.

Er ist eine Bilanz, zu der wir in jedem Jahr sehr viel beigetragen haben. Man kann gar nicht alles aufzählen. Ob es das Ostseejugendbüro ist, ob es die Sozialhansa ist, die heute abend in Travemünde wiederbelebt wird, ob es die deutsch-nordische Juristenvereinigung ist, ob es die unermüdlichen Kammern sind, wir sollten uns heute - wie in jedem Jahr - von Herzen bei den vielen Akteuren im Lande bedanken, die das Thema Ostseekooperation in Schleswig-Holstein mit Leben erfüllen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Ich weiß sehr wohl, daß sich manche gelegentlich von dem Thema **Ostseekooperation** ermüdet fühlen und daß man immer wieder mit der Frage konfrontiert wird, was dabei in Mark und Pfennig herauskommt. Ich finde, wir haben am 1. September diesen Jahres an der Westerplatte bei Danzig ein beeindruckendes Beispiel erlebt, und zwar aus Anlaß der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen: Es war keineswegs selbstverständlich, daß eine Delegation des Landes Schleswig-Holstein, mit der Ministerpräsidentin an der Spitze, dazu eingeladen war. Und wenn es nur diese eine Geste der Aussöhnung gewesen wäre, die das Ergebnis von Ostseekooperation wäre, dann hätte sich die Anstrengung schon gelohnt.

(Beifall im ganzen Haus)

Man kann nicht alles in Mark und Pfennig messen. Wir verweisen in dem Bericht darauf, daß sich auch in diesem Berichtsjahr die **politischen Rahmenbedingungen** für die Ostseekooperation weiterentwickelt haben. Die Maßnahmen der Europäischen Union im Rahmen der sogenannten Vorbeitrittsstrategie - auch für die Ostseeanliegerstaaten - sind angelaufen. Die nördliche Dimension der EU war Thema auf Gipfeln in Wien und Köln und wird Thema der Außenministerkonferenz im November sein.

Die gemeinsame Strategie für Rußland ist in Köln auf dem Gipfel beschlossen worden. Die USA - aber auch Frankreich und England - widmen der Ostseekooperation gesteigerte Aufmerksamkeit. Interessanterweise ist man in Washington - auch in Ostseefragen - hell-sichtiger, als man das in Deutschland gelegentlich ist.

Die Agenda 2000 hat die Fortführung des Ostseeprogramms INTERREG II c grundsätzlich gesichert, auch wenn die Verzahnung mit dem PHARE-Programm noch unzureichend ist. Im übrigen wird auch die für

uns unverändert bedeutsame Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark in den Grenzregionen fortgesetzt.

Auf der anderen Seite müssen wir auch sagen, daß der **Ostseerat** als Motor der Ostseekooperation eher ein wenig schwächelt. Das war wohl auch die übereinstimmende Beurteilung bei dem letzten Treffen in Palanga. Das ist Ausdruck einer organisatorischen Schwäche, aber es ist vielleicht auch Ausdruck eines politischen Mißverständnisses, daß mit Näherrücken der EU-Mitgliedschaft der Ostseeanliegerstaaten - oder der schon vollzogenen EU-Mitgliedschaft - die Ostseekooperation gewissermaßen unwichtiger werde. Ostseekooperation wird damit als eine Art Durchlauf-erhitzer für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union mißverstanden.

Das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir das ökonomische Potential der Ostseeregion wirklich entwickeln wollen, wenn wir das politische Gewicht der Ostseeanlieger im größeren Europa einbringen wollen, wenn wir in Brüssel als Ostseeregion gehört werden wollen, dann muß die **Ostseekooperation** vertieft werden, gerade und erst recht in einer größeren EU, in der Großregionen innerhalb der EU eine größere Bedeutung - auch im Wettbewerb untereinander - haben werden.

(Beifall bei SPD und SSW)

In den nächsten zehn Jahren wird die Ostseekooperation ganz im Zeichen der sogenannten **Osterweiterung** stehen. Ich denke, wir werden alles tun, damit der bevorstehende Gipfel in Helsinki die Liste der Ostseeländer komplettiert, die in der ersten Linie der Beitrittskandidaten stehen. Litauen und Lettland gehören dazu. Es ist höchste Zeit für einen solchen Schritt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es ist ein gutes Zeichen, daß der deutsche Bundeskanzler in den nächsten Wochen mit einem Besuch dies dort unterstreichen wird und damit Irritationen, die in der Vergangenheit über die deutsche Haltung gegenüber den baltischen Staaten entstanden sind, ausräumen helfen wird.

(Beifall bei der [F.D.P.] und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir müssen unsererseits alles tun, um die Kandidaten vorzubereiten, um die Folgeprobleme der Erweiterung zu reduzieren, die - wenn ich das kritisch anmerken darf - im Augenblick allenthalben noch unter-

(Minister Gerd Walter)

schätzt werden. Wir leisten als Land Schleswig-Holstein dazu unsere bescheidenen Beiträge in der Zusammenarbeit mit Nordpolen und in der Zusammenarbeit mit den Partnern in den baltischen Staaten und werden dies auch in Zukunft tun.

Darüber hinaus werben wir in diesen Wochen sehr stark für eine internationale **Gemeinschaftsaktion zugunsten von Kaliningrad**, denn Kaliningrad ist auf dem Wege, zu einer russischen Exklave zu werden, inmitten von Staaten, die der Europäischen Union angehören. Bevor sich dort - inmitten der Union - auf Dauer ein Krisenherd etabliert, müssen wir gemeinschaftlich international etwas tun, um mit den Autoritäten in Kaliningrad zusammen etwas für diese Region zu tun, damit sie in Zukunft ihren Platz findet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Im übrigen ist bilaterale Hilfe und Kooperation mit den Beitrittsländern nicht alles. Bei dem Bericht des Herrn Landtagspräsidenten ist das Stichwort „region-building“ gefallen. Je mehr die Ostseekooperation das realisiert, was im Kalmarer Aktionsprogramm der Außenminister niederlegt ist, je mehr wir als Region wirklich in der Infrastruktur und all den Dingen, die auf dem Wunschzettel stehen, zusammenwachsen, desto besser ist es auch für die Beitrittsländer. Die wirksamste Hilfe für die Beitrittsländer liegt in einer entwickelten Ostseekooperation.

Die permanente Hauptaufgabe für uns hier im Lande heißt nach wie vor, die Weichen in allen Bereichen des Landes so zu stellen, daß es der **Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins** in der Ostseeregion nützt. Darüber waren wir uns auch im letzten Jahr einig. **Leitprojekte** sind als offene Liste definiert. Sie werden zur Zeit mit dem Initiativkreis Ostsee abgearbeitet. Manches macht dabei gute Fortschritte, wie etwa die Kooperation mit der Øresundregion und mit Hamburg im Rahmen des **STRING-Projekts**, aber auch die Kooperation der Hochschulen. Manches ist zäh, das soll nicht verschwiegen werden, wie etwa das Thema des gemeinsamen Arbeitsmarktes in der **Grenzregion**, dessen Nichtexistenz ja dazu beiträgt, daß die Grenzregion ökonomisch hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch manches, was wir davor bewahren müssen, am Ende zerredet zu werden. Ich will das am Beispiel der Fehmarnbeltdebatte aufzeigen. Natürlich muß am Ende gerechnet und gewogen, meinetwegen auch abgewogen werden. Aber was ja so schwer meßbar ist, ist, daß ein solches Projekt beispielsweise für

den Aufbruch Skandinaviens nach Berlin steht, für das Zusammenwachsen der südlichen Ostseeregion und für Schleswig-Holsteins Zukunft in Europa überhaupt. Das darf man nicht zerreden; das Für und Wider solcher Projekte muß man zwar auch in Mark und Pfennig ausdrücken, aber es läßt sich eben nicht nur in Mark und Pfennig ausdrücken. Diese Bemerkung wollte ich jedenfalls gemacht haben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

Die Weichenstellungen, die in Schleswig-Holstein notwendig sind und über die es grundsätzlich ja gar keinen Dissens gibt, werden durch die Möglichkeiten erleichtert, die wir als Ergebnis der **Agenda 2000** in den nächsten sieben Jahren in Schleswig-Holstein haben werden. Ich erinnere daran: Wenn der Restdissens mit der Kommission ausgeräumt sein wird, werden wir in Schleswig-Holstein innerhalb von sieben Jahren insgesamt - alle Mittel zusammengerechnet - ein Volumen von 2 Milliarden DM bewegen können. Das ist das größte Programm, das es jemals für die Zukunftsentwicklung in Schleswig-Holstein gegeben hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen diese Chance nutzen. Deshalb sage ich aus gegebenem Anlaß: Wir sollten diese Chance nicht durch ein Vabanquespiel mit der Kommission, zum Beispiel wenn es um Naturschutzgebiete geht, gefährden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Jeder sollte genau wissen und abwägen, was dort im einzelnen zu geschehen hat.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Insgesamt blicken wir gemeinsam - ich sage an dieser Stelle bewußt „gemeinsam“ - auf eine respektable **Bilanz**, aber wir blicken auch - wie in jedem Jahr - noch auf sehr viel vor uns liegende **Arbeit**. Die Basis dafür ist gut. Insbesondere in den letzten Wochen ist noch einmal deutlich geworden, daß Schleswig-Holstein nach wie vor einen guten Namen in der Ostseeregion hat. Ihn zu pflegen und ihn zu mehren sollte uns gemeinsam auch in Zukunft ein Anliegen sein. Was immer in den nächsten Wochen in diesem Lande auf den Hauklotz des Wahlkampfes gelegt wird, die Ostseezusammenarbeit gehört dort nicht hin.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Zunächst hat nun Herr Abgeordneter Lehnert das Wort.

(Claus Hopp [CDU]: Sehr gut!)

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin froh, daß wir heute die Gelegenheit haben, über einige **Grundsätze der Ostseepolitik** miteinander zu diskutieren. Besonders erfreulich im Bereich der Europapolitik und hier insbesondere bei der Zusammenarbeit im Ostseeraum ist die weitgehende Übereinstimmung aller Fraktionen in diesem Hohen Hause. Ich halte das auch im Sinne einer effektiven Interessenvertretung Schleswig-Holsteins für dringend erforderlich.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD], Holger Astrup [SPD] und Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

Diese grundlegende Übereinstimmung darf uns allerdings nicht davon abhalten, die Politik der Landesregierung auch in diesem Bereich kritisch zu begleiten.

Um so mehr freue ich mich über die Tatsache, daß der CDU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Volker Rühle, immer wieder deutlich gemacht hat, für wie wichtig er den Bereich der Europapolitik hält. Dies wird besonders dadurch deutlich, daß er diesen Bereich weiter aufwerten will. Damit unterstreicht der die Bedeutung der Europapolitik.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Bedeutung der **Ostseeparlamentarierkonferenz** hervorheben, die ein wichtiges Forum des Gedankenaustausches und der gemeinsamen Koordination ist. Als Teilnehmer der 8. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn erlauben Sie mir einige Ausführungen dazu.

Zunächst möchte ich mich aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die mit der Vorbereitung der Tagung befaßt waren, herzlich für die gute Vorarbeit bedanken.

(Beifall im ganzen Haus)

Das dort beschlossene Papier für den Bereich der **Verfahrensregeln** für die Parlamentarierkonferenz und für das Standing Committee ist ein Schritt in die richtige Richtung. Leider beinhaltet es aber nicht alle unsere Wünsche für eine neue effektivere Arbeitsstruktur. Dies sollte uns allerdings nicht davon abhalten, bei den folgenden Konferenzen für weitere Verbesserungen in diesem Bereich einzutreten.

Ich halte es für eine der zentralen Herausforderungen in diesem Prozeß, ob es uns gelingt, insbesondere **Rußland** noch stärker in das regionale Beziehungsgeflecht einzubinden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! - Beifall der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

Die Teilnahme von **Abgeordneten der Regionalparlamente** aus dem Kaliningrader Gebiet, der Leningrader Oblast und aus Karelien sowie des Förderationsrates an der 8. Ostseeparlamentarierkonferenz ist meines Wissens die bisher stärkste Präsenz auf einer solchen Veranstaltung und insoweit ein ermutigendes Zeichen.

Einen fruchtbaren Gedankenaustausch mit konkreten Ergebnissen werden wir aber nur erreichen, wenn wir alle Länder bei den wichtigen Zukunftsfragen einbeziehen. Rußland ist und bleibt ein wichtiger Ostseerainer, und es blickt hierbei auf eine viele hundert Jahre dauernde Tradition zurück. In dieser Zeit gab es immer wieder enge Bindungen zu Schleswig-Holstein. Heute und in Zukunft werden wir die **Ostseekooperation** nur unter **Einbindung Rußlands** dauerhaft sichern können.

Allerdings muß in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, daß der Schlüssel für eine positive Entwicklung dabei weitgehend im Lande selber liegt. Wir können nur hoffen, daß die Dumawahlen im Dezember dieses Jahres und die Präsidentschaftswahlen im Sommer nächsten Jahres ein Ergebnis bringen, das für politische Stabilität sorgt und die dringend notwendigen Reformen voranbringt.

Im Rahmen der Diskussion zur anstehenden Erweiterung der Europäischen Union ist es die Aufgabe Schleswig-Holsteins, sich aktiv in die Diskussionen mit einzubringen. Es geht darum, nicht nur Polen, sondern auch die drei baltischen Staaten möglichst schnell in die Lage zu versetzen, der Europäischen Union beizutreten. Dabei gilt es, die von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel zu nutzen, um in enger Kooperation mit den **Beitrittsstaaten** die Aufnahmevoraussetzungen zu erfüllen.

Allerdings müssen auch wir uns auf die zu erwartende Erweiterung der Europäischen Union vorbereiten. Dabei werden wir wichtige Entscheidungen für die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins zu treffen haben.

Eine bedeutende Aufgabe für **Schleswig-Holstein** ist die Stärkung der **Wirtschaftsbeziehungen** in der Ostseeregion. Bei aller Bedeutung der Förderung

(Peter Lehnert)

etwa des kulturellen Austausches muß die Politik gerade im Bereich des Handels und der Wirtschaft noch mehr unterstützend tätig werden. Die Bedeutung dieses Ziels für den Erhalt und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wird immer noch unterschätzt. Erfreulicherweise sind die schleswig-holsteinische Wirtschaft und ihre Organisationen in diesem Bereich sehr aktiv. Hierbei möchte ich die Aktivitäten der Industrie- und Handelskammer und ihres Hauptgeschäftsführers in Kiel, Herrn Janzen, besonders hervorheben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, daß in diesem Bereich in den letzten Jahren Erhebliches erreicht wurde. Dies gilt es auszubauen und politisch aktiv zu unterstützen. Dabei werden wir ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** legen. In diesem Zusammenhang ist die anstehende Entscheidung über den Bau der **Fehmarnbeltquerung** von großer Bedeutung.

Auch die Kooperation im **Bildungsbereich** gilt es weiter auszubauen. Dabei stelle ich mir nicht nur eine Zusammenarbeit auf hoher, ministerieller Ebene oder zwischen Fachbehörden vor, sondern ganz konkret auch einen aktiven Einsatz für das menschliche Miteinander. Gerade beim Schüleraustausch im Bereich der Ostsee gibt es gute Ansätze. Dies ist wichtig, damit sich vor allem die jungen Menschen näherkommen und einander besser verstehen. Auch die Chance für Studenten, sich in den jeweiligen Ländern weiterzubilden, sollten weiter ausgebaut werden. Doch gilt es auch, über den großen Chancen für unser Land in der Ostseeregion mögliche Gefahren und Risiken nicht zu vergessen.

Schon heute ist die **grenzüberschreitende Kriminalität** ein ernstes Problem, dem wir entschlossen begegnen müssen. Gerade den umfassenden Komplex der sogenannten Schleuserkriminalität in Verbindung mit Menschenhandel und Prostitution müssen wir dabei energischer als bisher bekämpfen. Die 6. Ostseeparlamentarierkonferenz 1997 in Danzig hatte die Bekämpfung der organisierten Kriminalität als Hauptthema. Was vor zwei Jahren von den teilnehmenden Parlamentariern beschlossen wurde, gilt unverändert: Gemeinsam mit den anderen Ostseeanrainerstaaten werden unsere Erfolgsaussichten erheblich größer sein.

Nicht nur vor dem Hintergrund der Bekämpfung der Kriminalität muß es ein elementares Ziel der internationalen Ostseepolitik sein, die **Lebensbedingungen** der Menschen vor allem im früheren Ostblock vor Ort zu verbessern.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

In erster Linie betrifft dies die **baltischen Staaten** und **Rußland**. Die Vorteile auch für uns liegen dabei auf der Hand.

In der Konferenz von Mariehamn mit ihrem **Umweltschwerpunkt** ist von mehreren Rednern zu Recht darauf hingewiesen worden, daß es beispielsweise im Bereich der Abwasserbehandlung unser Interesse sein muß, dazu beizutragen, daß **Abwässer** nicht wegen mangelnder finanzieller Mittel ungeklärt in unsere gemeinsame **Ostsee** eingeleitet werden. Es ist auch in unserem Interesse, hierbei ausreichend projektbezogene Mittel bereitzustellen. Bei uns wird mit hohem finanziellen Aufwand das letzte Milligramm an Schadstoffen herausgefiltert. Mit dem gleichen Geld könnten wir in den betroffenen Ländern für unsere Umwelt erheblich mehr tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Liste der Herausforderungen, die wir im Ostseeraum gemeinsam aktiv anzugehen haben, stellt uns vor immer neue Aufgaben. Zu einer engagierten Ostseepolitik gibt es keine Alternative. Auch wenn unser Land die anstehenden Probleme nicht allein lösen können, müssen wir doch einen angemessenen Beitrag dazu leisten. Dieser kann und muß stärker sein als bisher.

Die widernatürliche Spaltung Europas durch den Eisernen Vorhang, der auch durch unser Land verlief, wurde überwunden, und wir sind nun dabei, neue und immer intensivere Formen der **Kooperation** zu entwickeln. Dies schafft für die gemeinsame Zukunft das erforderliche Vertrauen und Verständnis zwischen den Nachbarn, aus denen nun zunehmend Partner und Freunde geworden sind.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz leistet dazu - hierin waren sich die Teilnehmer und Beobachter in Mariehamn einig - einen wertvollen Beitrag. Deshalb ist es richtig und wichtig, daß sich unser Parlament und vor allem der Europaausschuß als Arbeitsebene weiterhin engagiert und intensiv in die Zusammenarbeit im Ostseeraum einbringt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Kötschau.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selten gibt es im Landtag eine solche Einigkeit wie in der Frage der **Ostseekooperation**, und das ist gut so.

Die bisherigen Ergebnisse geben uns darin recht, dieses Thema als ein gemeinsames, für unsere Zukunft und die unserer Kinder wichtiges zu betrachten und die hierin liegenden Chancen zu nutzen. Um nichts zu wiederholen, was sowohl der Herr Landtagspräsident in seinem Bericht als auch der Europaminister in seinem Ostseebericht, als auch Sie, Herr Lehnert, vorgelesen haben - es gibt große Übereinstimmungen zwischen uns -, möchte ich mich gern auf einige Punkte beschränken, die mir erwähnenswert und besonders wichtig erscheinen.

Mit den Namen Björn Engholm, Gerd Walter und Heide Simonis ist heute im gesamten **Ostseeraum** die Tatsache verbunden, daß das Binnenmeer Ostsee nicht trennt, sondern stark verbindet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich auch darüber, daß die Bedeutung des Ostseeraums von der neuen Bundesregierung sehr deutlich anerkannt wird. Die Reise von Außenminister Joschka Fischer in die baltischen Staaten war ein sehr positives Signal. Der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers Gerhard Schröder setzt dies fort. Wir werden alles daransetzen, daß dies so bleiben wird.

Wir begrüßen das Zusammenwachsen und den großen Anteil, den **Schleswig-Holstein** von Anfang an hieran hatte. Hierzu gehören einmal die Eröffnung gemeinsamer **Repräsentanzen** in verschiedenen Ländern und dann **Kooperationen** sowie ganz konkrete **Projekte**, die ich aus Zeitgründen nicht im einzelnen aufführen will.

Die letzte Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn hat deutlich gezeigt, daß es inzwischen eine eigenständige parlamentarische Arbeit im Ostseeraum gibt, die nicht mehr nur Regierungshandeln begleitet, sondern selbständig und in eigener Regie Kooperationen und Projekte initiiert und so dem Zusammenwirken eine breite demokratische Legitimation verleiht. Die Ziele sind auf allen Ebenen die gleichen: die Schaffung von Stabilität und Sicherheit im Ostseeraum als Grundlage für eine Stabilisierung in Europa.

Deutlich wurde in der Diskussion der Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn besonders die **soziale Dimension**. So korrespondiert der Wechsel zur sozialen Marktwirtschaft in den osteuropäischen Anrainerstaaten mit den Folgen der Privatisierung. Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter

auseinander. Das führt - Herr Kollege Lehnert hat schon darauf hingewiesen - zu einem bedenklichen Anstieg der Prostitution, zu einem Anstieg des Schwarzmarkts und zu einem Rückgang der Möglichkeiten für den Staat, Steuern überhaupt nur einzutreiben.

Der Herr Landtagspräsident hat in seinem Bericht über die Ostseeparlamentarierkonferenz auf den sozialen Sprengstoff hingewiesen, der sich durch die unterschiedlichen Lebensbedingungen, die Armut und die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern entwickelt. Auch mich hat der engagierte Vortrag der estnischen Abgeordneten Marjo Laurestin sehr beeindruckt. Die soziale Dimension der postkommunistischen Regime, sagte sie, verlangt vor allem eine starke bürgerliche Gesellschaft. Von Armut bedroht sind in den neuen Staaten alte und junge Menschen und Menschen, die zu den alten Strukturen gehören. Das bedeutet zum Beispiel, daß Frauen, die früher eine hohe Bildungsstufe in diesen Ländern erreicht hatten und in allen Bereichen des Lebens eine große Rolle spielten, von der Armut besonders betroffen sind und heute gesetzlicher Hilfe bedürfen.

Neben der Situation der Frauen ist für mich ein sehr erschreckendes Phänomen die Zunahme der Straßenkinder, die es überwiegend in den neuen osteuropäischen Staaten, auch rund um die Ostsee, gibt. Die Umstellung auf ein völlig neues System und zugleich der Wettbewerb um die Aufnahme in die Europäische Union allein überfordern viele Staaten. Auch das ist ein Stück Ostseekooperation: diesen jungen Staaten auf den Weg zu helfen.

Der Kaliningrader Duma-Abgeordnete Ustyugov betonte, die Zukunft werde auch davon abhängen, in welchem Umfang **Verantwortung** übernommen werde. Die Entwicklung gerade in den neuen Staaten rund um die Ostsee werde uns noch viele Jahre vor große Herausforderungen stellen, so im Bereich von Bildung und Wissenschaft, der Wirtschaft, der sozialen Probleme und der Umwelt. Seit etwa zwei Jahren beschäftigt sich Kaliningrad verstärkt mit dem Thema Umweltschutz. Das, meine Damen und Herren, ist mit Sicherheit ein Erfolg auch der engen Zusammenarbeit im Ostseeraum.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Thema, das in Kaliningrad auf der Agenda stehe, so führte er aus, sei das Recht der **Regionen** auf eine eigene **Gesetzgebung**. Hierbei sollten die ökonomischen und ökologischen Bedingun-

(Dr. Gabriele Kötschau)

gen besonders berücksichtigt werden. In diesem gesamten Prozeß sei man stark auf eine Zusammenarbeit angewiesen. Hier liegt eine Aufgabe auch für uns, aufgrund unserer eigenen Erfahrungen beratend tätig zu werden.

Wir begrüßen in dem Zusammenhang auch die Absicht des Europaministers, einen Workshop zur Projektfindung in Kaliningrad durchzuführen. Ich wünsche mir hierbei auch die Einbeziehung des Parlaments.

Neben den Parlamentarierkonferenzen werden zunehmend die Kieler Woche sowie Informationsreisen in die Länder um Ost- und Nordsee genutzt, um **Kontakte** zu vertiefen und konkrete Projekte zu diskutieren und zu initiieren. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern erfreulich, wie sie zum Beispiel bei den Parlamentarierkonferenzen bereits praktiziert wird. Ich rege an, darüber nachzudenken, wie gerade diese Zusammenarbeit in der Kooperation mit Kaliningrad intensiviert werden kann, zumal sich auch Mecklenburg diese Kooperation auf die Fahnen geschrieben hat.

Anlässlich des Kieler-Woche-Gesprächs hatte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses der Kaliningrader Duma, Alexander Filatenko, darum gebeten, die Beziehungen zwischen unseren Parlamenten zu intensivieren. Das ist eine Anregung, die ich gern aufgreife. Ich möchte sie verfolgen und kann mir vorstellen, daß dies ein Thema ist, mit dem sich der Europaausschuß einmal befassen sollte.

Ich habe die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit der Stadt **Kaliningrad** betont. Ich bin Herrn Minister Walter sehr dankbar, daß er die Situation der Enklave Kaliningrad und die Probleme deutlich gemacht hat, die sich daraus ergeben. Das hat einen guten Grund. Weit weg von Moskau, ohne die erforderliche finanzielle Unterstützung seitens der Hauptstadt, ohne eigene Gesetzgebungskompetenz und ohne das Recht, eigenständig international tätig zu werden, muß diese Region sogar schon Grenzen überwinden, um ins Mutterland zu kommen. Diese Region wird in nicht allzu ferner Zeit von EU-Mitgliedstaaten umgeben sein und hat dadurch noch eine andere Dimension einer Enklave zu erwarten.

Herr Minister Steenblock sagte auf dem Landtagsforum am 2. Juli zu den **Umweltstrategien** im Ostseeraum: Was not tut, ist das konkrete Handeln und ist die Kooperation, die die arbeitenden Menschen, die Unternehmen und die Politiker mitbringen. Ich kann Ihnen hierin, Herr Minister, nur in vollem Umfang zustimmen. Große Projekte wie die feste Belt-, die Øresund- und auch die anstehende Fehmarnbeltquerung geben Impulse und sind wichtig, damit die Ost-

seeregion - und damit auch Schleswig-Holstein - nicht nur Standort, sondern auch Bewegungsort wird.

Aber zahlreiche kleine Projekte vor Ort können ebenfalls sehr viel erreichen und zu einem stetigen Zusammenwachsen beitragen.

(Beifall)

Daher ist es von großer Bedeutung, daß die bestehenden Kontakte nicht nur Regierungen und Parlamente umfassen, sondern maßgeblich von den Kooperationen zwischen Städten und Schulen, Hochschulen und Kammern, Vereinen und Verbänden getragen und umgesetzt werden, das heißt von Menschen, die sich konkret engagieren, konkret aktiv einbringen.

(Beifall)

Sie sind nicht nur die Basis, sondern das Rückgrat einer lebendigen, aktiven Ostseepolitik.

Lassen Sie mich an dieser Stelle all denjenigen Akteuren dafür danken, daß sie dieses Engagement zeigen, und sie ermutigen weiterzumachen, auch wenn es Rückschritte gibt. Es gibt keine Alternative, auf diesem Weg fortzufahren.

(Beifall im ganzen Haus)

Für eine Verbesserung der Situation im Ostseeraum gibt es allerdings noch zahlreiche Probleme zu beseitigen, und ich nutze gern die Gelegenheit, einige von ihnen heute exemplarisch aufzuführen. Es liegen noch immer Giftgasfässer, vor allem Senfgasfässer aus dem Zweiten Weltkrieg, in der Ostsee. Noch immer haben wir keine befriedigende Antwort auf unsere Frage erhalten, wie dieser Gefahr begegnet werden könne. Ist Abwarten und Hoffen, daß nichts passiert, genug? - Ich meine, nein!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der **Energiepolitik** gibt es besondere Defizite, auch in den Staaten und Regionen um die Ostsee herum. Mit dem Baltic Ring und anderen Projekten sind Anfänge einer gemeinsamen Energieversorgung bereits getan, es wird aber Zeit, aktiv und effektiv gegen die Energieverschwendung vorzugehen. Rote Erdöl- und Gaspipelines und die fehlende Möglichkeit der Wärmeregulierung etwa durch Thermostate in den neuen Staaten führen zu einer Energieverschleuderung von bis zu 50 % in dieser Region. Am problematischsten in vielen Bereichen ist das fehlende Bewußtsein der Menschen, daß Ressourcen end-

(Dr. Gabriele Kötschau)

lich sind und andere Energien nicht von selbst aus der Steckdose kommen.

Es liegen noch große Aufgaben vor uns. Ich nenne stichpunktartig die Entwicklung einer Tourismusinfrastruktur rund um die Ostsee. Auch hier können wir durch Beratung Hilfestellung leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich durch Teile Polens, die baltischen Staaten oder gar die russische Ostseeregion fahre, stelle ich immer wieder fest, daß Reisende ohne Sprachkenntnisse aufgeschmissen sind.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. - Dies beginnt beim Lesen der Beschilderung und endet noch lange nicht bei der Suche nach einem Hotel oder Restaurant.

Lassen Sie mich abschließend noch wenige Sätze zum **Beitritt zur Europäischen Union** sagen! Wir alle unterstützen den Beitritt der neuen Beitrittsstaaten zur Europäische Union. Wir dürfen bei all dem nur nicht vergessen, daß ein behutsames Aufnehmen in die Europäische Union entscheidend ist. Wir müssen auch die westlichen Staaten - auch da gibt es arme Staaten - mitnehmen, damit wir nicht nur neue Staaten heranziehen, sondern in ein gesamtes Europäisches Haus integrieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die **Ostseezusammenarbeit** hat sich stabilisiert und schreitet weiter fort - eine Entwicklung, die keineswegs selbstverständlich ist und die wir um so stärker begrüßen. Das gilt auch für die Entwicklung der parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum selber, die sich in Zukunft verkürzt „Ostseeparlamentarische Konferenz“ nennt - auf englisch: „Baltic Sea Parliamentary Conference“ oder BSPC -, ein weiteres Kürzel unter den vielen bekannten Buchstabenkombinationen, die man sich im Zusammenhang mit der Ostseekooperation merken muß.

Die **Konferenz** hat sich vor allem auch eine neue **Geschäftsordnung** gegeben. Mit förmlichen, verbindlichen organisatorischen Strukturen wurde sie weiter gestärkt. Dabei erhalten beziehungsweise behalten die Teilregionen eine eigenständige Rolle, so daß neben den nationalen Regierungen auch Åland, die

Faröer-Inseln, Karelilien, St. Petersburg und natürlich auch Schleswig-Holstein und andere Regionen des Ostseeraums dort vertreten sind. Aber auch Staatenorganisationen wie OSZE, Nordischer Rat, Europarat und andere sind und bleiben Mitglieder der Konferenz. Das ist schon eine sehr interessante Zusammensetzung, die immer besser funktioniert.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Landtagspräsidenten Heinz-Werner Arens danken, der mit seiner Erfahrung, mit seinen Kontakten und seiner sensiblen Verhandlungsführung unserem Land und diesem Schleswig-Holsteinischen Landtag große Anerkennung verschafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Bevor ich auf einzelne Ergebnisse der parlamentarischen Konferenz eingehe, möchte ich Ihnen einige Eindrücke vermitteln, die ich auf der Konferenz gewinnen konnte, notwendigerweise subjektive Eindrücke. Für mich ist es ja die vierte ostseeparlamentarische Konferenz, an der teilzunehmen ich Gelegenheit hatte. Mir fällt dabei die - vielleicht auch durch Wahlen bedingte - **Fluktuation** der Personen auf, was unter anderem auch für Rußland gilt, das auf jeder dieser Konferenzen durch andere **Repräsentanten** vertreten war, die sich häufig inhaltlich anders positionieren.

Ich freue mich, daß Herr Lehnert die Bedeutung Rußlands in diesem Prozeß für die CDU hervorgehoben hat. Die Betonung dieses Schwerpunktes durch die CDU habe ich bisher vermißt, und daher begrüße ich das jetzt um so mehr. Die russische Problematik und Fluktuation ihrer Teilnehmer ist nicht das einzige, aber doch ein sehr wichtiges Beispiel der personellen Diskontinuität in einem Prozeß, dessen Weiterentwicklung von Beständigkeit profitiert.

Wenn ständig von der Wichtigkeit des „people approach“ richtigerweise die Rede ist, dann gehört dazu natürlich auch die Vertiefung der menschlichen Kontakte. Da ist eine personelle Kontinuität sehr wünschenswert. Insofern haben Sie das Problem richtig benannt.

Die **russische Rolle** ist aus meiner Sicht nur schwer einschätzbar. Eine Verfestigung der Beziehungen und der Zusammenarbeit erscheint mir nach wie vor schwierig. Nach meiner Einschätzung ist die Entwicklungsperspektive nicht verbessert, so wünschenswert, wichtig und unverzichtbar sie auch ist.

Beeindruckend und ermutigend war der Beitrag einer Vertreterin aus dem russischen Teil Kareliens, die auf die vielen atomindustriellen Anlagen in ihrer Region

(Detlef Matthiessen)

aufmerksam gemacht und gesagt hat, ihnen sei dadurch, daß die Zentralregierung das an sich gezogen habe, jegliche Entscheidungskompetenz für ihre eigene Region genommen. Das waren einige Eindrücke, die man dort mitnehmen konnte.

Die **Umweltpolitik** war ja ein Schwerpunktthema der Konferenz. Mit dem Ministertreffen des Ostseerates in Nyborg im Juni des letzten Jahres wurde eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Ostseeregion in Übereinstimmung mit der Agenda 21, den Beschlüssen von Rio, gelegt. Darauf basierend, hat die parlamentarische Konferenz in Mariehamn die Fortsetzung des Implementierungsprozesses der regionalen Agenda 21 für den Ostseeraum, die Baltic 21, vom CBSS und von den Regierungen der teilnehmenden Länder gefordert.

Die **Energiapolitik** soll weiter vorangebracht werden, basierend auf den von uns Grünen im Rahmen der ökologischen Energiewende geforderten drei Säulen Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und verstärkter Einsatz regenerativer Energiequellen. Die Konferenz wendet sich gleichzeitig gegen Umweltdumping und fordert daher folgerichtig, die Voraussetzungen für einen gemeinsamen Elektrizitätsmarkt entsprechend zu harmonisieren, unter Beachtung von Umweltstandards. Dazu gehört natürlich auch die Forderung nach Entwicklung von Rahmenbedingungen für umweltbezogene Investitionen, zum Beispiel bei der Modernisierung bestehender Heizkraftwerke oder dem Einsatz von Blockheizkraftwerken.

Zu Ihrer Information: Im Osten ist die Fernheizung mit gigantischen Heizwerken Tradition, und die befinden sich in einem sehr maroden Zustand. Das ist jedoch ein spezielles energiepolitisches Thema, das für mich hochinteressant ist.

Die Atomenergie soll nach dem Willen der Konferenz in der Zukunft des Ostseeraums keine Rolle mehr spielen. Das ist eine gute Entscheidung. Ebenfalls wird der gemeinsame Erdgasmarkt für den Ostseeraum gefordert.

Mit diesen energiepolitischen Beschlüssen der Konferenz und des Baltic 21 Documents ist eine aus unserer Sicht zukunftsweisende Grundlage für eine umweltverträgliche Entwicklung im Ostseegebiet gesetzt worden.

Zufrieden sind wir ebenfalls mit den Ergebnissen zur **Verkehrspolitik**, in der die Konferenz die CBSS und die Teilnehmerländer auffordert, „ein gemeinsames Ziel bezüglich der Reduzierung übermäßiger Stickoxidemissionen durch den Verkehr auf und um die Ostsee herum festzusetzen und bei anstehenden Infrastrukturinvestitionen im Transportwesen in jedem Einzelfall diejenige Alternative zu wählen, die die geringste Umweltbelastung mit sich bringt, was auf eine Verla-

gerung des Transports von der Straße auf die See hinauslaufen sollte.“

Aus meiner Sicht habe ich dem nichts hinzuzufügen.

Die **Ostseekooperation** schreitet voran. Dies ist eine **überparteiliche Angelegenheit**. Sie eignet sich auch nicht zum parteipolitischen Streit hier im Hause. Trotzdem konnte sich Herr Lehnert nicht zurückhalten, an verschiedenen Stellen eine Verstärkung der Zusammenarbeit anzumahnen. Herr Rühle wolle - falls er die Funktion übernimmt - noch weiter Gas geben, sagte er. Herr Lehnert, ich habe vermißt, daß Sie das bisherige Engagement der Landesregierung und unseres Europaministers nicht mit einer Silbe erwähnt haben. Sie müssen, wenn Sie solche Forderungen aufstellen, schon sagen, an welcher Stelle und mit welchem Aufwand Sie Verbesserung wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Schleswig-Holstein hat eine Initiatorfunktion und bis auf den heutigen Tag eine führende Rolle in der Zusammenarbeit im Ostseegebiet. Ich habe bisher von seiten der Opposition ein besonderes Engagement und wesentliche Beiträge in diesem Bereich leider nicht feststellen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU kann für sich zumindest beanspruchen, mit ähnlicher Kontinuität bei der Sache zu sein wie verschiedene russische Delegationen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwischen dem vorliegenden **Ostseebericht** der Landesregierung für den Zeitraum 1998/1999 und dessen Vorgänger aus dem Jahr 1997 gibt es einen auffälligen Unterschied: Der aktuelle Bericht ist viel technokratischer und viel weniger politisch als dessen Vorgänger.

Besonders deutlich wird das bei einem Vergleich zwischen der knappen Einleitung des neuen Berichtes und dem doch sehr programmatischen Anfangsteil des Berichtes aus dem Jahr 1997. In diesem Bericht

(Dr. Ekkehard Klug)

fand man im übrigen auch kritische Aussagen an die Adresse des Bundes, quasi als Untermauerung des schleswig-holsteinischen Anspruchs, Motor in Sachen Ostseekooperation zu sein und Defizite und Probleme, die in der Politik des Bundes in der Vergangenheit allfällig gelegen haben, aufzuzeigen.

Bedeutet das „Schweigen der sozialdemokratischen Lämmer“ aus Deutschlands Norden etwa, daß es keine grundsätzlichen Fragen und kritischen Anmerkungen mehr gibt, die man an die Regierung, die jetzt in Berlin sitzt, richten könnte? Oder gebietet neuerdings - nach dem Wechsel der Regierungsfarbe im Bund - die rot-grüne Parteilaison eine andere Gangart?

(Dr. Gabriele Kötschau [SPD]: Die neue Regierung hat auch schon einiges getan!)

Wen hat der finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen wohl gemeint, Frau Kötschau, als er zur Jahresmitte anlässlich der Übernahme der Ratspräsidentschaft der EU folgende Sätze aussprach? - Ich zitiere aus der „Zeit“ vom 1. Juli 1999:

„Europa ist nicht nur für die großen Länder da“.

Und weiter:

„Wir entscheiden am gemeinsamen Tisch, nicht draußen, wo die großen Länder diese Neigung haben, ein Direktorat zu schaffen.“

Wen hat er damit wohl gemeint? Doch nicht etwa die Luxemburger! Nein, aus diesen Sätzen des finnischen Ministerpräsidenten können wir ablesen, was die kleineren EU-Mitgliedsländer am Ende der sechsmonatigen deutschen Ratspräsidentschaft bewegt.

Am 8. Juli, etwas später, hat Christian Wernicke, meiner Meinung nach einer der profiliertesten journalistischen Beobachter der Europapolitik, auf der Titelseite der „Zeit“ die Entwicklung der ersten sechs Monate dieses Jahres auf den Punkt gebracht, als er von der Sorge vor einem „neuen Wilhelminismus“ sprach, die bei manchen Partnern in der Europäischen Union nach den Erfahrungen mit der Regierung Schröder während der deutschen Ratspräsidentschaft aufgekomen sei.

Gewiß, dieser „neue Wilhelminismus“ kommt nicht, wie sein Vorgänger, säbelrassele in des Kaisers Uniformrock daher. Seine moderne Spielart hat die erlesene Eleganz des neuen sozialdemokratischen Kanzler-Outfits mit einem 4.000-Mark-Mantel von Brioni und allem anderen Brimborium. Die darin gekleidete Politik schockt aber offenbar nicht nur viele deutsche Sozialdemokraten, sondern auch nicht wenige Europäer.

Über Paavo Lipponen, den finnischen Regierungschef, schreibt Wernicke in der „Zeit“: „Gerhard Schröders finnische EU-Erbe möchte ein wenig zerschlagenes Porzellan kitten.“ Zu alledem hört man von der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die in der Vergangenheit doch immer den Zeigefinger hob, wenn dieses und jenes in Sachen Ostseepolitik auf der Bundesebene nicht richtig lief, überhaupt nichts.

Parteisoldatentum und Leisetreteri haben sich da breit gemacht, wo früher der Anspruch bestand, kritischer **Motor der Ostseepolitik** zu sein. Auch in diesem Politikfeld haben SPD und Grüne in Schleswig-Holstein bereits ihre politische Abdankungserklärung ausgefüllt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die auftrumpfende Rolle, mit der Bundeskanzler Schröder auf der europäischen Bühne gerade bei den kleinen EU-Mitgliedstaaten so viel politisches Porzellan zerschlagen hat, findet ihre Entsprechung in den sogenannten „kleinen Signalen“.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD])

Staatsminister Naumann vom Bundeskanzleramt, verantwortlich für die Kulturpolitik,

(Lothar Hay [SPD]: Sehr guter Mann!)

will das einzige Institut, das sich in Deutschland mit der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten befaßt, schließen. Diese Einrichtung, das Institut „Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg“, liegt zwar im Nachbarland Niedersachsen, aber auch uns Schleswig-Holsteinern kann dieser Vorgang nicht gleichgültig sein, wenn wir die **Zusammenarbeit zwischen Deutschland und dem Ostseeraum** und gerade mit den neuen Demokratien im Baltikum weiter pflegen wollen.

Lesen Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, doch einmal die Kommentare zu Herrn Naumanns Plänen, die man auf den Internetseiten der Uni Düsseldorf lesen kann, wo ein Diskussionsforum eingerichtet worden ist. Diese enthalten Stellungnahmen von Politikern und Wissenschaftlern aus den baltischen Staaten oder von Martin Dean vom United States Holocaust Memorial Museum, der an die Berliner Regierung appelliert, das Lüneburger Institut zu erhalten, damit es „den jungen baltischen Demokratien weiter beistehen möge auf dem Weg zur vollständigen Teilhabe an der europäischen Völkerfamilie“.

Aus Zeitgründen kann ich einige wenige Aspekte des

(Dr. Ekkehard Klug)

Themas Ostseezusammenarbeit nur in sehr geraffter Form ansprechen. Ich möchte zunächst einmal auf den Vergleich zwischen dem vorletzten und dem aktuellen Bericht der Landesregierung zurückkommen. Der Bericht aus dem Jahre 1997 enthielt noch, und zwar auf Seite 12, eine sehr optimistische Einschätzung im Hinblick auf die mittelfristigen wirtschaftlichen **Wachstumschancen** in der Ostseeregion. Dabei ist von möglichen Zuwächsen der Handlungspotentiale bis zu 300 % bis zum Jahre 2010 die Rede gewesen. Diese optimistische Einschätzung finde ich in dem neuen Bericht nicht wieder.

Legt man die Tabellen über die **Außenwirtschaftsdaten Schleswig-Holsteins** im Ostseeraum der beiden Berichte nebeneinander, so zeigt ein Vergleich innerhalb der neunziger Jahre eine bemerkenswerte Entwicklung. So stellt man nämlich fest, daß es bei den Wirtschaftsbeziehungen nicht nur positive Rahmenbedingungen und -entwicklungen im Langzeitvergleich der neunziger Jahre gegeben hat, sondern daß es in einer Reihe von Fällen durchaus bedenkliche negative Entwicklungen gegeben hat. Lagen die Ausfuhren aus Schleswig-Holstein nach Schweden 1990 noch bei rund 479 Millionen DM, so waren es 1998 nur noch rund 380 Millionen DM, also 100 Millionen DM weniger.

Im Falle Finnlands ist im gleichen Zeitraum ein Rückgang von etwa 200 Millionen auf jetzt nur noch 120 Millionen DM Ausfuhren aus Schleswig-Holstein zu verzeichnen. Im Falle der baltischen Staaten zeigt die Ausfuhrstatistik von 1992 bis 1998 folgendes Bild: in bezug auf Estland Stagnation der Ausfuhren in der Größenordnung von jährlich 27 Millionen DM, in bezug auf Lettland ein Rückgang von 47 auf 20 Millionen DM, in bezug auf Litauen eine vergleichbare Schrumpfung von 76 auf 38 Millionen DM bei den Ausfuhren aus Schleswig-Holstein.

Otto Graf Lambsdorff hat am 11. März in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine“ kritisch angemerkt, daß man in Skandinavien das anhaltend hohe Potential der baltischen Staaten, die immerhin jetzt ein jährliches Wirtschaftswachstum zwischen 3 und 5 % erreichen, offenbar klarer erkannt habe als in Deutschland. Dieses Urteil gilt für Schleswig-Holstein und seine Unternehmen und Wirtschaftsverbände so sicherlich nicht. Die zahlreichen Initiativen und Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in der Ostseeregion können sich sehen lassen.

Die Landespolitik hat aber die Pflicht, diese **wirtschaftlichen Impulse** zu stärken und vor allem innerhalb des Bundesgebietes auf gleiche **Wettbewerbschancen** hinzuwirken. Solange die mecklenburgischen Ostseehäfen Rostock und Mukran Infrastruk-

turfördermittel des Bundes in Höhe von mehr als 70 % kassieren, während hierzulande bereits bei 30 % das Ende der Fahnenstange erreicht ist, kann von einem fairen Wettbewerb nicht die Rede sein. Hier muß Chancengleichheit hergestellt werden, und dies zu erreichen, ist Aufgabe der Landespolitik.

Ein letzter Punkt - er ist schon angesprochen worden -: Die Ostseekooperation hat unter anderem auch ihre Bedeutung darin, daß wir durch sie auf vielen Ebenen die **Zusammenarbeit** mit unserem Nachbarn **Rußland** erreichen können, daß wir Rußland auf diese Weise in ein multinationales Beziehungsgeflecht einbeziehen, aus dem die Russen sich sonst, und zwar, wenn man es objektiv betrachtet, durchaus zu Recht, in vieler Hinsicht ausgeschlossen sehen - Stichwort: Osterweiterung der EU, Osterweiterung der NATO. Hier geht es darum, über die Ostseezusammenarbeit unseren Nachbarn Rußland in ein transnationales, multinationales Beziehungsgeflecht einzubeziehen und die Zusammenarbeit mit diesem Nachbarstaat zu intensivieren.

In den nächsten Monaten werden die Parlaments- und dann vor allem die Präsidentschaftswahlen in Rußland entscheidende Weichenstellungen bringen, von denen auch wir Deutsche betroffen sein werden. Ich darf darauf hinweisen, daß sich Ende Mai dieses Jahres in St. Petersburg eine neue politische Gruppierung gebildet hat, daß sich dort 16 führende russische Regionalpolitiker zu einer neuen Partei oder politischen Gruppierung mit dem Namen „Ganz Rußland“ zusammengeschlossen haben, unter ihnen auch der Oberbürgermeister von St. Petersburg, Wladimir Jakowlew.

Es ist ohnehin evident, daß der **Einfluß der russischen Regionen** in der Innenpolitik auf der gesamtstaatlichen Ebene in den letzten Jahren zugenommen hat. Die neue Gruppierung von Gouverneuren und Republikpräsidenten will auf die Wahlen auf nationaler Ebene Einfluß nehmen. Sie steht in Verbindung zum Moskauer Bürgermeister Luschkow und dem früheren Ministerpräsidenten Primakow, die heute allgemein in der Presse als die chancenreichsten Anwärter auf die Nachfolge Jelzins gelten. Wenn wir das betrachten und wenn wir sehen, daß unser Ansprechpartner in Petersburg zu einer einflußreichen politischen Gruppierung gehört, die möglicherweise in kurzer Zeit Verantwortung auch auf der gesamtstaatlichen Ebene in Rußland übernehmen wird, dann wird schon an diesem Beispiel deutlich, wie wichtig es ist, auch über die Ostseezusammenarbeit die Verbindung zu politischen Entscheidungsträgern im Nachbarstaat Rußland anzuknüpfen und hier auch Verbindungen zu erreichen, die nicht nur der Region an der Ostsee, sondern Europa insgesamt helfen, eine gute Zusam-

(Dr. Ekkehard Klug)

menarbeit mit dem Nachbarn Rußland auch in Zukunft aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der diesjährige **Bericht** der Landesregierung zur **Ostsee-kooperation** versteht sich als Fortsetzung des letztjährigen Berichts, wo es in erster Linie um die Diskussion der künftigen Schwerpunkte der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins und auch der Bundesrepublik insgesamt ging. Der Bericht im letzten Jahr war spannender zu lesen. Da stimme ich denn doch mit dem Kollegen Klug überein, aber seine Analyse teile ich nicht, denn ich finde, daß der Bericht im letzten Jahr einen bemerkenswerten Beitrag zur Analyse der gesamten Ostsee-kooperation darstellte. Zu Recht hebt der diesjährige Bericht hervor, daß die Umsetzung der Ostseepolitik langfristig betrachtet werden muß.

Dabei muß auch mitbedacht werden, daß Schleswig-Holstein als Bundesland nur begrenzte Ressourcen in die Ostsee-kooperation stecken kann, im Vergleich mit den nordischen Ländern also ein eher bescheidener Beitrag. Dennoch gibt es keinen Grund, das schleswig-holsteinische Engagement klein- oder schlechtzureden. Das Know-how des Europaministers und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium wird in Gesprächen immer wieder hervorgehoben.

Insgesamt gilt, daß der Stellenwert, den die Ostsee-kooperation für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung Schleswig-Holsteins hat, bei allen Parteien unumstritten ist. Diese Gemeinsamkeit sollten wir festhalten. Die **Landesregierung** spielt seit Jahren eine konstruktive Rolle in der **Ostseezusammenarbeit**. Das muß man auch klar sagen. Für den SSW ist dabei von Bedeutung, daß die Zusammenarbeit im Ostseeraum mehr ist als eine EU-interne Zusammenarbeit. Je mehr Polen und Estland darauf drängen, jetzt endlich einen Zeitrahmen über konkrete Schritte zu einem EU-Beitritt zu erfahren, desto wichtiger wird es sein, gerade daran festzuhalten. Das finnische Projekt, die nördliche Dimension der Europäischen Union, hat letztlich das Ziel, auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten die regionale Ostseezusammenarbeit zu stärken.

Dabei spielt natürlich die **Einbeziehung Rußlands** eine entscheidende Rolle. Als wir uns vor der Sommerpause einmal mehr mit den Themen „Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert“ und „Rahmenbedingun-

gen und Perspektiven für Schleswig-Holstein“ befaßten, hob ich für den SSW hervor, daß wir ohne ein friedliches und demokratisches Rußland die Vision eines Mare Balticum, einer Zukunftsregion Ostsee, nicht umsetzen können, und die NATO-Erweiterung macht dies um so deutlicher, will ich hinzufügen.

Der Ostseebericht dokumentiert zudem, daß die Ostseepolitik eine **Querschnittsaufgabe** ist und daß sie nur funktioniert, wenn alle an einem Strang ziehen. Die vielen Formen von Bürgerengagement in Sachen Ostsee-kooperation belegen dies, und ich finde, wir sollten noch einmal unseren Dank dafür ausdrücken, daß dieses Engagement von einer so breiten Mehrheit in Schleswig-Holstein auch innerhalb dieses Parlaments getragen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neu hinzugekommen ist in diesem Berichtsjahr das **Projekt STRING**, das Anfang Dezember letzten Jahres genehmigt wurde. Ziel dieses Projekts, an dem sich auch Schleswig-Holstein beteiligt, ist, die Entwicklungspotentiale der gesamten Region „südliche Ostsee“ zu erschließen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß auch die zukunftssträchtige Øeresundregion einbezogen ist.

In der Auseinandersetzung über die künftige Rolle Schleswig-Holsteins in der Ostsee-kooperation wird immer wieder darauf hingewiesen, daß es auch darauf ankomme, den Wettbewerb mit der Øeresundregion zu bestehen. Das ist sicherlich richtig. Aus Sicht des SSW muß es aber heißen, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Regionalpolitisch betrachtet ist es nämlich nicht hinnehmbar, wenn in den kommenden Jahren geradezu einäugig auf diese südliche Kooperationsmöglichkeit fokussiert wird. Damit meine ich, daß sowohl die Fehmarnbeltquerung als auch die verstärkte Zusammenarbeit Kiel - Øeresund dazu führen könnten, daß der Norden abgehängt wird. Die Regionalpolitik bekäme dadurch eine gänzlich neue Qualität. Das weiß man auch nördlich der Grenze. Wenn Sie sich mit Politikern nicht nur aus dem Amt Sønderjylland, sondern überhaupt aus Südjylland unterhalten, werden Sie feststellen, daß genau dies ein Punkt ist.

Der Bericht der Landesregierung belegt, daß diese grenzüberschreitende Kooperation gut funktioniert und weiter ausgebaut wird. Die kleine Jubiläumsveranstaltung zum zehnjährigen Geburtstag des INTERREG-Begleitausschusses bestätigt dies ja auch.

Daß die formalisierte Regionzusammenarbeit dabei

(Anke Spoorendonk)

eine Nebenrolle spielt, wird auch bestätigt. Ohne zu polemisieren, möchte ich darauf verweisen, daß die Arbeit des Regionalrats von dänischen Politikerinnen und Politikern durchaus auch kritisch betrachtet wird, und das nicht nur deshalb, weil die andere Seite, die deutsche Seite, es nicht lassen kann, den **Regionalrat** für Resolutionspolitik zu mißbrauchen, sondern auch deshalb, weil man sich bewußt ist, wieviel einfacher es ist, alles mögliche zu fordern, wenn man nicht selbst zu zahlen hat.

Ich möchte daran erinnern, daß eine dreijährige Erprobungszeit verabredet wurde. Um so erfreulicher ist es daher, daß sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dadurch nicht beirren läßt. Sie wächst anhand konkreter Vorhaben, weil Menschen Lust dazu haben. Das ist ja genau das, was der SSW will und sich auch immer gewünscht hat.

Wir begrüßen es, daß die Ostseeparlamentarierkonferenz wirklich zu einer festen Institution geworden ist. Ich finde es besonders positiv, daß sich die diesjährige Konferenz auf den Åland-Inseln überwiegend auch mit **Umweltfragen** konkreter drängender Probleme des Ostseeraums angenommen hat, die sich wirklich auch nur gemeinsam lösen lassen und bei denen wir auch nur so weiterkommen können. Dies ist ein großer Fortschritt für die Zusammenarbeit um das Mare Balticum.

Es ist noch ein Zeichen dafür, daß wir auch im parlamentarischen Bereich endlich über die Ebene freundlicher Absichtserklärungen hinausgehen, um gemeinsame Politik für die Menschen in unserer Großregion zu machen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat zunächst Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Meine Damen und Herren! In der gebotenen Kürze möchte ich gern auf Herrn Klug reagieren. Herr Klug, wir waren uns immer einig, daß jeder **Ostseebericht** jeweils auf den Berichten basiert, die vorher abgegeben worden sind. Sonst bestünden diese Berichte aus unendlichen **Wiederholungen**. Insoweit haben wir geglaubt, auf ausführliche Ausführungen zu Zielsetzung, Strategie et cetera diesmal verzichten zu können. Im übrigen entspricht das Anregungen, die die Opposition bei früherer Gelegenheit gemacht hat, bei denen angemahnt worden ist, man solle sich mehr auf das Konkrete im Lande konzentrieren und nicht soviel über Philosophie verbreiten. Also, bitte, entscheiden

Sie sich, was Sie gern hätten. Wir schreiben das nächste Mal auch gern wieder alles auf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite: Was die **Wirtschaftszahlen** angeht, rate ich zu einem sorgfältigen langjährigen Vergleich. Es ist keineswegs so, wie Sie es hier dargestellt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Kollege Klug ist Historiker!)

Es gibt jährliche Schwankungen, aber es gibt auch deutliche langjährige Trends, und die sind unter dem Strich eher positiv als negativ.

Im übrigen: Was das Unterschätzen der ökonomischen Möglichkeiten angeht, so haben Sie ausdrücklich Schleswig-Holstein und die Akteure im Land ausgeklammert. Ich würde sie nicht ausklammern. Ich glaube, auch bei uns in Norddeutschland, auch bei uns in Schleswig-Holstein gibt es noch nicht eine wirkliche Wahrnehmung der langfristigen ökonomischen Möglichkeiten, die in der Ostseeregion insgesamt liegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben wir ja auch nicht! Das hat Klug ja gesagt!)

Zum Thema **Bundesregierung** möchte ich nur mit aller Freundlichkeit darauf hinweisen, daß in dem Bericht ein Kapitel steht, in dem es heißt: „Forderungen an eine Ostseepolitik des Bundes bleiben.“ Das ist eine Wiederholung früherer Forderungen. Nehmen Sie es mir bitte ab: Das, was kritisch zu sagen ist, wird unabhängig von der Parteifarbe auch in Zukunft kritisch gesagt werden. Es ist nicht diese Bundesregierung gewesen, die die Verabschiedung der Visumsfreiheit für die baltischen Staaten so lange hinausgezögert hat, lieber Herr Klug!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht diese Bundesregierung gewesen, und es ist auch nicht dieser Bundeskanzler gewesen, der nicht dorthin gefahren ist.

Es gibt also eine Reihe von Akzenten bis hin zur Neufassung der Arbeit des **Ostseerates**, die von der neuen Bundesregierung jetzt angegangen worden sind. Ich sage aber ausdrücklich, ich bin sozusagen mit der gesamtdeutschen Performance unter Einschluß der deutschen Politik in Sachen Ostseepolitik keineswegs zufrieden. Es ist überhaupt kein Problem, dies hier genauso öffentlich zu sagen.

(Minister Gerd Walter)

Zu Frau Spoorendonk möchte ich nur noch eine Bemerkung machen, weil sie die **Grenzregion** angesprochen hat. Ich will auch noch einmal ausdrücklich bestätigen und unterstreichen - auch gemeint und adressiert an die Grenzregion -: Wenn wir über die südliche Ostseeregion reden, wenn wir über die strategische Allianz reden, wenn wir über die strategische Allianz mit der Øresundregion reden, dann schließt das immer - wenn man so will - den Süden Dänemarks ein, wo immer dieser Süden ist, an welcher Grenze.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bis Altona?)

Da gibt es kein Entweder-Oder. Ich sage das ausdrücklich: Es gibt kein Entweder-Oder.

Wir schätzen die Entwicklungsmöglichkeiten so ein, daß Platz und Bewegungsmöglichkeit und Perspektive für alle da sind. Es gibt kein Entweder-Oder - entweder südliche Ostsee oder grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Planungsraum diesseits und jenseits der Grenze - ,

(Beifall bei der SPD)

sondern es gibt eine **Gemeinsamkeit**, und es besteht eine ständige Einladung an alle in der Grenzregion, sich an allen diesen Aktivitäten, wie immer es in der Grenzregion selbst gewünscht wird, zu beteiligen. Im übrigen - bezogen auf das, was in Zukunft abläuft -: Es besteht auch die grundsätzliche Bereitschaft der Landesregierung, sich je nach den Wünschen der Regionen auch in Zukunft in der Grenzregion dort oben zu engagieren. Ich weiß, daß Sie das wissen. Ich wollte es bei dieser Gelegenheit nur noch einmal klarstellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Der Herr Landtagspräsident hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte sehr!

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir ebenfalls nur noch zwei Anmerkungen. Ich wäre als Berichterstatter, aber auch als Landtagspräsident schlecht beraten, wenn ich die Arbeit der Regierung in der Ostseekooperation bewerten wollte. Aber ich wäre ebenfalls schlecht beraten, wenn ich als Delegationsleiter - ich glaube, das auch im Namen des gesamten Parlamentes sagen zu können - für das Maß der Zusammenarbeit mit der Regierung, für die Zusammenarbeit, für die Beratungen nicht ein herzliches Dankeschön an die **Regierung** sagen würde. Das qualifiziert auch die Arbeit der **Parlamentarier**.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Eine zweite Anmerkung, die ich redlicherweise natürlich auch machen muß, ist folgende. Herr Kollege Matthiessen, man muß aus Entwicklungen lernen, und ich denke, wir alle befürworten das, was ich vorhin als **Entwicklungsprozeß der Ostseeparlamentarierkonferenz** - Frau Spoorendonk hat es auch noch einmal angesprochen - vom Diskussionsforum zur parlamentarischen Arbeitsplattform gekennzeichnet habe. Das bedeutet natürlich auch, daß wir jetzt über Sachen reden, daß wir jetzt nicht mehr nur über den Austausch von Freundlichkeiten reden. Wir reden über Sachen. Nur, dann müssen wir natürlich die Sachen auch richtig einordnen.

Auf der Pressekonferenz im Anschluß an die Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn war an mich die erste Frage, wie denn das Standing Committee den § 14 der Resolution, den möglichst schnellen Ausstieg aus der Kernenergie, umsetzen wolle. Meine Antwort war folgende: Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist dem Einstimmigkeitsprinzip, dem **Konsensprinzip**, verpflichtet. Sie hat einen 50-Punkte-Katalog mit ganz konkreten Maßnahmen einstimmig beschlossen. Nur, bei diesem Punkt - das muß man redlicherweise sagen -, dem möglichst schnellen Ausstieg aus der Atomenergie, haben wesentliche Teile der Konferenz gesagt - es waren eine Reihe von Delegationen, auch die deutschen Christdemokraten, die finnischen Konservativen -, diesen Punkt könnten sie so nicht mittragen. Das bedeutet natürlich für mich als Mitglied des Standing Committees in der Umsetzung in den nächsten zwölf Monaten, daß dies nicht der erste Punkt auf der Prioritätenliste der Umsetzung ist.

(Beifall des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Das Verdienst dieses Punktes ist, daß er thematisiert worden ist, daß er auf der Tagesordnung der Ostseeparlamentarierkonferenz steht und daß er mit Sicherheit eine Fortsetzung auf der nächsten Konferenz in Malmö finden wird.

Das muß man zum Stellenwert sagen. Wir müssen lernen, mit solchen Entwicklungen umzugehen. Wir müssen ihnen auch den richtigen Rahmen geben. Aber ich denke, auch das kann man durchaus tragen.

Wir werden in Zukunft auch noch weitere Punkte haben. Früher wäre eine Ostseeparlamentarierkonferenz möglicherweise an kontroversen Diskussionen gescheitert. Das tut sie heute nicht mehr, und das allein - so meine ich - ist schon der Fortschritt.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, daß der Landtag den Bericht des Herrn Landtagspräsidenten zur Kenntnis genommen hat.

Zum Bericht der Landesregierung über Aktivitäten im Ostseeraum, Drucksache 14/2289, ist vorgeschlagen worden, die Vorlage dem Europaausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/2368

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/2398

Das Wort hat zunächst der Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bildungsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf beschäftigt. Er empfiehlt dem Haus einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Da eine Aussprache nicht vorgesehen ist, lasse ich jetzt über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Apenrade

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2327

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2369

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/2400

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hay.

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich erfreut darüber, daß es in dieser Angelegenheit möglich ist, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen des Landtages zu stellen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich hoffe aufgrund aktueller Meldungen, daß es auch in anderen aktuellen Politikbereichen möglich sein wird, daß wir zu einheitlichen Maßstäben zurückkehren und vieles nicht kaputtmachen. Ich habe am Mittwoch gesagt - das sage ich ausdrücklich auch noch einmal an dieser Stelle -: Es muß unter Demokraten immer möglich sein, daß man sich die Hand gibt. Mehr will ich dazu nicht sagen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Nun will ich mich mit dem Generalkonsulat beschäftigen. Das **deutsch-dänische Verhältnis in der Grenzregion** hat gerade in den vergangenen Jahren eine erfreuliche Stabilität erreicht. In einer solchen Situation vergißt man gerade aus Berliner - früher hätte ich gesagt „Bonner“, jetzt ist es die Berliner - Distanz allzuleicht, daß es sich dabei um einen nicht immer tragfähigen Boden handelt, unter dem ein durchaus aktiver Vulkanismus herrscht.

Wir konnten in den vergangenen Wochen Äußerungen von Bundespolitikern dazu lesen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, hat sich auch dazu geäußert. Ich will ihm nicht vorwerfen, daß seine Sachkenntnis nicht allzu groß ist. Es muß unserer gemeinsame Aufgabe sein, dazustellen - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

- Mit „Sachkenntnis“ meine ich, was Tatsache in der deutsch-dänischen Grenzregion ist!

Es muß unsere gemeinsame Aufgabe sein, auf allen politischen Ebenen - da sind auch unsere Koalitions-

(Lothar Hay)

partner, die Grünen, gefragt - Herrn Volmer und auch Herrn Fischer deutlich zu machen, daß der **Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Apenrade** mehr ist als nur ein Symbol.

(Beifall im gesamten Haus)

Wir sollten aber auch nicht versuchen, kurzfristig politische Vorteile durch Pressemitteilungen - wie das der CDU-Abgeordnete Wolfgang Börnsen versucht hat - aus dieser Aktion zu ziehen. Das ist nicht hilfreich.

Wir dürfen die gemeinsam von uns allen getragene Aktion nicht durch Kurzfristiges zerstören.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sorge im Grenzland wird noch verstärkt durch die beabsichtigte 7,4prozentige **Kürzung** bei den **Mitteln der deutschen Volksgruppe**, 1,2 Millionen DM.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Beides zusammen ist das, was insgesamt zur Sorge im Grenzland führt, und zwar nicht nur auf der nord-schleswigschen Seite, sondern auch im Landesteil Schleswig.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Die ersten Reaktionen von Kommunalpolitikern haben das bestätigt.

Bei meinen Gesprächen in Nordschleswig - ich führe sie laufend - ist die Bereitschaft signalisiert worden, sich an Sparsbemühungen zu beteiligen. Es darf aber unter dem Strich nicht dabei bleiben, daß die **Förderung von Minderheiten** zunehmend eine Sache des dänischen Staates wird und sich der deutsche Staat zurückzieht. Das ist ein falsches Signal.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich betone ausdrücklich: Eine Verschiebung der Balance im Grenzland ist mit dem Gedanken eines zusammenwachsenden Europas - wohlgemerkt - der vereinten Nationen, mit dem Willen zur Stärkung des Grenzgebiets, der Region Schleswig-Sønderjylland, nicht vereinbar. Deshalb muß es eine Lösung geben, um die wir uns auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen alle bemühen, eine Lösung für den **Erhalt des deutschen Generalkonsulats**, die von mir aus auch zwischen schwarz und weiß liegen kann. Es geht hier um mehr als ein „Sowohl“, sagte ich vorhin. Es geht auch darum: Wie gehen wir mit deutschen Minderheiten außerhalb unseres Landes um? Da gibt es mehr als nur eine moralische Verpflichtung.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, zunächst begrüße ich auf der Tribüne Damen und Herren der Kulturfreunde Morsum-Sylt und der Grone-Schule Kiel-Suchsdorf. Herzlich willkommen!

(Beifall)

In der Loge begrüße ich unsere ehemalige Kollegin Köster. Herzlich willkommen!

Das Wort hat Herr Abgeordneter Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hay, Ihr Beitrag hat gezeigt, daß wir in dieser Frage in der Tat eine große Gemeinsamkeit haben. Auch wir begrüßen es, daß es letztlich zu einer **Einstimmigkeit** in der **Initiative** gekommen ist. Ich glaube, das ist nach Lage der Dinge die einzige Chance, eine Initiative zu ergreifen.

Ich will die Gelegenheit wahrnehmen, aus unserer Sicht zu sagen, daß wir in der Nachbetrachtung, der Rückbetrachtung der letzten Jahre, ja sogar Jahrzehnte in der Grundfrage und in vielen konkreten Fragen der Ausgestaltung der **Minderheitenpolitik** hier in diesem Haus eine große **Einstimmigkeit** gehabt haben und es deshalb zu diesem großen Erfolg gekommen ist.

(Lothar Hay [SPD]: Ja, genau! - Beifall im ganzen Haus)

Ich glaube, das ist der Schlüssel zum Erfolg gewesen.

Wir haben schon deutlich gemacht, daß es aus unserer Sicht - das fügt sich ein in die Sicht aller, die beteiligt sind, angefangen bei der Stadt Flensburg über die dänische Minderheit bis hin zur deutschen Minderheit - eine Einstimmigkeit über den Landtag hinaus in der Frage gibt, daß dies ein völlig falsches Signal und unsinnig wäre. Dies sage ich bewußt vor dem Hintergrund der Tatsache, daß manche die Einrede machen, die europäischen Integration schwäche vieles von dem ab, um das wir uns täglich bemühen. Dies gilt auch als falsches Signal vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Integration in dieser Region.

Wenn man sich die Meldungen durchliest, die man so täglich auf den Tisch bekommt - auch den Antwortbrief von Staatsminister Volmer und Einlassungen anderer aus dem Auswärtigen Amt -, gewinnt man

(Meinhard Füllner)

den Eindruck, daß diese in völliger Unkenntnis im Hinblick auf die **historischen Entwicklung** der deutschen Minderheitsfrage, der deutsch-dänischen Minderheitenpolitik und auch in Unkenntnis der praktischen, konkreten Ausgestaltung dessen, worüber wir uns quasi täglich im Landtag bemühen, sind. Das macht insbesondere die Bemerkung von Staatsminister Volmer deutlich, der in einem Schreiben gesagt hat, die deutsche Volksgruppe sei so gut integriert, daß Konflikte nicht zu erwarten seien.

(Lothar Hay [SPD]: Das ist dummes Zeug!)

Das ist eine verkürzte Betrachtung des Problems.

(Beifall im ganzen Haus)

Natürlich gibt es keine Konflikte, natürlich gibt es keine Probleme. Aber die deutsch-dänischen Beziehungen sind eben mehr als nur fiskalische Größenordnungen. Deshalb sind wir auch gemeinsam dieser Auffassung.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Ich will folgendes unterstreichen. Wir alle engagieren uns ja in vielfältiger Weise - persönlich, als Fraktionen, als Organisationen - und wissen, daß sich ein ganz austariertes System entwickelt hat.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Richtig!)

Aus diesem austarierten System kann man nicht einfach einen Baustein herausbrechen. Deswegen muß das aus vielerlei Hinsicht, aus materieller, aus politischer, aber auch - das betone ich besonders - aus politisch-psychologischer Sicht erhalten bleiben. Das ist ein Faktor, den wir nicht unterschätzen sollten.

Gerade die Debatte um Schengen und seine Folgewirkungen hat gezeigt, wie sensibel dieses Thema an der deutsch-dänischen Grenze immer noch ist. Auch aus dieser Sicht heraus müssen wir Daten, Fakten und Empfindungen an die Adresse des Auswärtigen Amtes liefern, um unser Anliegen zu befördern.

Ich will gar nicht auf die vielen Ersatzlösungen eingehen, die ins Spiel gebracht worden sind. Sie reichen von der Arbeit eines Generalkonsulats bis hin zur Aufgabenerfüllung im fernen Kopenhagen. Sie alle taugen nicht, auch wenn auf eine mögliche hochrangige personelle Ausstattung in Kopenhagen und eine gute Ausstattung mit Reisekostenetats hingewiesen wird. Diese Ersatzlösungen taugen alle nichts.

Wir müssen auch sehen, daß das seit 80 Jahren - das vergißt man manchmal -

(Lothar Hay [SPD]: Ja, stimmt!)

existierende Generalkonsulat nicht einfach aus fiskalischen Gründen beseitigt werden kann.

Ich möchte an dieser Stelle auch gern noch einmal daran erinnern - die rote Lampe leuchtet hier schon auf -, daß Sie, Herr Hay, zu Recht darauf hingewiesen haben, daß in diese Debatte auch die darüber hinausgehenden Haushaltskürzungen gehören. Nach meiner Meinung wiegt das genauso schwer, wenn plötzlich 1,3 Millionen DM gekürzt werden sollen. Herr Matlok hat ja gerade darüber berichtet, daß im **dänischen Staatshaushalt** für das Haushaltsjahr 2000 genau gegenteilig verfahren wird, daß dort nämlich die Mittel um 2,8 % oder 2,7 % angehoben werden sollen. Damit geht die Spanne der Förderpolitik immer weiter auseinander.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich sage es also noch einmal: Wir sollten diese Gemeinsamkeit des Landtages nutzen, Frau Ministerpräsidentin, und Ihnen dies mit auf den Weg geben, damit Sie die Chance haben, noch einmal mit mehr Erfolg als bisher auf die Bundesregierung einzuwirken oder über den Bundesrat oder auf anderen Wegen zu erreichen, daß dieser Entwicklung Einhalt geboten wird.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P. sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als mir vor zwei Tagen an dieser Stelle vorgehalten wurde, daß ich mich in der Haushaltsdebatte nicht nur mit dem Haushaltsentwurf beschäftigt hätte, sondern auch auf das Zukunftsprogramm der Bundesregierung eingegangen sei, habe ich das deswegen getan, weil die wegen der Mißwirtschaft der früheren schwarz-gelben Regierung notwendigen **Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt** natürlich auch Auswirkungen auf den schleswig-holsteinischen Haushalt haben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Über eine dieser Auswirkungen - es geht dabei um die Handlungsfähigkeit dieses Staates; das ist von meinen beiden Vorrednern eben ausführlich beschrieben worden, was Handlungsfähigkeit des Staates an dieser Stelle bedeutet - für unser Land sprechen wir heute.

Wie Sie wissen, werden im Bundeshaushalt des nächsten Jahres 30 Milliarden DM eingespart. Dazu müs-

(Irene Fröhlich)

sen alle Bundesministerien ihren Beitrag erbringen, auch das **Auswärtige Amt**. Unser Bundesaußenminister hat darauf hingewiesen, daß der größte Teil seines Etats Personalausgaben sind, die sich nicht kurzfristig verringern lassen. Seinen Beitrag zur Konsolidierung kann der Außenminister also nur durch strukturelle Maßnahmen erbringen. Deshalb ist das Auswärtige Amt zu dem Vorschlag gekommen, in nächster Zeit fünf Botschaften und 16 konsularische Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland zu schließen.

Ich finde es respektabel, daß das Auswärtige Amt selbstverständlich den gleichen Sparbeitrag leistet wie die anderen Berliner Häuser, und ich finde es durchaus verständlich, daß Joschka Fischer, unser Außenminister, die Beziehungen der Bevölkerungsgruppen in der Region Schleswig/Sønderjylland als so gut ansieht, daß eine **Vertretung der Bundesrepublik** unmittelbar hinter der deutsch-dänischen Grenze verzichtbar wäre.

Es stimmt ja, meine Damen und Herren: Das Zusammenleben von Däninnen und Dänen wie Deutschen beiderseits der Grenze gilt weltweit als Musterbeispiel für die kulturellen und politischen Beziehungen von Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung, und das mit Recht,

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zudem in einer Region, in der man sich noch vor 50 Jahren feindselig gegenüberstand. Unter diesem Blickwinkel ist die geplante Schließung der Konsulate in Temesvar in Rumänien und Oppeln in Polen sicherlich sehr viel kritischer zu betrachten.

Auch einem anderen Argument des Bundesaußenministers kann ich mich nicht ganz entziehen. Wenn Dänemark in Kürze dem Schengener Abkommen beitrifft, verschiebt sich die Außengrenze der Schengen-Staaten an den Nordrand unseres Nachbarlandes. Dadurch wird zweifellos der Arbeitsanfall im **Generalkonsulat in Apenrade** deutlich zurückgehen.

Trotzdem halten auch wir die beabsichtigte Schließung zumindest für problematisch. Bei den Bevölkerungsgruppen im Grenzland sind unter der Oberfläche durchaus noch gegenseitige Vorbehalte vorhanden, tiefsitzende Ängste vor möglicher kultureller und politischer Dominanz der jeweils anderen. Ich erinnere mich gut an die Aufregung, als 1979 die zweisprachige Zeitschrift „Slesvigland“ an die geschichtlichen dänischen Wurzeln des Landesteils Schleswig erinnerte, oder an die Proteste dagegen, daß ein Däne - nämlich Karl Otto Meyer - als Zünglein an der Waage entscheiden könnte, wer Schleswig-Holstein regiert, als

es in diesem Hause nach der Barschel/Pfeiffer-Affäre ein Patt zwischen CDU und F.D.P. sowie SPD gab.

Auf dänischer Seite wurde gegen die **Region Schleswig-Sønderjylland** demonstriert, und es ist noch nicht lange her, daß Mitglieder des SSV auf Sylt eine Unterschriftenkampagne starteten, weil ein Mitglied der Grünen in den Elternbeirat einer Schule der dänischen Minderheit gewählt worden war.

Die beiden Generalkonsulate in Apenrade und in Flensburg leisten also einen wichtigen Beitrag zum weiteren Zusammenwachsen der Menschen im Grenzland. Wir haben hier im Landtag bereits über die sozialpolitischen und rechtlichen Probleme gesprochen, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Firmen haben, die auf der jeweils anderen Seite der Grenze aktiv werden wollen. Da ist noch viel zu tun; auch dafür brauchen wir die beiden Konsulate. Ich hielte es für fatal, wenn der Eindruck entstünde, Deutschland ziehe sich nach und nach aus der **Förderung der Minderheiten** zurück. Bereits jetzt trägt unser Nachbarland dabei die finanzielle Hauptlast. Da wäre die Schließung der deutschen Vertretung im Grenzgebiet einfach das falsche Signal.

Aber, meine Damen und Herren, es geht auch um die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des deutschen Staates.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus diesem Grund unterstützen wir die Ministerpräsidentin bei ihrem Einsatz für die Erhaltung des Generalkonsulats. Sie hat dankenswerterweise bereits eine praktikable Alternative vorgeschlagen, nämlich den Verkauf des Botschaftsgebäudes der ehemaligen DDR in Kopenhagen. Ich hoffe sehr, daß der gemeinsame Appell aller Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages dazu beiträgt, daß der Bundesaußenminister und nicht zuletzt auch die Bundestagsabgeordneten - denn Joschka Fischer hat ja den Ball sozusagen an das Parlament zurückgespielt - die Entscheidung noch einmal im Lichte der hier vorgetragenen Argumente überprüfen, die Schließung nochmals überdenken und möglichst zu einem anderen Schluß kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schließung des deutschen Generalkonsulats in Apen-

(Dr. Ekkehard Klug)

rade wäre ein verheerendes Signal. Damit würde die Bundesregierung in Jahrzehnten aufgebautes Vertrauen in die Verlässlichkeit der deutschen **Minderheitenpolitik** zerstören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es ist geradezu grotesk: Minderheitenvertreter und Politiker aus vielen europäischen Staaten besuchen das deutsch-dänische Grenzland, um das Beispiel einer von beiden Staaten getragenen vorbildlichen Minderheitenpolitik kennenzulernen. Vor allem für die jungen Demokratien in Osteuropa mit ihren vielfältigen Minderheitsproblemen ist dies ein Beispiel der Hoffnung, daß es für das Nebeneinander und das Miteinander nationaler Minderheiten andere Lösungswege gibt als die - schlimmstenfalls - im ehemaligen Jugoslawien.

Just in dieser Zeit leitet die rot-grüne Bundesregierung in Berlin einen Erosionsprozeß ein, der das Fundament der erfolgreichen Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland erschüttert. Diese Minderheitenpolitik beruhte nämlich bislang auf einer von beiden Seiten sorgsam gewahrten Balance. Dazu gehört unter anderem die Existenz des deutschen **Generalkonsulats in Apenrade** wie die des dänischen Generalkonsulats in Flensburg. Des weiteren gehört dazu auch die Balance in der materiellen Förderung beider Minderheiten - sie ist bereits erwähnt worden -; auch sie gerät zunehmend aus dem Lot.

Während die dänische Minderheit in Südschleswig im kommenden Jahr - so ein kürzlich erschienener Bericht im „Nordschleswiger“ - mit einer Steigerung ihrer Zuschüsse aus Kopenhagen um 2,3 % rechnen kann - in absoluten Zahlen rund 8 Millionen DKr; das sind über den Daumen gepeilt etwa 2 Millionen DM zusätzlich -, hat Herr Verheugen, bis vor kurzem Staatsminister im Auswärtigen Amt, nach einem Bericht des „Nordschleswigers“ Anfang September noch von „unvermeidlichen Kürzungen auch bei den Zuschüssen an die deutsche Minderheit in Dänemark“ gesprochen. Die Zahl von 1,3 Millionen DM ist vorhin ja bereits genannt worden.

Diese Entwicklung, das wachsende Ungleichgewicht der deutschen und der dänischen Minderheitenförderung, ist das eigentliche politische Problem: ein Abbruch auf Raten, der in der Schließung des Apenrader Generalkonsulats symbolhaft zum Ausdruck käme.

Es ist schlimm, daß Kanzler Schröder und sein grüner Außenminister offenbar überhaupt kein Verständnis für die politische Brisanz dieser Entwicklung aufbringen. Man kann das Generalkonsulat in Apenrade aufgrund seiner Rolle im Grenzland nicht mit anderen konsularischen Vertretungen vergleichen, Frau Kollegin Fröhlich. Dies - daß man eben diesen Vergleich

mit anderen konsularischen Vertretungen im Ausland nicht ziehen kann -, meine Damen und Herren, sagte kürzlich öffentlich unser dänischer Kollege, der Venstre-Abgeordnete Erik Jacobsen aus Krusau. Den Herren der sogenannten „Berliner Republik“ - ich mag dieses politische Plastikwort eigentlich gar nicht mehr hören - ist eine solche Einsicht aber offenbar völlig fremd.

Meine Damen und Herren, es ist gut, daß sich die schleswig-holsteinische Landesregierung - wenn auch mit einer gewissen Spätzündung - kraftvoller in die Diskussion um die Erhaltung des Standorts Apenrade eingeschaltet hat, als es zunächst der Fall gewesen ist. Als Reaktion auf die Nachricht von den Schließungsplänen kündigte der Regierungssprecher zunächst im „Nordschleswiger“ vom 23. Juli 1999 nur einen Brief der Ministerpräsidentin an den **Bundesaußenminister** an. Ich habe daraufhin spontan mit der Bemerkung reagiert, Heide Simonis sollte für den Erhalt des Apenrader Generalkonsulats vielleicht doch etwas mehr in die Waagschale werfen als nur das Briefporto für ein Schreiben an Außenminister Fischer.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das hat die Ministerpräsidentin dann ja auch getan. Ich erkenne ausdrücklich an, was in den letzten Wochen von Seiten der Regierung an engagierten Erklärungen zu diesem Thema öffentlich gemacht worden ist. Ich hoffe, daß der Appell der Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags ebenfalls dazu beitragen wird, die deutsche Minderheitenpolitik wieder ins Lot zu bringen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Vielleicht würde die Politik mehr Menschen positiv ansprechen, wenn wir eine Atmosphäre schaffen könnten, wo Freundschaften normal sind. Wo dann auch die Presse positiv darüber schreiben würde und nicht immer die Politikerinnen und Politiker niedermachen würde.“

Dies ist ein Zitat der dänischen Politikerin Ritt Bjerregaard.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

(Anke Spoorendonk)

Über Ritt Bjerregaard könnte man einiges hinzufügen, weil sie selbst nicht immer nach diesem Grundsatz agiert hat. Dennoch finde ich, daß es - auch für diesen Tagesordnungspunkt - ein gutes Motto ist. Mit diesem Zitat meine ich: Gut, daß es hier zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist. Das ist der Sache angemessen. Es dient der Sache nicht, wenn man sich beim Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Dänemark parteipolitisch profilieren will. Das sage ich auch an die Adresse des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen, der die Ministerpräsidentin in dieser Frage angegriffen hat.

(Ingrid Franzen [SPD]: Ein Schaumschläger!)

Auch wenn wir es nicht mit **Minderheitenpolitik** im engeren Sinne zu tun haben, gilt der Spruch: Minderheitenpolitik steht über Parteipolitik. Ich denke, gerade dazu gibt es in diesem Hohen Hause einen Konsens.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Parteiübergreifend haben wir uns schon vor dieser Landtagsdebatte alle zusammen für den Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Apenrade ausgesprochen. Ich möchte es schon als historisch - und auch als Ausdruck des hervorragenden Klimas im Grenzland - bezeichnen, daß sich der SSW als Partei der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig auch öffentlich für den Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Nordschleswig einsetzt.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Noch vor einigen Jahren wäre dies wohl so nicht möglich gewesen. Der SSW wird diese Problematik auch am kommenden Montag - das habe ich bereits öffentlich gesagt - in der Sitzung des Kontaktausschusses für die dänische Minderheit beim Bundesinnenminister ansprechen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Der Erhalt des deutschen Konsulats ist auch im Interesse der **dänischen Minderheit**. Auch in Dänemark gab es in den 80er Jahren einige Überlegungen, ob das dänische Generalkonsulat in Flensburg noch nötig sei. Zum Glück hat sich dann die Einsicht durchgesetzt, daß dieses Konsulat eben nicht nur ein x-beliebiges Auslandskonsulat Dänemarks ist, sondern eine besondere Bedeutung hat. Man kann die Konsulate in Nord- und Südschleswig nicht nur unter außenpolitischen Gesichtspunkten sehen. Sie sind auch Teil der Minderheitenregelung, des **deutsch-dänischen Grenzlandmodells** und somit der Grenzlandpolitik.

(Beifall im ganzen Hause)

Grenzlandpolitik ist etwas anderes als Außenpolitik. Grenzlandpolitik lebt von der Kommunikation, von der Vermittlung und vom Austausch über die Grenze hinweg, auch zwischen Mehrheit und Minderheit. Gerade hier spielen das deutsche und das dänische Konsulat auf jeder Seite ihrer Grenze eine wichtige Rolle, insbesondere natürlich für die jeweiligen Minderheiten.

Die Bundesregierung macht also einen großen Fehler, wenn sie darauf hinweist, daß die praktischen Aufgaben des Generalkonsulats auch von Kopenhagen aus geregelt werden können. Das mag richtig sein, aber eben darum geht es nicht. Hier muß man dem Staatssekretär Volmer aus dem Bundesaußenministerium leider vorwerfen, daß er nichts begriffen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Weg von Berlin nach Apenrade ist eben doch viel länger als umgekehrt. Die Schließung der Generalkonsulate von Apenrade und auch von Oppeln in Polen sind ein Schlag ins Kontor der dort anwesenden deutschen Minderheiten, die von den Konsulaten betreut werden.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Deshalb fordert der SSW die Landesregierung auf, sich weiterhin mit Nachdruck auf allen politischen Ebenen für den Erhalt des deutschen Generalkonsulats in Apenrade einzusetzen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wir tun dies auch, weil wir uns ernsthaft über das Gleichgewicht im Grenzland Sorgen machen. Dazu habe ich in meiner Rede zum Haushalt 2000 schon ausführlich Stellung genommen. Ich möchte noch einmal etwas vor dem Hintergrund dessen, was der Kollege Klug gesagt hat, deutlich machen. Das Problem ist doch, daß der dänische Staat für beide Minderheiten das meiste zahlt. Das ist es doch!

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

In aller Freundschaft: Ich bin gern bereit, Besen bereitzustellen, damit wir alle erst einmal vor unserer eigenen Tür kehren.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Doch zurück zum Thema! Die Minderheitenpolitik ist das eine, und was wir hier über den Haushalt miteinander noch zu besprechen haben, ist das andere. Zu-

(Anke Spoorendonk)

rück also zu dem Generalkonsulat in Apenrade! Die Ministerpräsidentin hat schon Finanzierungsvorschläge für den Erhalt des Generalkonsulats in Apenrade gemacht.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß. Es würde der Bundesregierung gut zu Gesicht stehen, wenn sie diesen Vorschlag aufnahme und somit die Schließung verhindern würde.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall' Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich gar nichts sagen. Ich dachte, es gebe einen interfraktionellen Antrag. Ich fand die Reden sehr gut, vor allem fand ich den Beitrag meiner Kollegin Frau Fröhlich ausgesprochen gut, die sehr ehrlich deutlich gemacht hat, daß wir immer - wenn wir vor Ort dafür eintreten, daß die Strukturen so bleiben, wie sie sind - die **Haushaltssituation** mit im Kopf haben müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Gerade deshalb habe ich mich unglaublich über den Beitrag von Ihnen, Herr Klug, geärgert. Sie haben das ganze abgelesen, als wäre in der Zwischenzeit nichts passiert, als hätte es keine Debatte gegeben. Sie stellen sich hier hin und sprechen von der Spätzündung von Rot-Grün.

(Zurufe von der CDU)

Vielleicht habe ich nicht alle Anträge dabei. Es gibt einen Antrag von Rot-Grün vom 27. Juli, dann kam der CDU-Landtagsantrag vom 1. September - wunderbar! -, und dann hüpfte plötzlich - 14 Tage später - die F.D.P. mit auf. Dann werfen Sie uns Spätzündung vor!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ist denn hier Spätzünder? - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Das kann nicht sein. Außerdem ist es die F.D.P., die immer wieder sagt: Der Staat soll sparen, soll keine Mehreinnahmen haben, und sie mahnt gerade die Strukturreform, die strukturellen Entlastungen überall an. Ich teile die Auffassung des SSW.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenigstens Sie!)

Frau Fröhlich hat deutlich gemacht, daß wir diesen Antrag mittragen, weil er Symbolcharakter hat und für die Region wichtig ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wie peinlich - diese Eloge!)

- Ich lasse es hier nicht stehen, wenn Sie davon sprechen, es sei ein verheerendes Signal für diese Region, es sei grotesk und es sei ein Erosionsprozeß, den Rot-Grün dort einleiten würde,

(Ursula Röper [CDU]: Das stimmt doch!)

es sei schlimm und man müßte es allein deswegen aufrechterhalten, weil es das ganze schon 80 Jahre gibt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Lesen Sie mal die Erklärung vom 23. Juli!)

Ich sage noch eines zum Schluß. Mir ist es ein bißchen zu billig, wenn denjenigen, die Einsparmaßnahmen vertreten, immer vorgeworfen wird, sie seien zu blöd, sich vor Ort zu informieren.

(Klaus Schlie [CDU]: Wo steht das? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wen interessiert das? - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Fragen Sie mal die Menschen im ganzen Land! Die sehen das genauso!)

Ich nehme Staatssekretär Volmer ausdrücklich in Schutz.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Selbst die Abgeordnete Angelika Beer hat diese Kritik geäußert!)

- Das ist völlig in Ordnung, die kommt aus Schleswig-Holstein.

(Glocke des Präsidenten)

Ich habe keine Lust, immer mit dem Amtsgericht zu argumentieren, weil mir das irgendwann zu blöd ist.

(Unruhe)

Das war so deutlich. Vor Ort sind immer alle dagegen, und im Land, im Bund oder wo das ganze finanziert werden muß, sind sie dafür. Diesen Zirkus mache ich nicht mit!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich lasse das in dieser Form nicht stehen. Sie setzen sich für die Verwaltungsstrukturreform ein, ohne Beispiele zu nennen, und sind dann vor Ort immer dagegen. Frau Fröhlich hat sehr sehr deutlich ge-

(Monika Heinold)

macht, was für eine schwierige Gratwanderung das ist. Und sie hat vor allen Dingen auch deutlich gemacht - das hat Frau Spoorendonk ebenfalls ausgeführt -, wie sensibel wir mit diesem Thema umgehen müssen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihre Rede war entbehrlich!)

und daß wir deshalb im Bund dafür werben müssen, das Konsulat zu erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat nun die Frau Ministerpräsidentin.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mitte Juli wurde die Entscheidung des Außenministeriums bekannt, im Rahmen der Sparvorgaben für den Haushalt 2000 rund 20 Auslandsvertretungen zu schließen, darunter auch das deutsche **Generalkonsulat in Apenrade**. Dessen Aufgaben sollen von der deutschen Botschaft in Kopenhagen übernommen werden.

Es spricht vielleicht - das ist eine kritische Bemerkung in Richtung Bonn/Berlin - für das mangelnde Finger-spitzengefühl der Verwaltung im Außenamt, dies über die Zeitungen bekanntzugeben. Es gibt andere Möglichkeiten, über Sparnotwendigkeiten zu informieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.], Peter Lehnert [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Man müßte ihnen vielleicht einmal mitteilen, daß das besser gemacht werden sollte.

Seitdem diese Pläne bekannt geworden sind, sind überall in Schleswig-Holstein und auch bei unseren dänischen Partnern Stimmen laut geworden, die sich für den Erhalt des Generalkonsulats einsetzen. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß hier alle an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen und versuchen, den Schaden so gering wie möglich zu halten, ja vielleicht die Entscheidung wieder rückgängig zu machen.

Die Landesregierung wurde in ihrem Bemühen, die Bundesregierung umzustimmen, von vielen Gruppen unterstützt: Verbände, Kommunen, Fraktionen und andere Gremien haben vor den negativen Folgen der Schließung gewarnt und von sich aus nach Berlin beziehungsweise Bonn geschrieben.

Die Stadt Flensburg und die IHK Flensburg haben Außenminister Fischer darauf aufmerksam gemacht, welche bedeutende Rolle im **Grenzland** das Generalkonsulat beziehungsweise die beiden Generalkonsulate für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, für die wirtschaftlichen Kontakte, aber auch für das Verständnis für diese Region aufbringen und haben.

Der Regionalrat Sønderjylland/Schleswig hat ebenfalls gebeten, die Entscheidung zu überdenken. Im dänischen Folketing wurde Außenminister Nils Petersen von den Abgeordneten aufgefordert, sich bei seinem Amtskollegen für den Erhalt des Generalkonsulats einzusetzen.

Über alle Grenzen und Parteien hinweg gibt es also einen großen Konsens, alles Menschenmögliche zu tun, um diese Entscheidung zurückzudrehen.

Ich habe in Briefen an den Herrn Bundeskanzler und den Außenminister dargestellt, wie wichtig aus der Sicht der Landesregierung und der gesamten Politik gerade in dieser Region die Aufrechterhaltung von festen Strukturen ist, an die man sich wenden kann, an die man sich gewöhnt hat und von denen man weiß, daß sie auch im Notfall für uns und für die Region sprechen.

Es gibt andere Möglichkeiten, die notwendigen Sparraten zu erbringen, wobei überhaupt kein Zweifel bestehen kann, daß gespart werden muß. Ich glaube, eine **Strukturüberprüfung im Auswärtigen Amt** würde manches zutage fördern, worüber wir uns hier nur wundern können.

Die Schließung des Generalkonsulats ließe sich schon dadurch vermeiden, daß in einigen Auslandsvertretungen die Bundesbesoldung herabgestuft würde. Die Arbeit vieler B 9-Stellen-Inhaber, die allein in Brüssel versammelt sind und von denen man gar nicht weiß, wer dort was macht, würde, glaube ich, ohne daß die Beziehungen zusammenbrächen, sich durchaus auch in anderen Besoldungsstufen bewältigen lassen, und damit hätten wir Geld frei, um in Apenrade das Generalkonsulat aufrechtzuerhalten.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was nun wirklich überhaupt nicht einzusehen ist - da denke ich, sollte der Herr Außenminister einmal in seiner Haushaltsabteilung nachrechnen lassen -, ist das seit 1990 leerstehende **ehemalige DDR-Botschaftsgebäude** in Hellerup. Es steht nur deshalb leer, weil sich drei Ministerien nicht darüber einigen können, wohin der Millionenerlös laufen sollte,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Unglaublich!)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

in das deutsche Innenministerium, weil es damals die deutsche Einheit zustandegebracht hat, in das Außenministerium, weil es eine Botschaft war, oder ins Finanzministerium, weil der Finanzminister sowieso immer alles nimmt.

70.000 bis 80.000 DM im Jahr kostet allein die Sicherstellung und Instandhaltung des Gebäudes. Für dieses Geld könnten wir das Generalkonsulat erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Zurufe)

Das ist etwas, was sowieso keiner versteht. Ich ver falle hier wieder einmal in meine alte Haushältermentalität, zu gucken, woher man Geld bekommen kann, wenn man denn sparen muß und trotzdem bestimmte Sachen aufrechterhalten will.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Altlast!)

Das wären jedenfalls vernünftiger Schritte, als jetzt ein Generalkonsulat zu schließen, dessen Schließung man später nicht mehr rückgängig machen kann.

Der Außenminister hat mir Anfang dieser Woche mitgeteilt, daß er an seinem Beschluß festhalten wird. Jetzt kommt es also vor allem darauf an, die gemeinsame Entschließung des Landtages noch einmal eindringlich in Berlin vorzustellen und darauf hinzuweisen, daß dies in der gesamten **Region** von niemandem gebilligt wird, und es kommt darauf an, unsere **Abgeordneten aus Schleswig-Holstein** - die Abgeordneten Austermann, Koppelin und Frau Beer - zu bitten, im Haushaltsausschuß des Bundestages für den Erhalt des Generalkonsulats zu werben und Mehrheiten dafür zu sammeln.

Und um den Schaden gering zu halten, kommt es vor allem darauf an, unseren Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze klarzumachen, daß wir zu unserem erfolgreichen Modell eines friedlichen Miteinanders von Minderheit und Mehrheit im Grenzland stehen. Das breite Engagement über alle Parteigrenzen hinweg zeigt, daß bei uns in der Minderheitenpolitik Konsens besteht. Das sollten wir immer wieder klarmachen, und wir werden es auf uns nehmen müssen, unseren dänischen Partnern - damit sie ihr Vertrauen in uns aufrechterhalten können - nachvollziehbar zu machen, daß es keine Bosheit ist beziehungsweise daß es keine Absage an die **Minderheitenpolitik** ist, wenn wir aus Spargründen weniger Geld zur Verfügung stellen können, als es zur Zeit die dänische Regierung tut.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Anke Spoorendonk [SSW] und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wenn die Landesregierung, der Grenzlandbeauftragte und das Parlament sowie die Verbände und Vereine zusammenarbeiten, kann uns wenigstens dieser Teil der Aufgabe gelingen. Die Schließung des Generalkonsulats bedeutet jedenfalls keinen Rückzug Schleswig-Holsteins aus der Zusammenarbeit mit den Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und des Abgeordneten Hans Siebke [CDU])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 erteile ich nun Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich muß man der Ministerpräsidentin für ihre Ausführungen danken; denn ich glaube, daß sie das für den Schleswig-Holsteinischen Landtag Wesentliche - darauf kommt es mir an - gesagt hat, und zwar auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen in der **Grenzregion**. Den Beitrag der Kollegin Heinold habe ich allerdings nicht richtig verstanden.

(Holger Astrup [SPD]: Ich habe ihn sehr gut verstanden!)

- Ja gut, wenn die Sozialdemokraten ihn gut verstanden haben, Kollege Astrup, dann müssen wir uns mit der Fragestellung vielleicht doch noch einmal ein bißchen beschäftigen, weil mir das Anlaß gibt, über einige Sachen nachzudenken.

Wenn man die **Schließung des deutschen Generalkonsulats** in Apenrade hinnimmt und wenn man nicht entsprechend dagegen ankämpft, wie wir das eigentlich tun sollten, dann ist das Staatsraison. Aber wenn über die Frage des **Grenzlandbeauftragten** auch nur diskutiert wird, dann ist das ein Sich-Versündigen an den deutsch-dänischen Beziehungen.

(Zurufe von der SPD)

Ich hätte hier ein bißchen mehr Ehrlichkeit erwartet,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hätten wir auch!)

weil ich mich frage, was denn eigentlich gemeinsame Entschließungen sollen, beispielsweise im Hinblick

(Wolfgang Kubicki)

auch auf die Wettbewerbshilfe, die ja ebenfalls noch vor uns steht, wenn die Schließung zur Staatsraison erklärt wird - unabhängig von den noch anstehenden Debatten im Deutschen Bundestag, die dort ja noch geführt werden sollen und wo ja auch noch um den Erhalt des Generalkonsulats in Apenrade gekämpft werden soll. Ich kenne jedenfalls schleswig-holsteinische Abgeordnete im Deutschen Bundestag - auch Abgeordnete der Grünen -, die es zu ihrem Ziel erklärt haben, sich in den Haushaltsberatungen massiv dafür einzusetzen, und mir geht es nun darum, sie zu unterstützen und nicht im Wege vorausseilenden Gehorsams und als Staatsraison diese Schließung hinzunehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und von Abgeordneten der CDU)

Ich beziehe da ausdrücklich Frau Angelika Beer ein, die das gesagt hat. Dafür bedanke ich mich. Ich weiß es im übrigen auch von den Kollegen Koppelin, Schmidt-Jortzig und von Abgeordneten der Union, daß sie in gleicher Weise tätig werden wollen.

Meine Hoffnung richtet sich an diese Abgeordneten in gleicher Weise wie bei der **Wettbewerbshilfe** an die Abgeordneten der Küstenländer, daß sie wirklich im Interesse Schleswig-Holsteins die sehr sensible Situation im deutsch-dänischen Grenzgebiet beachten und bei denen, die in Berlin oder anderswo weiter weg sitzen, deutlich machen, daß das mehr ist, als nur Kosten einzusparen.

Im übrigen müssen wir uns wirklich fragen, Kollege Astrup, ob die **Förderung des Sports im südlichen Afrika** durch das Auswärtige Amt mit Millionenbeträgen so sinnvoll gewesen sein kann, wenn dieses Land von der Fußballweltmeisterschaft wegen Bestechungsversuchs ausgeschlossen wurde. Irgendwie könnte man da vielleicht viel besser sparen und das Geld anderweitig sinnvoller einsetzen, wie es hier im deutsch-dänischen Grenzgebiet der Fall wäre.

(Beifall bei der F.D.P.)

Also noch einmal der Appell an alle Beteiligten, sich nach wie vor dafür einzusetzen, daß das Generalkonsulat erhalten bleibt, um unsere friedlichen, freundschaftlichen, nachbarschaftlichen Verhältnisse weiterzuentwickeln und ihnen nicht entgegenzuwirken.

(Beifall bei der F.D.P. und von Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Die Anträge Drucksachen 14/2327 und 14/2369 sind durch die Vorlage des gemeinsamen Antrages erledigt. Ich lasse daher über den Antrag

Drucksache 14/2400, den gemeinsamen Antrag, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/2182

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/2404

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jacobs.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Helmut Jacobs [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Landesabfallwirtschaftsgesetz von 1998, im früheren Abfallwirtschaftsprogramm und im Abfallwirtschaftsplan hat das Land ein klares Bekenntnis zur mechanisch-biologischen Restabfallbehandlung abgegeben. Somit ist der Ihnen heute vorliegende Antrag eine logische Folgerung dieser Zielsetzung.

Nach Wegfall der Landesabfallabgabe war eine attraktive Förderung derartiger Anlagen leider nicht mehr möglich. Um aber der Kooperation in der Abfallwirtschaft Hilfen zu geben, hat das Umweltministerium jüngst ein Merkblatt zum Thema „Anforderungen an die mechanisch-biologische Abfallbehandlung“ herausgegeben, das als Entscheidungshilfe für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger geeignet ist.

Die jetzt gültige TAsi setzt einseitig auf die Verbrennung als Regelvariante und war 1993 in der Erwartung verabschiedet worden, daß die vorhandenen Hausmülldeponien bei gleichbleibendem Abfallaufkommen innerhalb festgelegter Übergangsfristen bis zum Jahr 2005 verfüllt sein würden. Es ist aber die Situation eingetreten, daß bei verminderter Restabfallmenge nach 2005 umfangreiche Deponievolumen ungenutzt abgeschrieben und teure Verbrennungsanlagen geschaffen werden müßten.

Deponiebetreiber ziehen mit Dumpingpreisen Müll an und füllen den eigentlich für einen viel längeren Zeit-

(Helmut Jacobs)

raum gedachten **Deponieraum** auf, um ihre Kosten zumindest teilweise zu amortisieren. Diese Entwicklung könnte in eine andere Richtung gehen, wenn sich die Deponiebetreiber der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung zuwendeten und damit neben den ökologischen Vorteilen erreichen würden, daß Deponien über das Jahr 2005 hinaus betrieben werden könnten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr vernünftig!)

Nach den Erkenntnissen mit Pilotverfahren aus einigen Bundesländern und nach bisherigen Ergebnissen aus Forschungsvorhaben zur mechanisch-biologischen Restabfallbehandlung sowie aufgrund der im Zulässigkeitsverfahren geführten Gleichwertigkeitsnachweise gemäß der Ausnahmeregelung der TASI können Zielsetzungen, was eine weitgehende Emissions- und Setzungsfreiheit anlangt, bei der Ablagerung mechanisch-biologisch behandelter Restabfälle auf Deponien erbracht werden.

Das technische Anforderungsniveau ist also sehr wohl bekannt, meine Damen und Herren von der CDU.

Weiterhin will ich kurz auf Ihren Änderungsantrag eingehen. Auch mit der Gewährleistung der **Gleichwertigkeitserfordernisse** der Ablagerung mechanisch-biologisch behandelter Abfälle gegenüber den Regelanforderungen der TASI kann schon jetzt bei voller Planungssicherheit für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger der Bau mechanisch-biologischer Abfallbehandlungsanlagen durchgeführt werden.

Darüber hinaus informiert die Broschüre des Umweltministeriums und appelliert an die Entsorgungsträger, in regionalen Kooperationen die aufgezeigten genehmigungsfähigen Konzeptionen für MBAs zu nutzen. Das Entstehen des Merkblatts ist vermutlich auch ein Ergebnis einer Umweltministerkonferenz, auf der mehrheitlich beschlossen worden ist, daß die hohen Standards der TASI, was die nachsorgearme Deponie anlangt, erhalten bleiben sollen, aber andererseits eine rechtliche Absicherung von gleichwertigen Vorbehandlungsprodukten eingefordert werden soll.

Eine Ergänzung der **Parameter** im Anhang der TASI um Alternativparameter - zum Beispiel Atmungsaktivität oder Gasbildungsrate - soll geprüft werden. Aussagen der rot-grünen Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung weisen im übrigen in die gleiche Richtung.

Am 20. August hat das Bundesumweltministerium Eckpunkte für die Zukunft der Entsorgung von Siedlungsabfällen veröffentlicht. Danach sollen bis spätestens 2020 alle Siedlungsabfälle vollständig verwertet, bis zur Erreichung dieses Ziels nur noch vorbehandelte

Abfälle deponiert und die TASI für alternative Behandlungsverfahren geöffnet werden.

Das BMU geht davon aus, daß diese neue Abfallstrategie in besonderem Maße geeignet ist, bisherige Konflikte zwischen Befürwortern und Gegnern von Verbrennungstechniken zu beenden.

Die neue Strategie zielt auf eine in hohem Maße umweltverträgliche Entsorgung von Siedlungsabfällen. Sie schafft auch Planungssicherheit für die Kommunen und die private Entsorgungswirtschaft, und sie fördert die technische Entwicklung, Innovation und auch Investitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen können.

Mit der Ergänzung der TASI soll nicht nur über das Instrument der Ausnahmeregelung, sondern grundsätzlich im Zuge der Regelanforderung der TASI auf Bundesebene erreicht werden, daß die mechanisch-biologische Behandlung von Abfällen als gleichwertige Alternative zu den **thermischen Verfahren** zugelassen wird. Die Öffnung der TASI würde nicht nur eine umweltverträgliche Abfallbehandlung ermöglichen, es wäre auch volkswirtschaftlich und abfallpolitisch ein sinnvoller Schritt, der einen Beitrag zur Dämpfung der Gebühren leisten würde.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sollten wir doch wohl alle fordern.

Der CDU-Antrag ist aus meiner Sicht überflüssig, weil die von uns geforderte TASI-Öffnung die hohen Umweltstandards erhält. Ich freue mich, daß die CDU allmählich auf MBAs einschwenkt

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und im Grunde den Eckpunkten des Umweltministers zustimmt. Im Antrag selbst fordern Sie eine zügige Erarbeitung von Rahmenprogrammen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Helmut Jacobs [SPD]:

In der Begründung lehnen Sie das wieder ab.

Im übrigen halte ich das Entgegenkommen gegenüber der Verbrennungsindustrie für gebührentzahlerfreundlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Strauß.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist für eine Abgeordnete, die eine Rede zu halten hat, Herr Kollege Matthiessen, sehr schön, wenn Spannung aufkommt. Dafür bedanke ich mich.

1993 wurde die TA Siedlungsabfall mit großer Mehrheit im Bundesrat beschlossen. Mit der Erarbeitung und der Durchsetzung der TA Siedlungsabfall hat die CDU Meilensteine in der Abfall- und Umweltpolitik gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Die in der TA Siedlungsabfall festgelegten Umweltstandards sichern für die Zukunft eine nachsorgefreie und altlastenfreie Abfallentsorgung, die weltweit ihresgleichen sucht.

(Beifall bei der CDU)

Der Beschluß der Umweltministerkonferenz vom November 1998, sowohl an den hohen **Umweltstandards** als auch am Zeitrahmen der TA Siedlungsabfall festzuhalten, ist eine großartige Bestätigung der Umwelt- und Abfallpolitik der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Unter dieser Prämisse hat sich die Umweltministerkonferenz für eine Fortentwicklung einsetzbarer Technologien ausgesprochen. Ich möchte anmerken: Daran war bisher auch niemand gehindert.

Meine Damen und Herren, mit großem Interesse habe ich daher die vom Bundesumweltministerium veröffentlichten Eckpunkte für die Zukunft der Entsorgung von Siedlungsabfällen gelesen. Was ist daran nun neu?

Neu ist dies: Erstmals wird bestätigt, daß bisher nur **Verbrennungstechniken** die ökologischen Standards der TA Siedlungsabfall einhalten.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Erstmals wird bestätigt, daß die bisherigen Techniken zur Vorbehandlung mit **mechanisch-biologischen Anlagen** den ökologischen Standards nicht genügen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist es!)

Erstmals wird zugegeben, daß für hochwertige mechanisch-biologische Anlagen erst noch rechtliche Regelungen vor deren Einsatz zu treffen sind und entsprechende Technologien noch nicht zur Verfügung stehen.

Erstmals gibt es Vorgaben, aus denen zu ersehen ist, daß die Abfallbehandlung mit hochwertigen mechanisch-biologischen Anlagen ihren Preis haben wird.

Erstmals wird Abfallverbrennung verlangt, um heizwertreiche Teilfraktionen zu nutzen.

Meine Damen und Herren, die rot-grünen Abfall Experten müssen schlicht und ergreifend umdenken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ihr Feindbild der Verbrennung ist einfach futsch.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund kann man den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur als grobfahrlässig bezeichnen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist es!)

Erstens wird versucht, die hohen Umwelanforderungen der Bundes-Immissionsschutzverordnung zu unterlaufen, indem sie nicht genannt werden, sondern durch die schwammige Formulierung „sowie eine Festlegung immissionsschutzrechtlicher Standards“ ersetzt werden.

Zweitens ist die im Antrag enthaltene Aufforderung an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, trotz ausstehender TA-Siedlungsabfall-Änderung, das heißt ohne Rechts- und Planungssicherheit und ohne Kenntnis der technischen Anforderungen und deren Kosten, in entsprechende Planungen einzutreten, nur als haarsträubend und verantwortungslos zu bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Politik muß verlässlich sein und darf nicht andere zu Risiken auffordern, deren Folgen diese anderen, nämlich die Bürger dieses Landes, zu tragen und zu bezahlen haben.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr gut!)

Seit 1996 wissen wir, daß eine unglaubliche **Deponieüberkapazität** in Schleswig-Holstein entstanden ist. Die Ursache hierfür liegt nicht - wie in der Begründung Ihres Antrages suggeriert wird - in den Übergangsfristen der TA Siedlungsabfall, die Ursache hierfür liegt in der desaströsen Abfallpolitik der Sozialdemokraten. Darüber haben wir hier seit 1996 diskutiert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Kreis Schleswig-Flensburg noch 1993 eine

(Roswitha Strauß)

Rüge der damaligen Umweltministerin Edda Müller dafür erhalten hat, daß er die Standortsuche für eine Mülldeponie eingestellt hat.

(Unruhe bei der CDU)

Inzwischen wäre eigentlich ein Dankeschreiben an den Kreis sinnvoll gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere daran, daß der Müll aus Harrislee genau dort gelandet ist, wo er nicht hin sollte, nämlich auf der Deponie Schönberg.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Ich erinnere daran, daß die **Abfallabgabe** die Deponekosten in Schleswig-Holstein drastisch verteuert hat und dadurch erhebliche Abfallströme das Land verlassen haben.

Auch die Bemühungen des amtierenden Umweltministers, die ich ihm durchaus nicht absprechen will, waren offenbar nicht zielführend und werden daher im Ergebnis leider als Aktionismus in die Annalen dieser rot-grünen Regierung eingehen müssen.

Meine Damen und Herren, es waren Sie auf der linken Seite des Hauses, die in Sachen Abfallbehandlungsanlagen einen Glaubenskrieg geführt haben, nicht die CDU. Die CDU hat Umweltstandards festgelegt, die für die Zukunft eine nachsorgefreie und altlastenfreie Entsorgung garantieren. Das ist nachhaltige Umweltpolitik. Daran halten wir fest.

Unter dieser Prämisse haben wir einen konstruktiven Antrag in den Landtag eingebracht, der den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern verlässliche Rahmenbedingungen liefert, Planungssicherheit herstellt und Wirtschaftlichkeitsberechnungen über zukünftige Abfallbehandlungsanlagen sicherstellt.

Meine Damen und Herren, werden Sie endlich sachlich und stimmen Sie dem CDU-Antrag zu! Er bringt sowohl für die Bürger als auch für die Umwelt mehr.

(Anhaltender und lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das war ja doch nicht so spannend, wie man erwarten konnte.

(Klaus Schlie [CDU]: Das war ja schwach!
- Weitere Zurufe von der CDU)

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bürger unseres Landes sind für Umweltschutz. Sie wissen, daß wir unser aller Zukunft damit sichern. Sosehr die Bürger für Umweltschutz sind, sosehr ist in den letzten Jahren im Ver- und Entsorgungsbereich eine weit über der Inflationsrate liegende Kostensteigerung zu beobachten. Sie alle kennen das Problem der sogenannten zweiten Miete, der Kostenlast, die sich aus Strom- und Heizungskosten, aus Frisch- und Abwassergebühren und anderem und nicht zuletzt eben auch aus den Müllgebühren zusammensetzt. Zur Steigerung dieser **Kostenlast** für unsere Bürger hat die alte Bundesregierung mit ihrer Abfallpolitik erheblich beigetragen. Die alte Bundesregierung hat sich in der Technischen Anleitung Siedlungsabfall und damit zusammenhängenden Vorschriften - ich nenne hier nur den berühmten - berichtigten Glühverlust - praktisch auf die teuerste Variante der Abfallbehandlung festgelegt, nämlich die **Müllverbrennungsanlagen**.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Die sicherste!)

Demgegenüber haben wir immer deutlich gemacht, daß wir nicht nur aus den genannten Kostengründen, sondern auch aus ökologischen Gründen dem mechanisch-biologischen Verfahren eine Chance geben wollen. Durch den Regierungswechsel auf Bundesebene und die von uns immer vorhergesagten und jetzt weiter erhärteten wissenschaftlichen Grundlagen, die allmählich erarbeitet werden, und die Entwicklung neuer technischer Möglichkeiten sollten wir diesen Weg in Schleswig-Holstein beschreiten.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD])

Wir brauchen mindestens eine **MBA** in Schleswig-Holstein. Durch die Überarbeitung der TASI wird dieser Weg jetzt endgültig eröffnet.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Dann wird es noch teurer!)

Die Nutzung des vorhandenen Deponieraumes mit ordnungsgemäß vorbehandeltem, nach Kreislaufwirtschaftsgesetz ablagerungsfähigem Restmüll und damit die weitere Bewirtschaftungsmöglichkeit der Deponien vermeidet „stranded investments“, also Fehlinvestitionen, die letztendlich die Bürger unseres Landes bezahlen müßten.

Die Wirtschaftlichkeit wird durch die Nutzung der heizwertreichen Bestandteile in Anlagen nach der 17. BImSchV weiter verbessert. Eine weitere Voraussetzung, diesen Weg zum Wohle der Gebührenzahler zu beschreiten, ist bekanntlich die Zusammenarbeit der kommunalen Körperschaften. Durch sie wird die

(Detlef Matthiessen)

Voraussetzung geschaffen. Hier muß eine vertrauensvolle und allen Seiten dienliche Kooperation verwirklicht werden.

Der Erfolg dieses Weges liegt daher natürlich nicht allein in der Verantwortung der Landesregierung. Herr Minister Steenblock, ich vertraue Ihnen, daß wir bei den Verhandlungen mit den Kreisen durch Ihre Geduld, Ihre Beharrlichkeit und Ihr Verhandlungsgeschick zu einer einvernehmlichen und produktiven Lösung zum Wohle unseres Landes gelangen werden.

Im übrigen ist der Ihnen vorliegende Antrag umfangreich schriftlich begründet, worauf ich an dieser Stelle noch einmal verweisen möchte.

Erstaunlicherweise ist in dem uns heute morgen als Tischvorlage vorgelegten Antrag der CDU ein Schwenk weg vom Dogma der Einbahnstraße Müllverbrennung zu beobachten.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich verweise einfach auf den Text Ihres vorgelegten Antrages

(Zurufe von der CDU)

und werde daraus zitieren. Den Schwenk, den Sie in der Abfallpolitik beschreiten,

(Widerspruch bei der CDU)

kaschieren Sie mühsam, indem Sie nicht mehr generell gegen mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen reden, sondern indem Sie „hochwertige mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen“ fordern.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD])

Wir hingegen haben, wenn wir davon gesprochen haben, wahrscheinlich immer von Schrottanlagen geredet und nicht von technologischem Fortschritt. Das scheint jetzt der Unterschied zu sein.

Wir sind also in Zukunft mit Ihnen zusammen für hochwertige MBAs.

In Punkt 3 Ihres Antrages fordern Sie „eine zügige Erarbeitung der hierfür notwendigen rechtlichen und abfalltechnischen Rahmenvorgaben“. Dazu kann man deutlich feststellen, daß die Möglichkeit, diese Rahmenvorgaben zu erarbeiten, durch den Regierungswechsel in Bonn jetzt erstmalig eröffnet worden ist, nachdem Sie jahrelang Verhinderungspolitik für technischen Fortschritt in der Abfallwirtschaft betrieben haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Herr Matthiessen, in einem möchte ich Ihnen zustimmen: Die CDU hat einen Schwenk in der Abfallpolitik vollzogen, diesen Schwenk wird die F.D.P. nicht mitgehen. Das ist doch wohl klar.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich mir gedacht!)

Herr Kollege Jacobs, Abfallfragen sind keine Bekennnisfragen. Da haben Sie etwas verwechselt. Egal, in wie vielen Broschüren der Landesregierung die mechanisch-biologischen Anlagen auch erwähnt werden müssen - technologisch unsinnig sind sie allemal. Das ändert daran nichts.

Die F.D.P. lehnt eine Änderung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) ab, die das Ziel verfolgt, künftig die Behandlung der Restabfälle außer in thermischen Behandlungsanlagen auch in mechanisch-biologischen Anlagen zuzulassen. Es wäre ein Rückschritt in der Umweltpolitik mit gravierenden Folgen für die Umwelt. Gucken Sie sich doch bitte unsere Altstandorte im Lande an, gucken Sie sich unsere Altlasten an!

(Konrad Nabel [SPD]: Die Stromkonzerne, die Sie hier immer vertreten!)

Die Bestimmungen der TASi verfolgen das Ziel, eine nachsorgefreie Ablagerung der Abfälle zu gewährleisten. Darin sollten wir uns eigentlich einig sein. Nur so kann verhindert werden, daß künftige Generationen die Abfälle entsorgen müssen, die heute produziert werden. Und wer je den Altlastenstandort Barsbüttel, die Deponie Haferteich oder die Appener Deponie besichtigt hat, weiß, wie wichtig eine nachsorgefreie Entsorgung ist. Diese wird nur durch eine thermische Behandlung der Abfälle erreicht.

Anlaß für den heutigen Antrag von Rot-Grün ist eine Initiative des Bundesumweltministers, der ein Eckpunktepapier zur Entsorgung von Siedlungsabfällen vorgelegt hat. Dieses Eckpunktepapier ist in sich widersprüchlich. Das scheint keiner von den grünen Kollegen bemerkt zu haben. Einerseits sollen bis 2020 entsprechend Punkt 5 des Papiers alle Siedlungsabfälle vollständig verwertet werden. Dort heißt es: „Bis spätestens 2020 sollen die Behandlungstechniken so weiterentwickelt und ausgebaut werden, daß alle Siedlungsabfälle in Deutschland vollständig und umweltverträglich verwertet werden.“

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Andererseits, so heißt es in dem Papier, soll die TA-Siedlungsabfall für alternative Behandlungsverfahren - sprich mechanisch-biologische Abfallbehandlung - geöffnet werden. Die vollständige Verwertung der Restabfälle ist nur durch die **energetische Verwertung** möglich, mechanisch-biologische Verfahren können nur eine Behandlung ohne Verwertung ermöglichen.

Die von der christlich-liberalen Regierung beschlossene TASI wie auch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes weisen den Weg zur vollständigen Verwertung.

Frau Kollegin Strauß, auch wenn Sie es nicht sagen möchten, ich bin immer noch der Meinung, daß die christlich-liberale Regierung damit erfolgreich war. Vielleicht können wir uns darauf einigen. Die Öffnung der TASI für alternative Behandlungsverfahren läßt Zweifel daran aufkommen, daß der Bundesumweltminister meint, was er sagt.

Aus Punkt 5 des Eckpunktepapiers läßt sich doch nur folgern, daß einzig die thermische Behandlung von Abfällen mit ihrer Möglichkeit der Erzeugung von Fernwärme und Strom die Methode der Wahl ist. Mechanisch-biologische Anlagen produzieren Material, das in jedem Fall deponiert werden muß. Das ist keine Verwertung. Punkt 5 des Papiers des Bundesumweltministers will die vollständige Verwertung.

Die Politik hat die rechtlichen Rahmenbedingungen zu formulieren. Fehlinvestitionen in überflüssige Abfallanlagen belasten die Bürgerinnen und Bürger und die Betriebe im Land mit unnötigen Gebühren. Schon jetzt, Kollege Matthiessen, produzieren die vier Müllverbrennungsanlagen in Schleswig-Holstein Fernwärme und Strom. Ihre Leistung entspricht der eines halben Kernkraftwerks. Die Landesregierung geht darüber immer mit Schweigen hinweg. Der Energiebericht nennt stolz die Leistung der geförderten Biomasseprojekte, die Wärme und Strom in Höhe von 50.000 MWh produzieren. Die annähernd zehnfache Leistung der Müllverbrennungsanlagen fällt unter den Tisch. Sie ist ideologisch unerwünscht. Soviel zur Aussagekraft farbiger Broschüren der rot-grünen Landesregierung!

(Beifall bei der CDU)

Bunte Bildchen zur Manipulation der Bürger!

Jede kommunale Körperschaft, die in mechanisch-biologische Anlagen investiert, tätigt somit eine Fehlinvestition, denn Ziel der Abfallpolitik ist die vollständige Verwertung, und dies ist nur durch Verbrennung zu erreichen.

Angesichts der Tatsache, daß die Biotonne auf einem guten Weg ist - der von der F.D.P.-Fraktion beantragte Bericht zur Verwertung der Biomasse zeigt dies auf -, ist weiter zu fragen, welchen Sinn die mechanisch-biologische Behandlung machen soll. Warum wollen Sie Abfall mechanisch-biologisch behandeln, wenn für die Biomasse eine effektive rohstoffliche Verwertung, für die übrigen Restabfälle hingegen eine energetische Verwertung möglich ist? Wo bleibt Ihr Bekenntnis zum Vorrang der Verwertung? Wo ist es?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Einmal mehr weist ein Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein den entsorgungspflichtigen Körperschaften den Weg in eine kostspielige Sackgasse. Die Körperschaften, die dem Rat von Professor Heydemann folgten, haben nun nicht mehr benötigte Deponien am Hals; folgen sie Minister Steenblock, kommen ebenso überflüssige mechanisch-biologische Anlagen hinzu.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Nein, danke! Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Daß wir es heute mit geringer werdenden Abfallmengen zu tun haben, sollte uns eigentlich freuen. Jedoch bringt diese Tatsache schon seit mehreren Jahren Probleme mit sich. Wir stehen heute vor der Situation, daß wir in unserem Land **Überkapazitäten** in der Abfallbeseitigung haben, insbesondere bei Verbrennungsanlagen und Deponien. Das wissen wir alle.

Der Grund für die momentane Situation ist in der Technischen Anleitung Siedlungsabfall - also in der TASI - von 1993 zu finden. Hier wird unter anderem gefordert, daß spätestens ab dem Jahr 2005 nur noch vorbehandelte Abfälle gelagert werden dürfen. Eine solche Vorbehandlung läßt sich nach TASI nur mit Verbrennungstechniken erreichen. Auf der Umweltministerkonferenz im November wurde einerseits beschlossen, an den hohen Umweltstandards der TASI festzuhalten, andererseits hat man sich für eine Weiterentwicklung der einsetzbaren Technologien ausgesprochen. Hierzu wurde vom Umweltbundesamt unter Berücksichtigung bislang vorliegender Forschungsergebnisse und Untersuchungen ein Ergeb-

(Anke Spoorendonk)

nisbericht vorgelegt, der für die Vermeidung und Verwertung von Siedlungsabfällen fünf Eckpunkte vorsieht.

Aus Zeitgründen möchte ich hiervon nur zwei Punkte aufgreifen. Neben der bisherigen thermischen Vorbehandlung von Siedlungsabfällen sollen auch hochwertige **mechanisch-biologische Vorbehandlungsverfahren** zugelassen werden, welche sowohl in einer Ergänzung der TASI als auch in einer Rechtsverordnung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz festgelegt werden sollen. Ebenfalls sollen die Deponien geschlossen werden, die nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand nachzurüsten sind.

Wir sehen also, daß sich hinsichtlich einer Öffnung der TASI schon etwas auf Bundesebene tut. Um dieser Sache Nachdruck zu verleihen, unterstützen wir den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich für eine zügige Öffnung der TASI bei der Bundesregierung einzusetzen und den Prozeß zu beschleunigen, der im Gange ist.

Für uns - das möchte ich deutlich sagen - hat eine umweltschonende Abfallverwertung Vorrang vor Abfallverbrennung. Der SSW erkennt die ökologischen Vorteile von mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen im Vergleich zu Müllverbrennungsanlagen an.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Abschließend möchte ich folgendes zu bedenken geben - einen Punkt habe ich noch -: Der Landkreis Schleswig-Flensburg hat seinerzeit einen Langzeitvertrag mit den Stadtwerken in Kiel abgeschlossen. Dies ist unter der Voraussetzung der TASI geschehen, die bis zum Jahr 2005 eine Verbrennung von Abfällen vorgegeschrieben hat. Wenn wir uns für eine zügige Öffnung der TASI im Hinblick auf mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen einsetzen, sollten wir uns auch die Frage stellen, wie nach einer Öffnung der TASI den **Landkreisen** geholfen werden kann, wenn sie aus ihren **Verträgen** mit den Betreibern von Verbrennungsanlagen herauskommen möchten, ohne daß ihnen solche Schritte mit Androhung von Regreßzahlungen madig gemacht werden. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir den Stadtwerken, die aufgrund der TASI in teure Verbrennungsanlagen investiert haben, helfen können, wenn einige Landkreise ihren Müll nicht mehr zur Verfügung stellen. Es gibt also noch einiges zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Strauß.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir gehen auf Mittag zu, Frau Strauß! Haben Sie Erbarmen mit uns!)

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Abgeordnete Fröhlich, auch das zieht als Folge Abfallprobleme nach sich. Insofern bin ich hier gar nicht falsch.

Herr Matthiessen, ich möchte auf das von Ihnen vorgetragene Kostenargument eingehen. Es gibt eine Kleine Anfrage von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten an die Bundesregierung, die vom 15. Juli 1999 datiert. Da wird folgende Frage gestellt:

„Kann die Bundesregierung ausschließen, daß sich die mengenspezifischen Gesamtkosten der Restabfallbeseitigung auf der Grundlage mechanisch-biologischer Abfallbehandlung dann, wenn die Anforderungen an diese Technologie insbesondere aus Sicht des Immissionsschutzes und des Schutzes des Wasserpfadens definiert werden, derart erhöhen, daß diese in der gleichen Größenordnung wie die der Restabfallbeseitigung auf der Grundlage der thermischen Behandlung liegen?“

Die Antwort lautet:

„Es ist davon auszugehen, daß die mengenspezifischen Gesamtkosten einer umweltverträglichen Restabfallbeseitigung auf der Grundlage mechanisch-biologischer Vorbehandlung in der gleichen Größenordnung liegen werden, wie sie derzeit für thermische Behandlungswege genannt werden. Bei den Kostenschätzungen für mechanisch-biologische Verfahren bestehen allerdings Unsicherheiten, da die Anforderungen bei solchen Verfahren an Immissionsschutz, Gewässerschutz und Arbeitsschutz der Beschäftigten sowohl für die Vorbehandlungsverfahren wie für die Ablagerung erst noch festgelegt werden müssen.“

(Roswitha Strauß)

Wenn Sie hier den Eindruck erwecken, das wäre alles schon klar - sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Anforderungen -, dann ist das grob fahrlässig.

Und es ist grob fahrlässig, an unsere öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, die wirklich die Deponieüberkapazität im Genick haben - das ist eine Verantwortlichkeit der Sozialdemokraten, und ich habe hierbei immer unterschieden zwischen Grünen und Sozialdemokraten -, Forderungen zu stellen ohne die Festlegung dieser Dinge. Das ist grob fahrlässig und verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Happach-Kasan, ich bin ein bißchen irritiert durch Ihre Argumentation. Ich will gern einräumen, daß die CDU und die F.D.P. die TA Siedlungsabfall erarbeitet und durchgesetzt haben. Aber Ihnen ist genauso bekannt wie mir, daß die TA Siedlungsabfall Schadstoffgrenzen und Standards festlegt. Es war mir immer ein Anliegen, nicht in diesen ideologischen Blödsinn und in Technikfeindlichkeit zu verfallen, wie es auf der linken Seite der Grünen dieses Hauses ständig betrieben wurde, indem diese Frage immer auf Anlagentechnik verkürzt worden ist. Das ist nicht Stil der CDU. Wir sind für jede technische Entwicklung, aber unter der Prämisse, daß die Schadstoffgrenzen eingehalten werden.

(Lothar Hay [SPD]: Sie sind für wirklich jede technische Entwicklung?)

- Entschuldigung, Herr Hay, wir sind beim Bereich der Abfallwirtschaft. Das ist eine Unterstellung übelster Art.

(Lothar Hay [SPD]: Ich habe nur nachgefragt!)

Wir sind für technische Entwicklungen, die diese Schadstoffgrenzen jederzeit gewährleisten. Ich möchte dazu eines sagen: Es wäre wirklich wünschenswert, auch in Anbetracht der Situation in diesem Land, daß wir uns endlich von ideologischen Argumenten verabschieden. Das geht an die linke Seite des Hauses, ich bin hier ganz eindeutig und klar.

Am Ende - und das muß man ganz klar und nüchtern sehen - werden die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger diese Frage über die Wirtschaftlichkeit entscheiden. Das, was im Augenblick im Lande läuft, daß ausgeschrieben wird, ist eine ganz normale Geschichte. Nur das sichert dem Bürger zu, daß über die Kostenermittlung letztlich die Entscheidungen fallen; denn er zahlt schließlich die Gebühren, niemand sonst.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte es noch einmal ganz deutlich machen: Vor dem Hintergrund des Eckpunktepapiers des Bundesumweltministers habe ich meinen Redebeitrag hier formuliert. Dieses Eckpunktepapier sieht bis 2020 eine vollständige Verwertung der Siedlungsabfälle vor. Vor diesem Hintergrund geht es nicht mehr darum, einfach nur den Standard einer Behandlungsanlage zu formulieren. In diesem Punkt haben Sie recht. Wir wollten Standards formulieren, damit sind wir einverstanden.

Vor dem Hintergrund des Eckpunktepapiers des Bundesumweltministers, der deutlich macht, Ziel ist die vollständige Verwertung, komme ich zu dem Schluß, daß es mit einer mechanisch-biologischen Behandlung eben nicht getan ist, weil sie in jedem Fall, ob es nun deponiefest ist oder nicht, Material produziert, das deponiert werden muß. Von daher kann diese Methode den Ansprüchen, die der Bundesumweltminister formuliert hat, nicht genügen.

Von daher meine ich, daß wir unseren kommunalen Körperschaften den Weg weisen sollten, mit dem sie auch im Jahre 2020 bestehen werden. Sie wissen, wie lange es dauert, solche Anlagen zu errichten. Daher meine ich, daß wir auf der einen Seite den eingeschlagenen Weg - Biotonne für die rohstoffliche Verwertung von Biomasse - weitergehen sollen - der Bericht, den ich zu diesem Zweck angefordert habe, hat dies gezeigt - und auf der anderen Seite bei den Reststoffen, die rohstoffliche Verwertungen nicht ermöglichen, eine energetische Verwertung anstreben. Das ist mein Ziel: energetische Verwertung, nicht einfach in die Luft blasen. Ich hoffe, daß ich dafür die Mehrheit des Hauses bekomme.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Umweltminister dieses Landes begrüße ich ganz ausdrücklich, daß der Bundesumweltminister

(Minister Rainer Steenblock)

seine Eckpunkte vorgelegt hat. Damit ist endlich wieder Bewegung in die abfallpolitische Debatte auch auf Bundesebene gekommen. Es freut mich natürlich auch aus dem Grunde, weil in den Punkten, die Trittin aufgenommen hat, im wesentlichen die Politik, die Rot-Grün hier in Schleswig-Holstein als Abfallpolitik definiert hat, nun auch auf Bundesebene ihre Fortsetzung findet. Das, was wir seit 1996 hier formulieren, scheint sich nun auch auf Bundesebene positiv durchzusetzen. Das bedeutet eine Ergänzung der TA Siedlungsabfall, natürlich mit den Standards, die dort gesetzt sind. Niemand in dieser Republik - darüber bin ich sehr froh - will von diesen Standards herunter; das ist nicht das Problem, und das sollten wir auch beibehalten.

Frau Strauß, Sie haben angedeutet, daß diese Debatte um die **TA Siedlungsabfall** nicht ideologisch behaftet sein soll, sondern sie soll das Ringen um die Entwicklung von technologisch innovativen Konzepten sein, die am angemessensten sind, genau die Kriterien, die in der TASI formuliert sind, nämlich nachsorgearme Deponie, möglichst setzungsfreie Deponie, zu erreichen. Wer sich dort, Frau Happach-Kasan, selber Denkblockaden auferlegt, ist zumindest sehr nahe daran, ideologieorientiert zu arbeiten und die Ideologie in den Vordergrund zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Crux der TA Siedlungsabfall war immer die, daß sie ihre Standards mit einem nur sehr eingeschränkten Teil von Parametern kontrollierbar machen wollte. Die beiden Parameter, um die es hier geht - TOC und Glühverlust -, sind nicht die Parameter, die diese Standards definieren, sondern das sind die Parameter, die diese Standards nur für Verbrennungsanlagen zulassen. Das ist der Fehler der TA Siedlungsabfall gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb kommt es darauf an, in Zukunft zusätzliche Parameter, die diese hohen Standards halten, dazu zu definieren. Das ist die Absicht des BMU. Das haben wir schon immer sehr deutlich gefordert. Es geht um Atmungsaktivität etwa als Parameter, es geht darum, den Gärtest als Verfahren einzuführen, der genau dies auch beschreiben kann. Hier sollten wir nicht solche technologischen Entwicklungen, die auch für die Gebührenzahler relevant sein können, verhindern. Die Entwicklung, die wir jetzt haben, führt doch dazu, daß die Überkapazitäten, die es nicht nur in Schleswig-Holstein gibt - das ist eine bundesweite Debatte -, zur Zeit in Gefahr sind brachzuliegen, daß neue Deponien mit hohen Standards in der ganzen Bundesrepublik nicht mehr genutzt werden. Welcher volkswirtschaftliche Schaden dadurch entsteht, daß wir nur auf Ver-

brennungstechnologie setzen, läßt sich mittlerweile schon recht gut quantifizieren.

Deshalb sollten wir die technologischen Möglichkeiten, die eine weitergehende Abfallwirtschaft bei hohen Standards bietet, nutzen. Die Chance, auch weiterhin die Deponien, die wir hier haben, mit hohen Standards zu betreiben, sollten wir uns nicht entgehen lassen. Deshalb bin ich dem Bundesumweltminister ausgesprochen dankbar.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt ist die Ausschleusung heizwertreicher Fraktionen. Auch dies ist angedeutet worden. Auch dies können Sie schon als Bestandteil des Abfallwirtschaftsplans des Landes Schleswig-Holstein - der Kabinettsbeschuß 1998 hat das deutlich gemacht - nachlesen. Sie sind auch in dem kürzlich veröffentlichten Merkblatt über die Anforderungen an **mechanisch-biologische Abfallbehandlung** und deren anschließende Ablagerung konkretisiert worden. Gerade dieses Merkblatt ist entstanden aus der Sorge der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Schleswig-Holstein, daß entsprechende Anträge über den magischen Zeitraum von 2005 nicht genehmigt werden. Wir schaffen hier Klarheit für die Entsorgungsträger, daß sie mit ihren modernen Deponiekapazitäten auch weiterhin den Abfall in diesem Land entsorgen können.

Wir haben gesagt, daß es nur wenige sind, die diese Standards erfüllen. Aus meiner Sicht ist das Niemark mit den Veränderungen, Damsdorf und Neumünster, Wittorfer-Feld. Mit diesen **Deponien** haben wir hochmoderne Anlagen, die auch über das Jahr 2005 hinaus zur Verfügung stehen sollen. Wir haben die **Verbrennungsanlagen** auf schleswig-holsteinischem Boden, die ihren Teil zur Entsorgung beitragen, und wir werden als dritte Säule die mechanisch-biologischen Anlagen auf hohem technologischem Standard haben. Dieses Konzept ist aus meiner Sicht angemessen, um die Abfallprobleme des Landes zu lösen. Es ist ein multivariablen Konzept, das nicht ideologisch verhärtet auf Verbrennung orientiert ist. Denn die, die das gemacht haben - man sehe sich Hamburg an -, stehen jetzt vor erheblichen Problemen, dies ihren Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern klarzumachen. Deshalb bin ich sehr für flexible Lösungen, für zukunftsorientierte Lösungen, die technologische Innovationen nicht hemmen, sondern fördern, und das machen die MBA.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich schlage vor, alternativ abzustimmen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Ursprungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2382, abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann brauche ich über den Änderungsantrag der CDU gar nicht mehr abstimmen zu lassen, weil dies mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - -

(Meinhard Füllner [CDU]: Bei alternativer Abstimmung müssen Sie über beide Vorlagen abstimmen lassen!)

- Gut. Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/2404, abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir möchten gegen beide stimmen!)

- Damit ist der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Meine Damen und Herren, ich stehe vor folgendem Problem: Wir wollen vor der Mittagspause noch den Bericht des Landtagspräsidenten über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten, den Diätenbericht, aufrufen. Die Frage ist, ob wir den Punkt jetzt gleich behandeln oder ob wir zunächst den Bericht der Landesregierung zur biologischen Behandlung und Verwertung von Bioabfällen, Tagesordnungspunkt 34, behandeln sollen. Wenn wir diesen Bericht der Landesregierung jetzt behandelten, würde das allerdings bedeuten, daß wir in die Zeit der Mittagspause hineingehen müßten.

(Zurufe: Diätenbericht! Erst den Diätenbericht!)

- Gut, damit rufe ich mit Ihrer Zustimmung jetzt Tagesordnungspunkt 37 auf:

Bericht des Landtagspräsidenten gemäß § 28 des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten
Drucksache 14/2393

Ich erteile dem Herrn Landtagspräsidenten das Wort.

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen meinen Bericht zugeleitet und brauche ihn hier deshalb nicht zu verlesen. Ich will mich auf zwei wesentliche Anmerkungen beschränken. Zunächst einmal möchte ich zum konkreten Vorschlag selbst gern klärend darauf hinweisen, daß die Angemessenheit der Diät, der ja nicht nur der Landtagspräsident in seinem Bericht und seinem Vorschlag verpflichtet ist, sondern der wir alle verpflichtet sind, der Entschädigung, der Aufwandsentschädigung, viele Bestandteile enthält - nicht nur die Diät, nicht nur die Funktionszahlungen und auch nicht nur die Mitarbeiterzahlung, sondern beispielsweise auch die Altersversorgung, die Übergangsbezüge, Tagegelder, Reisekosten und so weiter. Dazu gehören also auch die einzelnen Bestandteile.

Wenn ich einen Vorschlag gemacht habe, der besagt, daß die Diät zum 1. Januar 2000 um 1,5 % erhöht werden sollte, daß die Funktionszahlungen ebenfalls um 1,5 % erhöht werden sollten und daß die Mitarbeiterzahlungen adäquat der Einkommensentwicklung um 70 DM im Monat angehoben werden sollten, dann ist mein Verständnis nach allen Grundlagen, die wir haben, daß ich Ihnen damit vorschlage, die **Angemessenheit der Diät** so zu formulieren, daß der Status quo, auf dem wir uns befinden, hergestellt wird, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ich glaube, das ist in der momentanen Situation auch der richtige und einzige Weg, den man gehen kann und den man gehen muß.

Daß wir uns diese Entscheidung nicht leichtmachen vor dem Hintergrund aller gesellschaftlichen Entwicklungen, ist auch klar. Aber ich will an dieser Stelle auch einmal sehr bewußt darauf hinweisen, daß eben unser Einkommensgefüge, das unser Mandat als Entschädigung vorsieht, mit nichts, aber auch mit keiner anderen Einkommensart in der Bevölkerung vergleichbar ist. Diese Entscheidung werden wir auch in Zukunft selbst treffen müssen. - Dies als eine erste Anmerkung!

Jetzt gestatten Sie mir eine zweite Anmerkung. Das macht mir Sorge: Seit Jahren bemühen wir keine Sachverständigenkommission mehr in der Beratung; die letzte haben wir 1994 bestellt. Diese **Sachverständigenkommission** hatte festgestellt, daß wir in den Strukturen unseres Einkommens nicht mehr zeitgemäß sind. Wir haben aber aus Rücksicht auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil, das sich auf wesentliche Teile der Strukturen unserer Entschädigung bezieht, immer wieder gesagt, wir wollen im Respekt

(Landtagspräsident Heinz-Werner Arens)

vor dem Bundesverfassungsgericht diesen Spruch abwarten, und dann werde es notwendig sein, einmal durch unabhängige Sachverständige begutachten zu lassen, wie unsere Versorgungsbezugsstruktur noch in diese - ich sage das so - Welt paßt. Die hat ja auch etwas mit der Attraktivität des Mandats, das ja auch im Interesse der Gesamtbevölkerung liegt, zu tun.

Ich muß ganz ehrlich sagen: Nachdem in diesem Jahr wieder eine Aussage von Karlsruhe vorlag, noch in diesem Jahr 1999 werde ein Spruch ergehen, will ich diesem vertrauen. Das muß ich ja auch. Aber bei allem Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht: Wenn dieser Spruch nicht erfolgt - so kann ich nur am Ende dieser Legislaturperiode sagen -, wird das Parlament unabhängig davon zu Beginn der nächsten Legislaturperiode eine Sachverständigenkommission einsetzen müssen.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoo-
rendonk [SSW])

Ich denke, das sind wir unserem Mandat auch schuldig. Wir haben wirklich lange genug dem Bundesverfassungsgericht den Vortritt gelassen, wie es sich gehört.

Ich will an dieser Stelle nur einmal auf zwei Tatbestände hinweisen: Wenn vorgeschlagen wird, bestimmte Diäten, bestimmte Einkommensteile um 1,5 % anzuheben, heißt das ja nicht, daß der - so sage ich jetzt einmal - Gesamtlohn um 1,5 % angehoben wird. Seit fünf Jahren ist die Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.600 DM für durchlaufende Kosten, die so in der Höhe der Einnahme auch für Aufwand ausgegeben werden, festgefroren, obwohl in diesen fünf Jahren - auch das habe ich gesehen - die Sachkosten beständig gestiegen sind. Trotzdem haben wir gesagt, wir packen die Struktur nicht an.

Oder ich nenne ein „Fossil“ unserer Entschädigung, das Tagegeld. Es ist seit 25 Jahren festgefroren. Wir alle sind uns darüber einig: Es paßt als Tagegeld so nicht mehr in die Landschaft. Nur, das sind eben Bestandteile, die haben wir liegenlassen, weil sie nicht mehr angepaßt werden sollten. Dies muß einmal grundsätzlich, und zwar nicht nur von uns, sondern auch von Vertretern aus der Gesellschaft heraus begutachtet werden, welche Vorschläge uns zur Verbesserung, zur zeitgemäßen Ausgestaltung unserer Struktur gemacht werden können. Das allerdings sollten wir nicht selbst leisten, sondern dazu sollten wir uns schon des Sachverständigen bedienen. Entscheiden müssen wir am Schluß selbst.

(Beifall bei CDU, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte dies wirklich so formulieren. Ich halte das auch nicht für ein Kneifen, sondern ich halte das für eine Selbstverständlichkeit, wenn eine Legislaturperiode zu Ende geht, auch ein wenig auf den Weg der nächsten Legislaturperiode zu legen, ohne diese - das ist selbstverständlich - verpflichtet zu können.

Das ist in diesem Jahr mein Bericht zur Angemessenheit der Diäten. Ich gebe ihn vertrauensvoll in die Ausschußberatungen und hoffe, daß wir zu guten Beschlüssen kommen werden.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich stelle fest, daß der Landtag den Bericht des Herrn Landtagspräsidenten zur Kenntnis genommen hat.

(Widerspruch)

- Herr Abgeordneter Astrup!

Holger Astrup [SPD]:

Ich bitte um Überweisung in den Finanzausschuß, Frau Präsidentin!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gut, Überweisung in den Finanzausschuß! Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich denke, wir können jetzt noch den Tagesordnungspunkt 34 behandeln.

(Widerspruch)

- Herr Abgeordneter Astrup zur Geschäftsordnung!

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin, mit Blick auf die Uhr empfehle ich, daß wir jetzt noch, soweit sie noch ausstehen, Tagesordnungspunkte behandeln, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die gibt es nicht mehr. - Dann treten wir jetzt in die Mittagspause ein. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause. Die Sitzung wird um 15:00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 36, Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“, wiedereröffnet werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:49 bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag

Landtagsbeschuß vom 26. September 1996
Drucksachen 14/223, 14/266 und 14/272

Bericht der Enquetekommission
Drucksache 14/2373 (neu)

Ich erteile das Wort zunächst dem Vorsitzenden der Enquetekommission, Herrn Abgeordneten Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die **Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“** legt nach zweieinhalb Jahren Arbeit in insgesamt 23 Sitzungen mit über 130 Sitzungsstunden - davon zwölf Anhörungen von 40 Experten aus Hochschulen, Behörden, Unternehmen, Verbänden sowie Vertretern der Landesregierung - ihren **Abschlußbericht** vor.

Neben sechs Abgeordneten unseres Landtags haben acht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die auf Vorschlag der Fraktionen berufen wurden, ihren Sachverstand in die Arbeit der Kommission eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, den Professores Jung, Hanneforth, Kollek und Schlegelberger sowie den Doktores Idel, Frauen, Peters und Wilkens ausdrücklich im Namen des Landtags für ihre Arbeit in der Kommission zu danken.

(Beifall im ganzen Haus)

Einige dieser Damen und Herren haben jetzt in der Loge Platz genommen. Herzlich willkommen hier im Parlament!

An dieser Stelle gebührt Dank auch Frau Dr. Richter und Herrn Dr. Weiß, die uns jeweils zeitweise als wissenschaftliche Mitarbeiter zur Seite standen. Last, but not least möchte ich an dieser Stelle auch einmal die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung nennen, die in wahrlich nicht geringem Ausmaß durch Protokollierung, durch Vor- und Nachbereitung der Kommissionssitzungen in Anspruch genommen worden sind. Auch ihnen herzlicher Dank an dieser Stelle!

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, Grundlage der Arbeit war der **Einsetzungsbeschuß** des Landtags vom 23. August 1996, der aufgab - ich zitiere -:

„... Chancen und Risiken der Gentechnologie durch eine kritische Bestandsaufnahme der Debatte über ethische Grundsätze und Grundlagen dieser Technologie und der Darstellung ihrer aktuellen Entwicklung unter ökologischen, ökonomischen, rechtlichen, gesellschaftlichen und Sicherheitsgesichtspunkten aufzuzeigen. Insbesondere sollten dabei Empfehlungen für die Arbeit des Landtags und der Landesregierung formuliert werden.“

Dabei war auf die verschiedenartigen Bereiche der Anwendung und der denkbaren Anwendung von Gentechnik Bezug zu nehmen. Von der Genomanalyse von Pflanzen bis zur Gentherapie beim Menschen, von der Umweltsanierung durch gentechnisch veränderte Mikroorganismen bis zur Implementierung von Technikfolgenabschätzungen reichte der Bereich, mit dem wir uns befaßt haben.

Der vorliegende Bericht spiegelt - wen wird es wundern? - den **Grundkonflikt** über Sicherheit, Sinn und Nutzen der Gentechnik wider. Gleichzeitig gibt er aber auch in 78 konkreten **Empfehlungen** eine Vielzahl von Hinweisen für künftiges Handeln zum Themenkomplex Gentechnologie in Schleswig-Holstein.

Viel Zeit ist in der Kommission auf Fragen des Prozedere verwandt worden: vom Arbeitsprogramm bis zur **Form der Berichterstattung**. Die schließlich gefundene Form der Sachstandsberichte in der Verantwortung der Berichterstatter - zum Teil ergänzt durch mittragende oder ablehnende Voten oder auch ergänzt durch alternative und/oder ergänzende Papiere, zum zweiten aber auch durch Bewertungen, die ebenfalls in die Verantwortung der jeweiligen Autorinnen und Autoren fallen, schließlich durch Empfehlungen, die abgestimmt und gegebenenfalls durch Minderheitsvoten ergänzt wurden - mag vielleicht nicht jeden vollends zufriedenstellen, sie stellt aber eine transparente Darstellung der Inhalte und Auffassungen und damit auch eine faire Präsentation dar, mit der sich weiterarbeiten läßt und von der sich eine über die Kommissionsarbeit hinausgehende Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Gang setzen lassen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich möchte an dieser Stelle auf Ausführungen zu diversen Anwürfen nicht eingehen. Das könnten eh

(Jürgen Weber)

nur Insider verstehen. Ich möchte aber sagen, daß es ein Versehen beziehungsweise Mißverständnis meinerseits gewesen ist, daß bei der Präsentation des Berichts der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Herr Professor Jung, nicht eingeladen worden war. Dafür habe ich mich an dieser Stelle zu entschuldigen, Herr Jung!

Ich will kurz ein paar Punkte erwähnen, die Anlaß zu weiterer Diskussion bieten sollten und über die wir in den Debatten der einzelnen Fraktionsmitglieder nachher noch sprechen werden.

Ausgehend von der Einsicht, daß sich die Gentechnik zu einer Schlüsseltechnologie aller Lebenswissenschaften entwickelt hat, schlägt die Kommission - übrigens in weiten Passagen einmütig - vor, einen **Ausbau der Forschungskapazitäten in Schleswig-Holstein** in diesem Bereich vorzunehmen. Das schließt Grundlagenforschung, Begleitforschung bei der Anwendung der Gentechnik und Technikfolgenabschätzung ein. Sie macht übrigens auch Vorschläge zur Etablierung und Verbesserung von Beratung, Information, Datenschutz und Wissensvermittlung.

Während die Kommission mehrheitlich eine stärkere Nutzung der Gentechnik im Bereich der Humangenetik in verschiedenen Einzelpunkten durchaus befürwortet, bestätigt sich andererseits mehrheitlich die ablehnende Haltung der Landesregierung zu Freisetzung und Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen in Schleswig-Holstein.

Ich möchte an dieser Stelle dazu einen Hinweis geben. Die Kommission hat eine große Zahl von wirklich hochkarätigen Sachverständigen hören können. Zudem hat die Landesregierung der Kommission umfangreiche Informationen und Sachstandsberichte zur Verfügung gestellt. Daraus hat sich eine umfangreiche Materialsammlung ergeben, die im Anhang des Berichts auch bibliographiert ist. Im Interesse der Sache sollte der Landtag einen Weg finden, diese Informationen und Standpunkte, soweit es geht, auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine abschließende Bemerkung zu dem Bericht, bevor wir in die inhaltliche Diskussion einsteigen können! Es mag in das eine oder andere Kalkül passen, daß die Arbeit der Kommission und die Ergebnisse lediglich als ein Steinbruch zur Bestätigung der jeweils vorgefaßten Meinung angesehen werden. Ich bin aber überzeugt: Wer sich intellektuell redlich und mit der Bereitschaft zum sachlichen Diskurs mit unserem Bericht auseinandersetzt, wird eine Vielzahl von Anregungen, von bedenkenswerten Vorschlägen, von lehrreichen Informationen und schließlich von erkenntnisbringenden

den Verweisen finden. Man muß den Bericht nicht unbedingt loben, aber man sollte ihn ausführlich und ernsthaft auswerten. Diese Aufgabe können und wollen wir den Fraktionen und der Landesregierung nicht ersparen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. - Dann werden wir in die Aussprache eintreten.

Bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich auch von dieser Stelle aus Gelegenheit nehmen, mich ausdrücklich bei den Mitgliedern der Enquetekommission sehr herzlich für diese fleißige und umfangreiche Arbeit zu bedanken, insbesondere bei dem Vorsitzenden, unserem Herrn Abgeordneten Weber, und bei Herrn Professor Dr. Jung. Mein Dank gilt aber nicht nur den Abgeordneten und den Mitgliedern, sondern selbstverständlich auch denjenigen Mitgliedern, die nicht Abgeordnete sind. Wir als Parlament sind für unsere Beratungen und Beschlußfassungen auf sachkompetente Zuarbeit angewiesen und organisieren diese in Form von Enquetekommissionen. Dies ist einer der Höhepunkte unserer Arbeit. Nochmals herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Wir werden sie sicherlich sehr sorgfältig auswerten.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Aussprache ist eröffnet. Ich erteile Herrn Abgeordneten Storjohann das Wort.

Gero Storjohann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Thema in dieser Debatte gerecht zu werden, ist ein unmögliches Unterfangen. Was bleibt, ist eine punktuelle Betrachtung.

Im Koalitionsvertrag dieser Regierung wurde der Dissens in der Gentechnik festgeschrieben. Dieser Dissens hat sich nun auch auf die Enquetekommission übertragen. Wer den Bericht liest, wird das auch feststellen. Gelöst wurde er nicht, aber es wurde angeregt, den Diskurs doch in geeigneter Form fortzuführen. Das hat hier eben auch der Vorsitzende gesagt. Es ist aber nicht die eigentliche **Aufgabe einer Enquetekommission**, Anstöße zu geben, sondern sie soll konkrete **Handlungsempfehlungen** für die Landesregierung erarbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb komme ich darauf zurück, daß es die CDU-Fraktion war, die gesagt hat: Wir benötigen keine

(Gero Storjohann)

Enquetekommission, um Handlungsempfehlungen für die Landesregierung zu erarbeiten. Zeitgründe, Zuständigkeitsgründe und Kostengründe sprechen für andere Möglichkeiten. Wir lagen mit unserer damaligen Einschätzung richtig.

Nach zweieinhalb Jahren Beratung gab es wenig bahnbrechende Empfehlungen, auf Schleswig-Holstein bezogen. Geschätzte Kosten von 264.000 DM waren das Ergebnis.

Die **Entwicklung in der Gentechnologie** - das haben wir in der Enquetekommission immer wieder festgestellt - ist so rasant, daß wir bei der Berichtsberatung davon ausgehen konnten: Sobald die Drucklegung erfolgt ist, sind die Daten schon veraltet.

Unabhängig davon ist festzustellen: Die Mitarbeit in der Enquetekommission hat wohl allen Mitgliedern Spaß gemacht. Manchmal hat sie auch Frust hervorgeufen. Sie war lehrreich, und es war interessant. Das ist das persönliche Empfinden eines Mitglieds der Enquetekommission.

Es war aber äußerst schwierig, Sitzungstermine zu finden, an denen alle Mitglieder dabei sein konnten. Die Erwartungshaltung über die zeitliche Beanspruchung bei der Berufung war sicherlich eine andere. Deshalb spreche ich einen besonderen Dank an die Mitarbeiter und die Mitglieder der Enquetekommission aus, besonders an diejenigen Sachverständigen, die von der CDU-Fraktion benannt worden sind: Professor Schlegelberger, Dr. Frauen, Professor Jung und Dr. Wilkens.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Einen besonderen Dank spreche ich auch an Professor Jung für die Wahrnehmung der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden aus.

Um so ärgerlicher ist die Stilfrage, die sich bei der Abschlußpressekonferenz ergeben hatte, wo Professor Jung gern dabeigewesen wäre, was auch verständlich ist. Wir hatten nämlich unterschiedliche Auffassungen, es gab Minderheitsvoten. Daher wäre es besser gewesen, wenn die Pressekonferenz durch den Vorsitzenden und den Stellvertreter gemeinsam durchgeführt worden wäre.

Jetzt einige Schlaglichter! Die Kommission sieht **Regelungsbedarf bei Gentests**. Hierzu zitiere ich:

„Die Erhebung und Verarbeitung von Daten über erbliche Veranlagung durch Versicherungen und Arbeitgeber muß ausgeschlossen werden.“

Die Kommission formuliert weiter:

„Eine Datenspeicherung in medizinischen Registern ist grundsätzlich auszuschließen.“

Das ist die Formulierung, die auch im Bericht des Vorsitzenden sowie in der Presseerklärung ihren Niederschlag findet.

Wir haben in der letzten Ausschußberatung das Wort „grundsätzlich“ hinzugefügt. Man kann dieses Wort mißverstehen. Wir haben dann ergänzt, daß es für die klinisch-medizinische Forschung unerlässlich ist, daß die Speicherung genetischer Daten nicht behindert werden darf. Auf diese Feststellung lege ich großen Wert.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im Lichte der weltweiten Entwicklung sollte die Landesregierung ihre ablehnende Haltung gegenüber **transgenen Pflanzen** revidieren. Obwohl sich transgene Pflanzen in Tausenden von Feldversuchen - bis 1997 waren es über 25.000 - als sicher erwiesen haben, fährt diese Landesregierung weiterhin einen anderen Kurs. Die Kommission hat dazu eine Empfehlung gegen das Minderheitsvotum gegeben.

Ich zitiere weiter:

„Schleswig-Holstein soll sich bundes- und europaweit für die Schaffung allgemeingültiger, harmonisierter Ausschlußkriterien für die Freisetzung und das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen einsetzen.“

Diese Formulierung wurde mehrheitlich angenommen. „Mehrheitlich“ bedeutet immer: nicht einstimmig.

Meine Bewertung ist: Es handelt sich um eine Kaugummiformulierung, die wenig konkret ist, die nur den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellt. Ich möchte das belegen. Zum Beispiel kann die Veränderung ökologisch relevanter Eigenschaften bei Pflanzen durchaus sinnvoll sein. Darunter fallen Kälte-, Hitze- oder Salzresistenz. Die Beispiele sind bekannt: Bekämpfung des Hungers mit Pflanzen, die auch in Grenzregionen trotz Kälte oder Hitze noch gedeihen können.

Das folgende Beispiel wurde auch von der Landesregierung gebracht. Die Landesregierung steht hinter dem Beispiel. Der Aralsee von der Größe Deutschlands trocknet aus.

(Konrad Nabel [SPD]: Durch menschliche Fehler!)

- Ja, durch die Bewässerung! - Die ehemaligen Wasserflächen, die jetzt trocken liegen, versalzen. Hier kann man nach meiner Auffassung salzresistente

(Gero Storjohann)

Pflanzen zum Einsatz kommen lassen, damit dieses von der UNO zum Katastrophbereich erklärte Gebiet in den nächsten hundert Jahren eine Humusschicht bekommt. Das sind Chancen, die wir nutzen und nicht verstreichen lassen sollten.

(Beifall bei CDU)

Über die **wirtschaftliche Bedeutung** der Biotechnologie und speziell der Gentechnik in Norddeutschland liegen nur wenige Daten vor. In Niedersachsen sind seit 1995 29 Unternehmen neu gegründet worden, in Hamburg drei Unternehmen und in Schleswig-Holstein ein Unternehmen. Daten über Arbeitnehmer und Fördermittel für Schleswig-Holstein lagen uns nicht vor. Für Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen gibt es 100 Mitarbeiter, die in solchen Unternehmen beschäftigt sind. Insgesamt sind bisher 12 Millionen DM an Fördermitteln geflossen.

Fazit für Schleswig-Holstein: Während sich die Biotechnologie im Aufwand befindet, ist in Schleswig-Holstein erst ein schwaches Wachstum erkennbar. Deshalb sollten wir die Bio-Initiative Nord ausbauen.

(Beifall bei der CDU)

Für anwendungsbezogene Projekte sollten weiterhin Fördermittel gegeben werden. Die Beratung von jungen Wissenschaftlern zur Erreichung der Selbständigkeit sollte erleichtert werden; die Selbständigkeit muß schmackhaft gemacht werden.

Das Land sollte - hier handelt es sich um eine einstimmig gefaßte Empfehlung, über die ich mich gefreut habe - in sein Marketingkonzept die Biologietechnologie und speziell die Gentechnik als einen Schwerpunkt aufnehmen. Was in Mecklenburg-Vorpommern selbstverständlich ist, daß sich der Wirtschaftsminister für die Nutzung von Gentechnik ausspricht, muß hier in die Redemanuskripte der Minister erst noch eingearbeitet werden.

In einem Minderheitsvotum unterstütze ich die Ansiedlung neuer Unternehmen, sogenannter Start-ups, und zwar in der Umgebung von Forschungszentren der Biotechnologie, da sie langfristig die Chance auf hochwertige Arbeitsplätze bringen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sollten gezielt staatliche Anreize gegeben werden, um Unternehmen, die Forschungsergebnisse staatlich geförderter Forschungsinstitutionen zur Marktreife entwickeln, in der Nähe von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein anzusiedeln.

Ein weiterer Punkt war die **Vermittlung von Wissen**, und da möchten wir bei den Kleinen anfangen. Schon

in der Grundschule sollte die Wissensvermittlung über biotechnische Verfahren wie Brot- und Käseherstellung oder die Sauerkrautherstellung möglich sein. In der Sekundarstufe I und II ist die Vermittlung von Grundlagenwissen notwendig, und das regen wir einstimmig an. Damit einhergehen muß die Lehrerfortbildung, das ist selbstverständlich.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Wir möchten Anreize schaffen, damit sich die Wissenschaftler medial fortbilden, um ihr Wissen der breiten Bevölkerungsschicht mitteilen. Wir können uns da zum Beispiel eine Zusammenarbeit mit der Universitätsgesellschaft vorstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Als Fazit halte ich fest: Was hat die Enquete nun an Empfehlungen erarbeitet, die man nicht anders, schneller und kostengünstiger hätte haben können? - Der Streit um die Sachstandsberichte machte deutlich, wie Empfehlungen der Beliebigkeit untergeordnet werden können. Die Reduzierung des Themas auf Schleswig-Holstein fiel uns schwer. Einerseits ist die Zuständigkeit und damit die Handlungskompetenz der Landesregierung minimal, andererseits ist die Gentechnik in Schleswig-Holstein erst ein zartes Pflänzchen, das es zu pflegen und zu fördern lohnt. Eine ideologisch begründete Verweigerung der Chancen und eine Überhöhung der Risikodiskussion hilft Schleswig-Holstein im Standortwettbewerb der Bundesländer nicht weiter.

Die CDU bleibt dabei: Die Enquete war nicht notwendig, und die jetzt vorliegenden Ergebnisse wären anders schneller und kostengünstiger zu haben gewesen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt noch einmal mit der Fraktionsjacke derselbe Satz: Ich bedanke mich in erster Linie bei allen Kommissionsmitgliedern, egal von welcher Fraktion sie benannt worden sind, für ihre Mitarbeit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soweit dürfte Einigkeit bestehen: Die **Zukunft der Gentechnologie** wird zweifelsohne nicht in Schles-

(Jürgen Weber)

wig-Holstein entschieden, aber Schleswig-Holstein muß sich entscheiden, inwieweit es an der **weltweiten Entwicklung** der Gentechnik partizipieren will.

Schleswig-Holstein ist auch heute schon kein Niemandsland in Sachen Gentechnik. Die Freisetzung von gentechnisch verändertem Mais, Raps oder Aspen sind nur öffentlich sichtbare Signale einer Technologie, die es auch in diesem Land in Forschung, Entwicklung, Landwirtschaft und Medizin bereits gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Daher ist es hilfreich, daß der vorliegende Kommissionsbericht in vielen Punkten durchaus konkrete Empfehlungen gibt. Man muß sich für die Beratung eines solch komplizierten Themas auch Zeit lassen. Ich glaube, es ist keine Zeitverschwendung, solche Dinge ernsthaft und gründlich zu beraten.

Aus Zeitgründen will ich jetzt nicht auf die ganzen einzelnen Empfehlungen eingehen; sie sind nachzulesen, und der Kollege Storjohann hat auch schon einige genannt. Ich möchte auf einige grundsätzliche Probleme und Schlußfolgerungen aus der Arbeit zu sprechen kommen. Ein wichtiges **Argument zur Beurteilung der Gentechnik**, vor allem in Abgrenzung zu anderen Technologien, war und ist das Kriterium der **Rückholbarkeit**. Wir konstatieren heute auch, daß allein auf dem amerikanischen Kontinent auf über 30 Millionen h Fläche transgene Pflanzen angebaut werden und daß mittlerweile in 45 Ländern an zirka 25.000 Standorten Freilandversuche stattfinden. Auch darauf hat der Kollege hingewiesen. Wir tun deshalb gut daran, uns bei unseren Bewertungsmaßstäben nicht auf fundamentale Vorgaben - egal welcher Provenienz - zu verlassen, sondern notwendige und sachliche Parameter zur Beantwortung der Frage heranzuziehen, wo, wie, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen wir die Anwendung der Gentechnik akzeptieren können, wo wir sie für sinnvoll und wo wir sie vielleicht für unumgänglich halten.

Diese Parameter sind meines Erachtens erstens der tatsächliche Stand der Forschung, zweitens die **Beurteilung der Risiken** und drittens die **Abschätzung des tatsächlichen Nutzens**. In der Risikodebatte - ich will darauf jetzt nur im Nebensatz hinweisen, da ich darauf schon in der Einsetzungsdebatte hingewiesen habe - ist festzustellen, daß man den Risikobegriff differenziert zu betrachten hat: faktisch nachweisbare Risiken zum einen und dann die hypothetischen Risiken, also theoretisch nicht auszuschließende ungewollte Veränderungen im Prozeß der Anwendung der neuen Technologie, zum anderen und schließlich auch spekulative Risiken, die den Bereich unbekannter Prozesse berühren.

Risikovororge ist unstreitig ein gesellschaftliches Ziel, das staatliche Eingriffe in die Entwicklung der Technik rechtfertigt. Greifen wir das Beispiel der Risikobewertung transgener herbizidresistenter Kulturpflanzen heraus, stellen wir fest, daß im Dialog am runden Tisch niemand für gentechnisch veränderte Organismen irgendwelche Risiken beschreiben oder benennen konnte, für die man nicht auch die entsprechenden Beispiele bei konventionell gezüchteten Organismen finden kann.

(Beifall des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Es geht nicht darum, Risiken zu negieren. Wie sich gezeigt hat, wissen wir, daß es sie gibt. Wie sich gezeigt hat, wissen wir auch, daß gentechnisch übertragene Herbizidresistenz durch Auskreuzung von Kulturpflanzen an verwandte Wildpflanzen weitergegeben werden kann. Auf das Beispiel der Paranaß will ich jetzt gar nicht zu sprechen kommen. Solche Risiken müssen in der Tat im Einzelfall geprüft und bewertet werden. Sie sind aber nur begrenzt neuartige Risiken und keine spezifischen auf der Grundlage gentechnisch veränderter Organismen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hap-pach-Kasan [F.D.P.]

Deswegen - um jetzt nicht mißverstanden zu werden - glaube ich, daß es wichtig ist, die Frage zu stellen, ob unsere **Instrumente der Risikovororge** funktionieren - mit oder ohne Gentechnik. Im Komplex der hypothetischen Risiken besteht wohl vor allem das Problem des Nichtwissens, des Noch-nicht-erforscht-Habens. Die Antwort kann meines Erachtens nur lauten: vermehrte Forschung! Das muß die Antwort auf diese Fragen sein.

Mir ist es wichtig, in dieser Debatte darauf hinzuweisen, daß sich die Diskussion und das Handeln weg von allgemeiner Spekulation - egal von welcher Seite aus - hin zu einem Paket von Sicherheits- und Begleitforschung, von etablierter Technikfolgenabschätzung, von Kennzeichnung und Wahlfreiheit sowie schließlich ökologischer Gesamtverträglichkeit und ökonomischer Nutzenbewertung bewegen sollte. Es gibt noch genügend Fragezeichen, ob nämlich die Gentechnik wirklich in allen Anwendungsbereichen der Weisheit letzter Schluß ist. Ist eine artgerechte Tierhaltung für die Tiergesundheit und die Fleischqualität nicht ein nachhaltigerer Weg als ein Gentransfer zur Leistungverbesserung?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Jürgen Weber)

- Ich stelle das als Frage in den Raum.

Oder führt die Entwicklung von krankheitsresistenten Pflanzen mit Hilfe der Gentechnik tatsächlich zur Verminderung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln? Läßt der Einsatz der Gentechnik als Argument für die Nahrungsmittelversorgung in der Dritten Welt nicht die eigentlichen Ursachen von Hunger und Armut außer acht?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Liste von Fragen, die sich fortsetzen ließe. Es geht meines Erachtens darum, die Dinge im Vergleich - oder um einen anderen Begriff zu benutzen: im Wettbewerb der Konzepte und Methoden - zu betrachten. Gentechnik forcieren zu wollen, muß die gleichrangige **Suche und Bewertung von Alternativen** einschließen. Es wäre nicht akzeptabel, würden wir uns einer wissenschaftlichen Methodik und ihrer gesellschaftlichen Implikation allein ausliefern.

Das beinhaltet eine ganze Reihe von Facetten. Ich nenne nur ein paar: Wer Gentechnik in Forschung und Anwendung fördern will - und ich will das in Teilbereichen durchaus -, der muß dann auch den ökologischen Landbau als alternative Möglichkeit entsprechend fördern.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wer in Gendiagnostik und -therapie neue Maßstäbe setzen will, muß auch das Recht auf Nichtwissen, muß eine soziale und psychologische Beratung in diesen Fällen sicherstellen. Wer Lebensmittel, die unter dem Einsatz von Gentechnik hergestellt oder selbst gentechnisch verändert worden sind, zulassen und einführen will, muß Wahlfreiheit durch klare Kennzeichnung sicherstellen.

In der Summe sage ich: Die Empfehlungen, die die Kommission vorlegt, mögen in manchen Punkten widersprüchlich klingen. Zum Beispiel empfiehlt die Kommission dem Landtag, weiterhin bei seiner ablehnenden Haltung zur Freisetzung zu bleiben, und spricht sich für ein Moratorium für das Inverkehrbringen von genetisch veränderten Mikroorganismen aus.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einmütig wird gleichzeitig empfohlen, daß die weitere Entwicklung solcher Mikroorganismen zur Umweltsanierung durchaus aufgegriffen und in Schleswig-Holstein - zunächst allerdings nur in geschlossenen Systemen - eingesetzt werden soll.

Mir scheint es notwendig zu sein, die konkreteren Forderungen, die in dem Kommissionsbericht niedergelegt sind, in künftigen Arbeitszusammenhängen von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu vertiefen. Wir werden dafür in absehbarer Zeit konkrete Vorschläge vorlegen.

Mein persönliches Resümee der Enquete lautet - wenn ich das so sagen darf -: Wo es uns wissenschaftlich weiterbringt, wo es der Gesundheit der Menschen nützt, wo es ökologisch vertretbar und wirtschaftlich sinnvoll ist und wo schließlich auch ein ethisch begründeter öffentlicher Diskurs integriert ist, sollten wir uns der neuen technologischen Chancen nicht begeben; wir sollten sie verantwortbar nutzen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten und sehr geehrte ehemalige Kolleginnen und Kollegen aus der **Enquetekommission** mit allen dazugehörigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch der höchstinteressierten und fachlich-kundigen Öffentlichkeit, die uns in der Kommission begleitet hat! Meinen Ausführungen möchte ich ein Zitat des amerikanischen Wissenschaftsjournalisten Jeremy Rifkin voranstellen, um noch einmal unsere Ausgangssituation in Erinnerung zu rufen:

„Mit der Entwicklung der Biotechnik gelangt die Menschheit an einen Kreuzweg ihrer Geschichte. Bald wird es möglich sein, lebende Systeme nach den gleichen technologischen Grundsätzen zu planen und herzustellen, die wir heute bei industriellen Fertigungsprozessen anwenden. Die beliebige Konstruktion von Leben nach Maßgabe bestimmter technologischer Voraussetzungen, genauer Produktionsvorgaben und Qualitätskontrollen wirft Fragen von grundsätzlicher Bedeutung auf.“

Dies ist nach einer Veröffentlichung in „Genesis II“ von 1986 zitiert.

Mit der Vorlage des Abschlußberichts der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnolo-

(Irene Fröhlich)

gie“ ist nach unserem Dafürhalten eine gute Grundlage gegeben, um die obengenannten anstehenden Fragestellungen im Zusammenhang mit den Entwicklungen und **Auswirkungen der Gentechnologie** und der Reproduktionstechnologie in Schleswig-Holstein auf fachlich-wissenschaftlicher Grundlage bewerten zu können. Aufgrund der mir zur Verfügung stehenden begrenzten Zeit möchte ich Ihre Aufmerksamkeit hier vor allem auf diejenigen Aspekte des Berichts lenken, die angesichts des nach unserer Ansicht hohen Risikos dieser Technologie auch in diesem Bericht entweder einstimmig oder mehrheitlich dem Landtag oder der Landesregierung empfohlen werden.

Zunächst noch einmal zurück in die Geschichte! Die Entwicklung der Gentechnologie geht seit fast 30 Jahren mit rasanten Schritten voran und ist inzwischen Alltag in den Forschungslabors. Praktische Anwendung und kommerzielle Vermarktung gentechnischer Produkte klopfen miteinander sehr laut an die Ladentüren, häufig auch in direkter Verbindung mit der Wissenschaft, die sie erforscht. Mal sind es sogenannte Antimatsch-Tomaten oder gentechnisch manipulierte Waschmittelenzyme für die 30-Grad-„Kochwäsche“, immer wieder auch Freisetzungen von genmanipuliertem Mais, Raps, Kartoffeln oder Pappeln, der Import von Gensoja und Genmais aus den USA nach Europa und nicht zuletzt geklonte Tiere, die die Entwicklung in den **Reproduktionstechnologien** deutlich machen und in eine zum Teil hektische gesellschaftliche Debatte bringen.

Die unmenschlichen Bestrebungen der sogenannten Bioethik-Konvention des Europarates, zum Beispiel fremdnützige Forschungen an sogenannten „nicht einwilligungsfähigen“ Personen oder Menschen mittels Gentherapie Heilung zu versprechen - dies alles gehört heute zur Normalität wie das Werbefernsehen.

Auch in Schleswig-Holstein wird schon seit längerem an zahlreichen Orten mit Hilfe gentechnischer Verfahren geforscht und vereinzelt der Weg in die kommerzielle Nutzung eingeschlagen. Dies geschieht dann allerdings von der Öffentlichkeit doch eher unbemerkt und ohne eine breite - auch fachlich begründete - demokratische Debatte und Kontrolle. Angesichts der möglichen Auswirkungen auf unser zukünftiges Leben und hinsichtlich der Gefahrenpotentiale der Gen- und Reproduktionstechnologie kamen hier die Betreiber in Wissenschaft und Wirtschaft sowie insbesondere die staatlichen Entscheidungsträger ihrer Verantwortung bisher nur ungenügend nach.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch Quatsch!)

Für uns waren dies Gründe genug, uns für die Einsetzung dieser Enquetekommission stark zu machen. - Ich

nehme Ihren Zwischenruf als einen Beitrag zum Fairplay in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Unstreitig ist - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist Quatsch! Was hat das mit Unfairneß zu tun! Das ist eine Tatsachenbeschreibung, Frau Fröhlich! Mein Gott!)

Unstreitig ist, daß auch heute noch wesentliche molekular- und zellbiologische Prozesse vor allem bei höheren Organismen unbekannt sind. Nimmt man den Gegenstand der Gentechnologie, nämlich Lebewesen und deren Lebensprozesse und Strukturen, selbst zum Vergleichsmaßstab, so stellt die Gentechnologie trotz intensiver und hochtechnischer Forschung noch immer ein recht grobes Hantieren an nur teilweise bekannten Lebenselementen und Prozessen dar.

Selbstkritische Stimmen aus der Wissenschaftsgemeinde sehen hierin auch eine grundsätzliche Risikodimension der **gentechnischen Manipulation** an Lebewesen, das Risiko nämlich, statt der gewünschten - oder zusammen mit den gewünschten - auch ungewollte und sogar unbekannte Eigenschaften von Organismen zu erzeugen, die dann entweder selbst zum Schadensherd werden können oder aber ihr genetisches Material über verschiedene Wege - zum Beispiel Virusinfektion, Nahrungsaufnahme, horizontaler Gentransfer - auf andere Lebewesen übertragen. Mit der gentechnologischen Forschung und Anwendung ist aus dieser Sicht heraus in jedem Fall eine Sicherheits- und Freisetzungproblematik verbunden. Natürlich: Selbst Hochsicherheitslabors können keine wirklich geschlossenen Systeme sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wieso das denn nicht! Das ist absoluter Quatsch!)

Neben der möglichen Schädigung von Patienten infolge der Einnahme gentechnischer Produkte oder eines medizinischen Gen-„Therapie“-Versuchs, durch nicht gewollte Nebeneffekte im obigen Sinne besteht im medizinischen und sozialen Bereich die Problematik in einem möglichen **Genreduktionismus der Biomedizin**: Hoffnung auf raschere und direktere Eingriffserfolge, die Reputation und die Konzentration öffentlicher Mittel befördern die Tendenz, nach Faktoren von Erkrankungen und sozial auffälligen Verhaltensweisen nur noch einseitig auf der Ebene von Molekülen zu suchen und Behandlungskonzepte und Mittel darauf auszurichten. Statt des Eingehens auf den ganzen Menschen erfolgt womöglich nur

(Irene Fröhlich)

noch eine Genreparatur, statt gesundheitsfördernder Umweltpolitik und Arbeitsplatzgestaltung individuelle Genchecks, Lebensvorschriften und womöglich sogar soziale Ausschließungen von Arbeitsplätzen oder aus Versicherungen beziehungsweise Leistungspaketen. Ihr Beispiel, Herr Storjohann, bestätigt mich eher in dieser Befürchtung.

Um diesen bedrohlichen Tendenzen entgegenzutreten, empfiehlt die Enquetekommission einstimmig, im Bereich der genetischen Diagnostik die Pränataldiagnostik nicht im Rahmen der allgemeinen Schwangerenvorsorge durchzuführen, sondern diese an eine interdisziplinäre, also psychosoziale wie medizinische, Beratung zu koppeln. Als Sofortmaßnahme soll möglichst schnell eine entsprechende Informationsbroschüre für alle Schwangeren und Interessierten zur Pränataldiagnostik erstellt werden.

Um den Auswirkungen der **Pränataldiagnostik** entgegenzutreten, ist das bestehende hohe Schutzniveau des Embryonenschutzgesetzes zu erhalten. Manipulationen an Embryonen, die zu ihrer Zerstörung oder zu genetischer Selektion führen, müssen unterbunden werden. Auch dies ist eine einstimmige Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Eine ökologische Risikodimension mit globaler politischer Brisanz ist mit dem möglichen zukünftigen Erfolg und der weltweiten Verbreitung der Gentechnologie im Bereich der Pflanzen- und Tiernutzung verbunden, denn das zunehmende Ausbreiten einer im Labor manipulierten sogenannten „fehlerbereinigten“ in die evolutionäre Natur birgt das Risiko, daß die biologische Anpassungsfähigkeit von Pflanzen- und Tierpopulationen und ökologischen Systemen erodiert, wenn die fehlerfreundliche genetische Vielfalt verringert und die Trennung von Entwicklungsgebieten weiter aufgehoben wird.

Zwei bisherige Grundbedingungen der natürlichen Evolution würden vom Menschen in verstärktem Maße aufgehoben, und das Eis, auf dem wir uns bewegen, würde immer dünner. Die Enquetekommission empfiehlt deswegen mit Mehrheit dem Landtag, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Entwicklung und Harmonisierung von Ausschlußkriterien für die Freisetzung und das Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Mikroorganismen einzusetzen.

Gesellschaft und Politik sind dazu aufgefordert, über die zukünftige Richtung der Entwicklung und ihre Regulierung zu entscheiden. Hierbei müssen allerdings äußerst komplexe Sachverhalte und Entwicklungen berücksichtigt werden, die zum Beispiel uns - als Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen - nicht

direkt zugänglich sind. Daraus resultiert ein enormer Bedarf an Beratungskompetenz.

Mit dem notwendigen Beratungsinstrument der Technikfolgenabschätzung und -bewertung können Entscheidungsprozesse über zukünftige Entwicklungen, beziehungsweise Entwicklungswege, auf ein breiteres Kenntnis- und Informationsfundament gestellt werden. Auch dies empfiehlt die Enquetekommission dem Landtag einstimmig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist darauf hinzuwirken, daß an einer Universität des Landes eine Technikfolgenabschätzungseinheit eingerichtet wird, die sich schwerpunktmäßig mit den Konsequenzen der **Gen- und Biotechnologie** für Schleswig-Holstein befaßt und die dazu vorhandenen regionalen Entwicklungsalternativen erforscht. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit dies in Kooperation und Arbeitsteilung mit anderen Technikfolgenabschätzungen in Deutschland realisiert werden kann.

Die Enquetekommission empfiehlt dem Landtag mehrheitlich, daß bei allen bio- und gentechnologischen Projekten, bei denen eine Entscheidungs- und Handlungskompetenz des Landes vorliegt oder in die Landesmittel einfließen, eine parallele Folgeeinschätzung einzufordern ist, die dem Stand und der Praxis der Technikfolgenabschätzung entspricht. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß bei der weiteren Entwicklung der Bio- und Gentechnologie in Schleswig-Holstein Gesichtspunkte dieser Art berücksichtigt werden.

Für die Bereiche der gesetzlich vorgeschriebenen Gentechnikkontrolle und -überwachung empfiehlt die Enquetekommission mehrheitlich, die zuständigen Überwachungsbehörden personell und finanziell so auszustatten, daß eine Bewertung von **Monitoring und Begleitforschung** sowie eine jährliche Kontrolle aller gentechnischen Anlagen - einschließlich der Überprüfung von Aufzeichnungen - möglich sind. Die Ausstattung der zuständigen Überwachungsbehörde ist dem steigenden Überwachungsbedarf anzupassen.

Nicht zuletzt möchte auch ich die Gelegenheit nutzen, an dieser Stelle nochmals allen - wirklich allen - Beteiligten zu danken. Es ist eine große Arbeit gewesen. Gestatten Sie mir, zum Abschluß zu sagen: Eine Sternstunde, die ich in diesem Parlament vielleicht erleben durfte, hätte ich ohne die Enquetekommission nicht erlebt. Das war - zusammen mit Frau Dr. Hap-pach-Kasan, Frau Dr. Schlegelberger, Frau Dr. Idel

(Irene Fröhlich)

und Frau Dr. Kollek - die reine Frauendiskussion über Pränataldiagnostik. Auch dies muß hier erwähnt werden. Das war eine wirkliche Sternstunde. Das hätte ich nicht für möglich gehalten, und ich bedanke mich dafür ganz speziell bei den Kolleginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Dr. Hap-pach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Fröhlich, in einem Punkt möchte ich Ihnen zustimmen: Wir haben sehr interessante Sitzungen gehabt. Die Sitzung, die Sie erwähnen, gehört auch für mich zu einer der besten Sitzungen. Gleichwohl kann ich Ihre - sonst allgemein positive - Einschätzung der Arbeit nicht in allen Punkten teilen. Das werde ich begründen.

Wir haben in drei Jahren einen Bericht von 156 Seiten erarbeitet. Herr Weber, ich möchte Ihnen für Ihre - gerade anfangs - souveräne Sitzungsführung danken, und ich möchte allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern danken, mit denen wir ausgesprochen spannende und interessante Diskussionen gehabt haben. Ich habe viel gelernt. Frau Winking-Nikolay, Sie haben leider nicht gelernt, denn Sie lachen nur.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Die Auseinandersetzungen zum Thema Gentechnik wurden insbesondere durch die Verschiedenheit der Ansätze, mit denen die Mitglieder der Kommission die **Gentechnik** betrachtet haben, bestimmt. Die einen betrachteten die Möglichkeiten, die Methoden der Gentechnik zum Erreichen verschiedener Ziele zu nutzen, die anderen suchten nach Gründen, die Methode abzulehnen. Das war keine gemeinsame Arbeitsgrundlage.

Die Arbeit hat darunter gelitten, daß der in der rot-grünen Koalition bestehende Konflikt über den politischen Umgang mit dem Thema in die Kommission abgeschoben wurde. Damit war der eigentliche Auftrag der Kommission nicht, die Chancen und Risiken der Gentechnik herauszuarbeiten, sondern zu verdecken, daß sich Rot-Grün bei dem Thema nicht einig war.

Dies hat sich in der Kommissionsarbeit fortgesetzt und ist wesentliche Ursache für das Scheitern der Bemü-

hungen, in der Kommission einvernehmlich getragene Sachstände zu verabschieden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieses Scheitern ist eine Kapitulation. Alles andere ist Schönrednerei.

Die Gentechnik ist eine Methode. Sie ist weder gut noch schlecht. Ihre Bewertung steht in engem Zusammenhang mit den Problemen, die die Methode bewältigen helfen soll.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Enquetekommission sollte die Frage stehen, welche Chancen und Risiken die Gentechnik bietet. Ich will nicht darüber streiten, ob diese Frage nicht letztlich schon beantwortet war, als wir anfangen. Nach drei Jahren Arbeit läßt sich aber auch sagen, daß wir zu der Antwort nicht viel beigetragen haben. Fest steht: Die Gentechnik bietet zahlreiche Chancen bei überschaubaren Risiken.

Die Gentechnik ist in den verschiedensten Bereichen von **Wissenschaft und Wirtschaft** die Methode der Wahl. Wer meint, durch gezielte Förderung alternativer Verfahren die Gentechnik aufhalten zu können, läuft einem fahrenden Hochgeschwindigkeitszug hinterher.

Dazu nenne ich einige Beispiele: Nahezu 100 % der Waschmittelenzyme werden mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellt. Die Käseherstellung nutzt Enzyme gentechnisch veränderter Mikroorganismen. Die Textilien-, Leder-, Holz- und Papierverarbeitung verwendet Enzyme, produziert von **gentechnisch veränderten Mikroorganismen**. 43 gentechnisch hergestellte Medikamente sind bei uns zugelassen, sechs davon werden in Deutschland produziert. In den USA stammen 40 % der Sojaernte und 30 % der Maiseernte von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Im Fazit muß festgehalten werden: Nur wer Kleidung aus Wolle trägt, die er selbst gesponnen und verarbeitet hat, seine Kleidung nicht wäscht, keine Bücher oder Zeitungen liest und nicht krank wird, hat zur Zeit noch eine gewisse Chance, sein Leben ohne Berührung mit der Gentechnik zu führen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was soll in dieser Situation die Frage nach den Chancen und Risiken? Muß es nicht besser heißen: Wie können wir die Chancen der Methode besser nutzen und die Risiken eingrenzen?

Welchen Sinn machen fundamentalistische Grabenkämpfe? Welchen Sinn macht die Denunziation der

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Gentechnik durch die verwendete Sprache? GVO ist die Abkürzung für gentechnisch veränderter Organismus. Ein Berichterstatter macht daraus gentechnisch manipulierter Organismus. Ist das nicht kleinkariert?

Die Politik - das heißt das Parlament - hat die Aufgabe, die Rahmenlinien für unsere Gesellschaft vorzugeben. Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Gentechnikgesetzes die Rahmenbedingungen definiert, die bei der Nutzung der Gentechnik einzuhalten sind. Wer sich im Rahmen des Gesetzes bewegt, handelt rechtmäßig. Die Vorstellung, politisch bestimmen zu wollen, welchen Bedarf die Gesellschaft an technischem Wandel hat, welche Produkte die Gesellschaft braucht, ist unserer demokratisch verfaßten Gesellschaft fremd. Die Planwirtschaft der DDR hat sich auch wegen der politischen Arroganz der Mächtigen, die Bedürfnisse der Gesellschaft bestimmen zu wollen, als Fehlschlag erwiesen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Während der BioRegio-Wettbewerb in der Bundesrepublik eine regelrechte Gründerwelle im Bereich von **Biotechnologieunternehmen** aufzuweisen hat, ist die Entwicklung in Schleswig-Holstein kläglich. Nach einer Pressemitteilung von Dienstag wurden seit 1995 in Niedersachsen 29 Unternehmen und in Schleswig-Holstein 15 Unternehmen gegründet. Es ist den von der Landesregierung geschaffenen Rahmenbedingungen zuzuschreiben, daß die Initiative der Bundesregierung nicht besser genutzt wurde. Es ist ein Erfolg für die rot-grüne Klientel mit Ferienhaus in der Toscana, teuer erkaufte durch mehr Arbeitslose und das Abwandern von wissenschaftlich hochqualifizierten Menschen. Das ist ein Verlust.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

Was ist von einer Regierung zu halten, deren Umweltminister nach Auswertung von Ergebnissen eines legalen Rapsfreisetzungsversuchs den Eindruck zu erwecken sucht, da wäre etwas schiefgelaufen, und den Leiter des Forstgenetischen Instituts mit gerichtlichen Verfahren überzieht. Eine Regierung, die den Eindruck erweckt, daß in Schleswig-Holstein ein Betriebsleiter, der sich im Rahmen des geltenden Gentechnikgesetzes korrekt verhält, gleichwohl mit einem Bein im Gefängnis steht, betreibt keine Politik der Ansiedlung von Unternehmen, er vertreibt Unternehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Minister Büllck inzwischen über ein Biotechnologie-Zentrum nachdenkt, kritisieren wir dies nicht. Es ist aber festzuhalten, daß acht Jahre Zeit verschenkt

wurden. Da kann der Hase Schleswig-Holstein noch so schnell laufen, der Igel ist immer schon da.

Frau Ministerpräsidentin, das ist kein schlechtreden unseres Landes, sondern leider Realität. Am Anfang der letzten Legislaturperiode veranstaltete die Technologiestiftung eine Tagung zum Thema Biotechnologie. Trotz des einmütigen Votums der beteiligten Wissenschaftler, die nächste Tagung der Gentechnik zu widmen, blieb das Thema aufgrund einer politischen Weisung der Landesregierung tabu. Soviel zur Unabhängigkeit der Stiftung!

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Inzwischen darf sich die **Technologiestiftung** mit Gentechnik beschäftigen. Das Produkt kann sich sehen lassen: „Schleswig-Holstein Spezial - Biotechnologie“ mit 27 Beiträgen, nahezu alle zum Thema Gentechnik, gut geschrieben und illustriert. Eine Werbebroschüre für die Gentechnik. Gentechnik steht nicht drauf, ist aber darin. Die Beiträge der Gegner der Gentechnologie stehen auf sechs von 107 Seiten. Sie haben allenfalls Alibifunktion.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Protokoll muß das festhalten!)

Sie, Herr Kollege Weber, sind mit einem Beitrag über die Enquetekommission ebenfalls dabei. Sie kannten also diese - laut Impressum aus dem März dieses Jahres stammende - Broschüre. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, ob Sie wirklich gut beraten waren, als Sie sich bereit erklärten, auf die einvernehmliche Verabschiedung der Sachstände zu verzichten, um den fundamentalistischen Gegnern der Gentechnik eine Abstimmungsniederlage zu ersparen. Nur darum ging es bei dem Beschluß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie will der Schleswig-Holsteinische Landtag in Zukunft für ähnliche Projekte Wissenschaftler für die Politikberatung gewinnen, wenn diese im Rückblick feststellen müssen, daß ihre Fachkenntnis nur am Rande interessiert? Die Regierung gibt eine Werbebroschüre zur Gentechnik heraus und die Enquetekommission des Landtages einen Abschlußbericht, bei dem sieben Sachstandsberichte als zumindest unausgegoren zu bezeichnen sind. Herr Weber, ist das Ihre Vorstellung von parlamentarischer Arbeit?

Als die ersten **Freisetzungsversuche** in Schleswig-Holstein angekündigt wurden, hatte die F.D.P.-Fraktion zur Begleitung der Versuche, zur Aufklä-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

rung über wissenschaftliche Fragen, eine Anhörung mit dem Thema „Gentechnik in der Landwirtschaft - Chancen und Nutzen“ veranstaltet. Die Dokumentation gibt noch heute einen guten Einstieg in die Befassung mit dem Thema. Werte Kollegen von der SPD-Fraktion, ich freue mich, daß sich Bundeslandwirtschaftsminister Funke inzwischen der Meinung der F.D.P. zur Gentechnik angeschlossen hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auf der Festveranstaltung aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Bundessortenamtes Anfang des Monats erklärte er, daß es ethisch-moralisch nicht zu verantworten sei, auf die Gentechnik zu verzichten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit dieser Aussage hat der Minister recht. Die Begründung können Sie in unserer Broschüre auch heute noch nachlesen.

Die Äußerungen des Ministers zeigen die Realitätsferne, die einen Teil der Sachstandsberichte unter dem Themenkomplex Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt prägen. Der Einsatz der Gentechnik in der Pflanzenzüchtung sei für den Erhalt der **Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Landwirtschaft auf internationalen Agrarmärkten notwendig und für die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung dringend erforderlich - so Minister Funke.

Ein Teil der Ablehnung der Gentechnik gründet sich auf die Kritik einer konventionellen Landwirtschaft. Auf der Veranstaltung zur Eröffnung des EXPO-Projekts „Sicherung der Welternährung“ erklärte die Ministerpräsidentin unseres Landes wörtlich: „Unsere Kulturlandschaft ist alles andere als eine Agrarwüste. Eine der weltweit leistungsfähigsten Agrarregionen als erfolgreiches Urlaubsland: Das ist ein großes Kompliment an unsere Landwirtschaft.“ - Und wenn unsere Ministerpräsidentin recht hat, hat sie recht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zum Themenkomplex der **Humangenetik** möchte ich insbesondere auf mein Sondervotum verweisen. Ich habe darin meine Befürwortung der Präimplantationsdiagnostik begründet. Ich kann nicht erkennen, warum das Töten eines Fötus ethisch eher zu akzeptieren sein soll als das Töten eines Embryos nach einer Präimplantationsdiagnostik. Ich traue es den Frauen zu, daß sie die mit der Pränatal- wie auch mit der Präimplantationsdiagnostik verbundenen Abwägungen und Entscheidungen verantwortlich treffen können. Ich bin nicht der Auffassung, daß nur Frauen mit akademischer Bildung dazu in der Lage sind, wie dies bei der Beratung in der Kommission anklang.

(Konrad Nabel [SPD]: Quatsch!)

- Sie sind nicht dabeigewesen, Herr Kollege Nabel, ich möchte daran erinnern.

(Konrad Nabel [SPD]: Das hat doch nichts mit akademischer Bildung zu tun! Es geht um menschliche Bildung!)

Ich bin sehr wohl der Meinung, daß Frauen eine gute und gründliche Beratung brauchen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will nicht so tun, als seien mir die bestehenden Vorbehalte gegen die Nutzung der Gentechnik nicht bekannt. Ich will vielmehr deutlich machen, daß ich sie sehr ernst nehme. Schließlich habe ich mich als eine der Parlamentarierinnen am meisten mit den Themen der Gentechnik in diesem Hause beschäftigt. Das kann mir niemand absprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber ich behalte mir vor, immer auch zu untersuchen und mich darüber zu informieren, wie begründet die Vorbehalte sind. Ich sehe mit großer Besorgnis, daß unsere Gesellschaft einmal wieder bereit ist, sich in Ängste gegenüber einer Methode treiben zu lassen. Nicht in der Kritik an der Gentechnik, sondern in der Bereitschaft der Gesellschaft, sich durch Ängste die Freiheit nehmen zu lassen, über die Zukunft rational zu entscheiden, liegt die Gefahr dieser Haltung für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ein Journalist sagte, wir seien eine alte Gesellschaft. Man hat sich eingerichtet, alles Neue könnte eine Gefahr darstellen, es geht doch auch im alten Trott. Diese Haltung ist verbreitet. Aber gerade die Politik, gerade wir Abgeordneten dürfen uns mit dieser Haltung nicht zufriedengeben. Wir haben den Auftrag, die Rahmenbedingungen für unsere Kinder und Enkel zu schaffen. Die Jugend weiß, daß sich die Gesellschaft ändert, neue wissenschaftliche Erkenntnisse **gesellschaftliche Veränderungen** nach sich ziehen. Gestalten wir die Zukunft, statt die Illusion zu pflegen, Schleswig-Holstein könnte als Insel der Seligen abgekoppelt von anderen Entwicklungen existieren!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir im September 1996 hier im Landtag über die

(Anke Spoorendonk)

Einsetzung einer Enquetekommission debattierten, die sich mit den Chancen und Risiken der Gentechnologie auseinandersetzen sollte, habe ich angedeutet, daß eine parlamentarische Kommission ein falsches Forum sein könnte, um dieses sensible Thema anzugehen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Suche nach gemeinsamer Realität und einem minimalen Grundkonsens in solcher Besetzung schnell mit **Parteitaktik** verquickt wird. Ich habe befürchtet, daß am Ende der Kommissionsarbeit ein Gentechnikbericht steht, der nur die bereits vorhandenen Parteimeinungen widerspiegelt und daher umsonst ist. Ich möchte aber ausdrücklich hinzufügen, daß der SSW dem Beschluß, eine Enquetekommission zur Gentechnik einzurichten, zugestimmt hat. Dennoch habe ich diese Befürchtung geäußert.

Ich möchte in meinem Urteil heute nicht zu streng sein, aber betrachtet man den Abschlußbericht und die Sondervoten und läßt man den Verlauf der Erstellung dieses Berichts Revue passieren, dann stellt man fest, daß sich meine Befürchtung leider etwas bewahrheitet hat. Die Grenzen, die bereits vor der Kommissionsarbeit von den Fraktionen gezogen wurden, bestehen auch jetzt noch. Sicherlich haben alle Kommissionsmitglieder hinzugelernt. Der gewünschte gesellschaftliche Minimalkonsens, auf den sich weiter bauen ließe, wurde aber nicht gefunden. Daher könnte das Fazit von zweieinhalb Jahren Kommissionsarbeit leider lauten: Wir sind genauso uneinig wie vorher, aber auf einem höheren Niveau.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die vor der Kommissionsarbeit bestehenden Meinungen haben die Arbeit in der Enquetekommission geprägt. Verschärft wurden die Auseinandersetzungen durch die von den Fraktionen ausgewählten Sachverständigen: auf der einen Seite Sachverständige, die sich für weniger Beschränkungen und stärkere Förderung einsetzen, auf der anderen Seite Sachverständige, die seit Jahren die Entwicklung der Gentechnologie kritisch begleiten. Zeitweise sah es so aus, als würde die Arbeit der Kommission ergebnislos abgebrochen werden müssen. Es zeichnete sich ab, daß es unmöglich sein würde, zu einem Konsens über die Berichte und zu gemeinsamen Empfehlungen zu kommen. Doch nun liegt uns ein Abschlußbericht vor, der - so hoffe ich wenigstens - doch etwas bewirken wird. Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgearbeitet haben.

(Vereinzelter Beifall)

Dieser Text enthält zu den in der Enquetekommission umstrittenen Themen jeweils zwei Berichte. Zusätzlich wurden Minderheitsvoten dokumentiert. Wir halten dieses Verfahren nicht für optimal, andererseits aber

wird so dokumentiert, daß es eben keinen eindeutigen Sachstand angesichts der komplexen Probleme der Gentechnik gibt. Ich finde es redlich, so etwas deutlich zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Statt dessen haben wir ein Kompendium, das den Stand der Forschungsdiskussion zu den Chancen und Risiken der Gentechnik aus ganz unterschiedlichen Perspektiven und entgegengesetzten Bewertungen und Empfehlungen berücksichtigend beleuchtet. Ich habe in meiner abschließenden Bewertung der Kommissionsarbeit daher bewußt gewählt, im Abschlußbericht auch nicht mehr als ein **Kompendium des Forschungsstandes** zu sehen. Meiner Ansicht nach ist keine pauschale Bewertung möglich. Ich kann daher auch nicht verstehen, daß die Vertreterinnen und Vertreter der CDU und F.D.P. in der Kommission darauf bestanden, dokumentieren zu lassen, welche Texte sie unterstützen und welche sie ablehnen.

In diesem Zusammenhang kam es leider auch zu Angriffen gegen einige Mitglieder der Kommission, die gentechnikkritische Texte für den Abschlußbericht verfaßt haben. Das kann ich nicht gutheißen.

Ich möchte auch noch sagen, daß ich das Nachspiel, das uns die Kollegin Happach-Kasan bescherte, indem sie nach Abschluß des Endberichts für sich Sondervoten beanspruchte, für weniger glücklich halte.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Trotz aller Differenzen muß ich hinzufügen, daß meine Enttäuschung auch etwas damit zu tun hat, daß sich die Kollegin Happach-Kasan bei der Ausarbeitung der Voten konstruktiv eingebracht hat. Das paßt aus meiner Sicht nicht zusammen.

Über die Empfehlungen wurde einzeln abgestimmt. Bei einem Teil der Empfehlungen kamen einstimmige Voten zustande. Mehrheitlich wurde eine verstärkte Förderung von Forschungsprojekten im Bereich Gentechnik gefordert. Andererseits enthält der Abschlußbericht viele Empfehlungen, die einen vorsichtigen Umgang mit der Gentechnik fordern. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Haltung zu **Freisetzen** in Schleswig-Holstein beizubehalten. Verstärkte Kontrolle und intensive **Begleitforschung** werden für dringend notwendig gehalten. Auch der SSW unterstützt diese Forderungen ausdrücklich. Das

(Anke Spoorendonk)

tun wir nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Debatte, die momentan auf EU-Ebene läuft.

Aufgabe der Kommission war es, Chancen und Risiken der Gentechnologie zu diskutieren und Empfehlungen für Entscheidungen des Landtages zu erarbeiten. Im folgenden greife ich nur einige Ergebnisse aus dem Abschlußbericht heraus:

Die Gentechnikkommission hält **humangenetische Forschung und Beratung** für wichtig und fordert die Landesregierung auf, molekulargenetische Forschung auf dem Gebiet der Ursachen, der verbesserten Diagnostik und der gezielten Therapie von Krankheiten des Menschen verstärkt zu fördern. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, daß molekulare Diagnostik oft nur Hinweise auf erhöhte Wahrscheinlichkeiten von Erkrankungen geben kann, nicht aber darauf, ob der betroffene Mensch tatsächlich erkranken wird. Deshalb fordert die Kommission verbesserte Beratungsangebote und setzt sich für Projekte ein, die ethische, psychosoziale und rechtliche Konsequenzen erarbeiten.

Chancen werden auch im Bereich der **Gentherapie** gesehen. Viele betroffene Menschen hoffen auf neue Therapieangebote. Allerdings können zur Zeit noch keine Heilungserfolge präsentiert werden. Statt dessen werden die gewaltigen Probleme derartiger Therapieversuche immer deutlicher. Auch das dokumentiert der Abschlußbericht.

Die schärfsten Kontroversen innerhalb der Enquetekommission entzündeten sich am Thema **Gentechnik in der Landwirtschaft**. Die positiven Erwartungen, mit Hilfe von Gentechnik krankheitsresistente Pflanzen zu entwickeln, um so den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft zu verringern, haben sich unserer Meinung nach nicht überzeugend erfüllt. Auf der anderen Seite sind die **Risiken der Freisetzung** genetisch veränderter Pflanzen und Mikroorganismen nicht zu unterschätzen. Auch wurde auf die Gefahr der zunehmenden Monopolisierung von Patenten auf Nutzpflanzen und Saatgut hingewiesen. Im Bereich der Tierzucht wurde festgestellt, daß derzeit noch keine Erfolge vorgewiesen werden können, mit Hilfe der Gentechnik die Krankheitsresistenz bei Nutztieren zu verbessern. Bei Anhörungen von Experten vor der Enquetekommission wurde deutlich, daß sich euphorische Prognosen in bezug auf neue Arbeitsplätze auf dem Gebiet der neuen Biotechnologien nicht belegen lassen, im Moment jedenfalls noch nicht.

Trotz aller Probleme hält der SSW die Arbeit der Enquetekommission nach wie vor für sinnvoll. Das sagte ich zu Beginn meiner Rede schon. Wir sehen in dem vorgelegten Abschlußbericht eine brauchbare Entscheidungsgrundlage für die Landesregierung und

für den Landtag. In den Empfehlungen werden viele konkrete Maßnahmen genannt, die möglichst bald in Angriff genommen werden sollten. Für besonders wichtig halten wir die Einrichtung einer Einheit für **Technikfolgenabschätzung** an einer der Hochschulen des Landes, die sich schwerpunktmäßig mit den Konsequenzen der Gen- und Biotechnologie für Schleswig-Holstein befaßt und die dazu vorhandenen regionalen Entwicklungsalternativen erforscht. Diese Empfehlung wurde einstimmig von der Kommission angenommen.

Aus der Sicht des SSW ist bis jetzt die Chance leider nicht ergriffen worden, die Öffentlichkeit über die Arbeit der Enquetekommission zu informieren. Gerade die Produktion einer vielseitig verwertbaren Dokumentation, die sowohl Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft als auch betroffenen Bürgerinnen und Bürgern beim Umgang mit den neuen Technologien weiterhelfen kann, war eine der Hoffnungen, die der SSW mit der Arbeit der Enquetekommission verbunden hat.

Der vorliegende Abschlußbericht ist aber kaum als Informationsbroschüre für die breite Öffentlichkeit geeignet. Wir halten es für wünschenswert, daß eine Broschüre erstellt wird, die als Grundlage für eine breite Diskussion in der Bevölkerung dienen kann. Vorbild könnte hier ein Projekt des dänischen Wirtschaftsministeriums sein, das den Forschungsstand der Chancen und Risiken der Gentechnologie zusammengefaßt, um „Entscheidungen in Verbindung mit der Gentechnologie“ zu verdeutlichen. Diese Informationen werden nun über das Internet und in einer Broschüre verbreitet, die in jeder Bücherei ausliegt, um diese Debatte in die breite Bevölkerung zu tragen. Die Broschüre wird demnächst in englischer Sprache erscheinen. Ich werde mich bemühen, sie zu gegebener Zeit den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Letzte Bemerkung: Vor dem Hintergrund aller Schwierigkeiten möchte ich mich ganz ausdrücklich bei dem Vorsitzenden bedanken. Die Leitung der Sitzungen der Kommission war manchmal schwieriger, als einen Sack Flöhe zu hüten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Interesse habe ich in den letzten Tagen den Presserummel über den Schlußbericht verfolgt. Ich ziehe meinen Hut, den ich nicht aufhabe. Frau Happach-Kasan, Sie haben es mit Hilfe einer geschickten Medieninszenierung geschafft, den Vorsitzenden der Kommission so zu verwirren, daß er offenbar zu jedem Zugeständnis bereit war. In einem mit den übrigen Kommissionsmitgliedern nicht abgesprochenen Neudruck vom 8. September 1999 ist es Frau Happach-Kasan gelungen, umfangreiche eigene Positionen nachträglich zum Berichtsteil zu plazieren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Laut Kapitel A.1.3. - Arbeitsweise - verstößt dies gegen die Vereinbarung. Lediglich zu den Kapiteln über Empfehlungen waren, wie im ersten Druck geschehen, ausführliche **Minderheitsvoten** zugelassen. Herr Storjohann, Sie haben sich über die erheblichen Kosten beklagt. Vielleicht erkundigen Sie sich einmal, was das Einstampfen und der Neudruck des Berichtes gekostet haben. Dies ist, wie gesagt, gegen die Absprachen geschehen.

Wer hat hier wen über den Tisch gezogen, muß man fragen: Die F.D.P. den Vorsitzenden? Die SPD die Grünen? Oder die Politik die gentechnisch kritische Wissenschaft?

Trotz des vielen Gerangels um inhaltliche Positionen ist ein erstaunlich gehaltvolles Papier zustande gekommen. Aber Papier ist bekanntlich geduldig.

Haben die Empfehlungen des Schlußberichtes, die zum Teil nicht nur Peanuts an Kosten nach sich ziehen werden, irgendeinen Niederschlag in dem vorgelegten Haushaltsentwurf gefunden? Exemplarisch greife ich die folgende Empfehlung aus dem Kapitel **Gentechniküberwachung** und öffentliche Partizipation an den Entwicklungen der Gentechnik in Schleswig-Holstein heraus:

„Die zuständige Überwachungsbehörde muß personell und finanziell so ausgestattet sein, daß die Bewertung von Monitoring und Begleitforschung sowie eine jährliche Kontrolle aller gentechnischen Anlagen, einschließlich der Überprüfung von Aufzeichnungen, möglich sind.“

Zur Zeit gibt es in der gesamten Landesregierung nur eine einzige Person, die eine derartige Aufgabe fachlich bewältigen kann. Allerdings hat auch Herr Dr. Engelke, der heute hier anwesend ist, keinen 24-Stunden-Arbeitstag.

Im Referat Biotechnologie arbeiten außer ihm noch zwei Verwaltungsfachleute, die alle zwei Jahre rotieren. Ein Biologe muß daher laut „Biotechnologiereport Schleswig-Holstein Spezial“ von 1999, Stand der Erhebung von 1998, 78 gentechnische Anlagen an den verschiedensten Standorten des Landes und dort 237 gentechnische Projekte überwachen, einschließlich der Aufzeichnungen. Hinzu kamen 1998 zehn Freisetzung, 1999 waren es 17. Dies ist schlechterdings unmöglich, zumal die Bewertung von Monitoring und Begleitforschung ausschließlich auf ihm lasten und noch vermehrt auf ihm lasten werden.

Im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales arbeitet zwar eine Medizinerin, die für den Bereich der Reproduktionstechnik kompetent ist. Dieses Gebiet gehört streng genommen allerdings nicht zur Gentechnik. Auch im Landwirtschaftsministerium hat man feststellen müssen, daß es hier die notwendige Fachkompetenz nicht gibt. Das heißt, es müßte eine zusätzliche Stelle neu geschaffen werden, denn eine Versetzung aus einem anderen Referat oder Ressort kann die erforderliche Kompetenz nicht gewährleisten, und ein derartiges Fachwissen ist auch nicht durch Nachschulungen zu erreichen.

Sollte ich es im Haushaltsentwurf übersehen haben, oder ist tatsächlich keine personelle Aufstockung für das Referat Biotechnologie vorgesehen? Grün-intern wird ganz offen zugegeben, daß man da nicht „ran“ will. Wie üblich macht die SPD nicht mit, und der grüne Schwanz wird eingezogen, ehe er noch gewedelt hat. Also: Schreiben, schreiben, schreiben - Wahlprogramme, Koalitionspapiere, pardon, ein Koalitionspapier, ein zweites wird es wohl auf absehbare Zeit nicht geben. Wie schon gesagt, Papier ist geduldig, offenbar deutlich geduldiger als Wähler und Wählerinnen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Steenblock das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Das Wort wird nicht gewünscht?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Wenn Sie mich hier schon aufrufen, Herr Präsident, möchte ich gern auch kurz sagen, warum dies nach meiner Auffassung nicht die Stunde der Regierung ist, sondern es ist ein Bericht der Landtags-Enquetekommission, und es ist die Aufgabe der Re-

(Minister Rainer Steenblock)

gierung gewesen, als Dienstleister dieser Kommission zuzuarbeiten. Aber ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, jetzt kommentierend die Arbeit der Kommission einzuschätzen, sondern das wird erst dann passieren, wenn aus dieser Kommissionsarbeit Anträge in diesem Hause entstehen. Dann werde ich mich gern in diese Diskussion einmischen. Aber dies ist der falsche Zeitpunkt.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann erteile ich das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal auf den letzten Absatz der Seite 4 des Berichts hinweisen. Dort steht:

„In der Sitzung am 23. April wurde beschlossen, alle Positionen, die bei der Beschreibung und Bewertung eines Sachstandes eine Rolle spielten, im Abschlußbericht der Enquete-Kommission zu dokumentieren.“

Ich bedanke mich dafür, Herr Weber, daß Sie fair gehandelt haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hinz.

Ich bitte in Zukunft um rechtzeitige Wortmeldungen.

Dr. Jürgen Hinz [SPD]:

Herr Präsident, entschuldigen Sie! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber es geht um das künftige Verfahren. Wir haben uns ja überhaupt nicht geeinigt. Deshalb wollte ich eine „geschäftsführungsleitende Bemerkung“ machen.

Meine Fraktion schlägt vor, den Bericht zur weiteren Bearbeitung dem Sozialausschuß und - mitberatend - dem Wirtschafts- und dem Umweltausschuß zu überweisen.

Ich möchte kurz begründen, weshalb ich diesen Vorschlag mache. Die Vielfältigkeit der angeschnittenen Themen und die Bedeutung des gesamten Gebietes rechtfertigen es, angesichts der Situation des Landes Schleswig-Holstein insbesondere dort weiterzuarbei-

ten, wo wir - das haben auch eindrucksvoll die beteiligten Wissenschaftler aus dem Lande in der Kommission deutlich gemacht - besondere Stärken haben. Es ist unbestritten, daß das Land **Schleswig-Holstein** insbesondere in seinem wissenschaftlichen Bereich an den **Hochschulen** hervorragende Kompetenz hat, die es weiter zu fördern und auszuarbeiten gilt, das heißt auf dem Gebiet dessen, was die Kommission behandelt hat, insbesondere den medizinischen Bereich als Schwerpunktbereich herauszunehmen. Es hat nach meiner politischen Auffassung keinen Zweck, uns zu „verkämpfen“ und zu sagen: Wir wollen gleichzeitig im Bereich der grünen Landwirtschaft bei der Einführung gen- und biotechnologischer Verfahren in der Landwirtschaft vorankommen und hier als Land Schleswig-Holstein tätig werden. Dies ist notwendiger Anlaß zur Erläuterung dessen, was meinen Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung - federführend - an den Sozialausschuß begründete.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank für diese „geschäftsführungsleitende Bemerkung“.

Ich habe die Beratung geschlossen. Ich meine, daß die nur formale Kenntnisnahme nicht angemessen wäre, und möchte gern diesen Vorschlag aufgreifen und etwas erweitern. Wir sollten den Bericht zur abschließenden Beratung den Fachausschüssen überweisen. Das ist in erster Linie der Sozialausschuß, es sind aber auch der Agrarausschuß, der Umweltausschuß, der Wirtschaftsausschuß, der Bildungsausschuß und natürlich auch der Innen- und Rechtsausschuß. Die Federführung sollte der Sozialausschuß haben. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 34 auf:

Bericht zur biologischen Behandlung und Verwertung von Bioabfällen zur Biogaserzeugung, zur Behandlung und Verwertung von Klärschlämmen

Landtagsbeschluß vom 2. Juni 1999

Drucksachen 14/1965 und 14/2162

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2361

Das Wort erteile ich zunächst dem Herrn Minister für Umwelt, Natur und Forsten. Herr Steenblock, Sie haben das Wort.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Abgeordneten! Eine moderne, zukunftsfähige Umweltpolitik muß sich am Prinzip des Kreislaufs orientieren, um das Ziel einer nachhaltigen Ressourcennutzung zu erreichen. In der Abfallpolitik ist dieser zentrale umweltpolitische Gedanke erstmals im **Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz** aufgegriffen und verankert worden. Beispiele für die Anwendung des Gesetzes sind die Rückführung geeigneter organischer Abfälle als Sekundärrohstoffdünger in der Landwirtschaft oder die Nutzung der in den Abfällen enthaltenen Energie in Kraftwerken.

Bevor ich auf den Bericht näher eingehe, möchte ich mich ganz ausdrücklich noch einmal bei den **Betreibern von Kompostierungsanlagen**, den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, bedanken. Denn die vielen Informationen aus diesem Bericht sind in aller Regel originär nicht im Umweltministerium vorhanden, sondern nur über die Kooperation mit diesen Betreibern zu erhalten. Sie haben uns hier sehr schnell und sehr umfassend Hilfestellung geleistet. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hierdurch ist eine ausführliche Darstellung der **Bioabfallverwertung** in Schleswig-Holstein möglich geworden. Mit dem Stand der Bioabfallfassung und Kompostverwertung in Schleswig-Holstein können wir, glaube ich, zufrieden sein. Fast im gesamten Land werden, wenn wir einmal von der Landeshauptstadt Kiel absehen, Bioabfälle getrennt gesammelt und verwertet. Insgesamt ungefähr 150.000 t wurden 1997 verwertet. Das sind durchschnittlich 53 kg pro Einwohner und Jahr. Hinzu kommen 23 kg Grünabfälle pro Einwohner und Jahr aus den kommunalen Sammlungen. Bis zum Jahr 2000 rechne ich mit einer weiteren Steigerung. Ich glaube aber, daß wir diese Kapazitäten im wesentlichen in den Anlagen Schleswig-Holsteins - es sind 14 Anlagen zur Kompostierung von Bioabfällen und 43 Anlagen zur Kompostierung von Grünabfällen - behandeln können.

Bei den **Anschlußquoten**, also der Beteiligung der Grundstücke beziehungsweise der Einwohner eines Gebietes an der Verwendung, sehe ich noch Verbesserungsmöglichkeiten. Wir haben in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedliche Dichten. Die Schwankungen betragen zwischen 20 % und 80 % der Grundstücke. Das hat sicherlich auch etwas mit der Gebührengestaltung vor Ort zu tun. Ich bin froh, daß es bei den Entsorgungsträgern auch eine Diskussion in Richtung Senkung der Biotonnengebühren gibt, um dieses An-

gebot attraktiver zu machen. Dies sage ich unter Ein-schluß dessen, daß die **Eigenkompostierung** natürlich weiterhin einen hohen Stellenwert haben muß. Auch die Kosten für die Bioabfallentsorgung sind sehr unterschiedlich: zwischen 90 und 260 DM pro Tonne. Im Mittelwert sind wir aber, wenn wir uns mit anderen Bundesländern vergleichen, ganz gut. Das gilt auch für die Qualität der entseuchten Komposte. Hier gab es nur sehr selten einmal Überschreitungen. Rund 56 % der Bioabfallkomposte werden landwirtschaftlich verwertet.

Auch die **Energieerzeugung aus organischen Abfällen** gewinnt immer mehr an Bedeutung. Das ist richtig und gut so. Die politisch-administrativen Voraussetzungen dafür sind geschaffen worden, energetische Potentiale der Abfälle weiter zu nutzen, besser zu nutzen als in der Vergangenheit. Hier ist sicherlich die „Initiative Biomasse und Energie“ der Landesregierung, die 1996 beschlossen worden ist, zu nennen.

Die Nutzung von Reststoffen, beispielsweise aus der Land- und Forstwirtschaft, sowie von ökologisch unbedenklichen Abfällen aus Haushalt, Industrie und Gewerbe hat erhebliche positive Umweltauswirkungen. Hier ist insbesondere die CO₂-Neutralität dieser Maßnahmen zu erwähnen. Es gibt zur Zeit in Schleswig-Holstein elf Holzheizwerke und drei Holzheizkraftwerke. Alle sind in den letzten Jahren entstanden. Zusätzlich sind zwei Strohheizwerke in Betrieb. Insgesamt sieben Biogasanlagen runden das energetische Nutzungspotential ab, wobei ich sehr deutlich sagen will, daß hier noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Dort sind die Potentiale mit Sicherheit noch nicht ausgeschöpft. Das ist bei der Deponiegasnutzung anders. Dort verfügen mittlerweile acht von zehn Hausmülldeponien über ein Energienutzungssystem in Form von Blockheizkraftwerken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einen Punkt noch zum Schluß ansprechen. Auch hier sind wir in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Die Vorurteile, die es gegenüber dem **Klärschlamm** gerade in der landwirtschaftlichen Verwertung gab, sind zurückgegangen. Der weitaus überwiegende Teil des schleswig-holsteinischen Klärschlammes wird bei uns landwirtschaftlich genutzt, geringe Teile aus den nördlichen Kreisen werden nach Dänemark exportiert; das macht ja auch Sinn.

Ich freue mich, daß auch die **Getreidemühlen** ihre Zurückhaltung gegenüber einer Klärschlammverwertung abgebaut haben, so daß wir mit unserem Weg in Schleswig-Holstein, die Werte für den Klärschlamm

(Minister Rainer Steenblock)

deutlich unterhalb der Bundesverordnung anzusetzen und auch eine Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer zu erzielen, die Akzeptanzproblematik in diesem Bereich deutlich verbessert haben.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß die stoffliche Biomassenutzung in Schleswig-Holstein erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die energetischen Potentiale sind allerdings bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Dies gilt es insbesondere in den nächsten Jahren entscheidend voranzubringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hatte Frau Abgeordnete Strauß.

(Holger Astrup [SPD]: Die Antragstellerin! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. müßte doch erst! - Holger Astrup [SPD]: Die Antragstellerin ist die F.D.P.-Fraktion, Frau Präsidentin! Ich denke, sie sollte zuerst reden!)

- Die F.D.P. ist Antragstellerin. Dann erteile ich zunächst der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort. - Entschuldigung, ich habe das übersehen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war kein schlechter Antrag! Da wollen wir Sie nicht unterdrücken! - Minister Rainer Steenblock: Haben Sie Ihren Kaugummi herausgenommen?)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! - Das ist richtig beobachtet worden; aber das macht nichts!

Der Bericht der Landesregierung zur **Verwertung von Bioabfällen** ist im wesentlichen ordentlich erarbeitet und gibt einen guten Überblick über die Verwertung von Bioabfällen in Schleswig-Holstein. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei dafür gedankt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich will nicht verhehlen, daß ich ein paar Widersprüche zu den Ausführungen in der Antwort auf die von mir vor zwei Jahren gestellte Große Anfrage erkenne, und freue mich über den Erkenntnisfortschritt.

In der Einleitung gibt die Landesregierung zu erkennen, daß sie bereit ist, wenigstens teilweise die Realitäten anzuerkennen. Das **Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz** des Bundes hat die Rahmenbedingungen

für die schadlose Verwertung von Abfällen deutlich verbessert. Auch diese Landesregierung hat erkannt, daß die energetische Verwertung von Biomasse sinnvoll ist. Mit der „Initiative Biomasse und Energie“ soll - ich zitiere - „die in den Reststoffen enthaltene Energie für das Land nutzbar gemacht werden“. Genau das ist die Forderung der F.D.P. Dies unterstützen wir.

Nach dem Motto „Einen Schritt vor, zwei Schritte zurück“ haben die Regierungsfractionen dann allerdings den Antrag zu den biologisch-mechanischen Anlagen eingebracht - wir haben heute vormittag schon darüber diskutiert -; sie sind auch vor dem Hintergrund dieses Berichts abzulehnen.

Der Anteil der Bevölkerung, der die **Biotonnen** nutzt, ist in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich. Dafür sind die unterschiedlichen Rahmenbedingungen verantwortlich. Es wäre wünschenswert, wenn die Tabelle auf Seite vier, Herr Minister, auch die Gebühren enthielte, die in den einzelnen Kreisen für die Biotonne zu zahlen sind. Dann könnte man etwas besser abschätzen, wieweit die Höhe der Gebühren eine bessere Nutzung der Biotonne verhindert.

Für die F.D.P. ist es gleichwohl kein Ziel, einen Anschlußgrad von 100 % zu erreichen. Wer selbst kompostieren will, soll das tun und dies auch durch geringere Müllgebühren honoriert bekommen. Die Kosten der Verwertung des Biomülls liegen zwischen 90 und 240 DM. In der Antwort auf die Große Anfrage war der Betrag von 519 DM angegeben - das sage ich nur einmal zum Vergleich. Es ist zu fragen, ob tatsächlich die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Kreise für diese Preisgestaltung verantwortlich sind.

Der **Kreis Herzogtum Lauenburg** hat - wie vier weitere Kreise - keine Kompostierungsanlage für Bioabfälle. Da die Bioabfälle des Kreises kostengünstig im mecklenburgischen Nachbarkreis verwertet werden, besteht dafür auch keine Notwendigkeit. Im Gegenteil, die Auslastung vorhandener Anlagen ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Da die Landesregierung ein rechnerisches Behandlungsdefizit von 50 t pro Jahr ausweist, klingt ihr Jammern über die Bioabfälle, die schleswig-holsteinischen Anlagenbetreibern verlorengehen - welchen denn, wenn keine Überkapazitäten bestehen? -, allzu bemüht.

Die Qualität der Komposte ist gut. Daher ist ihre **landwirtschaftliche Verwertung** sinnvoll. Ich freue mich, daß es inzwischen auch möglich ist, die Verwertung der Komposte zu ermitteln. Bei der Beantwortung der Großen Anfrage der F.D.P. damals war das nicht möglich.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Die Landesregierung beschreibt die landwirtschaftlichen Verwertung des Klärschlammes als die ökologisch sinnvollste und kostengünstigste Form der **Klärschlamm Entsorgung**. Dem stimmt die F.D.P. zu, sofern die Grenzwerte eingehalten werden. Die christlich-liberale Bundesregierung hat diese Einschätzung geteilt und sich daher im Gespräch mit der Ernährungsindustrie dafür eingesetzt, daß bei Verträgen zwischen den Betreibern von Getreidemöhlen und Landwirten auf die Aufnahme von Klärschlammklauseln möglichst verzichtet wird. Das ist konsequent.

Es wäre wünschenswert, wenn sich die Landesregierung bei den **Ökolandbauverbänden** für eine Änderung der **Anbaurichtlinien** einsetzte mit dem Ziel, den Klärschlamm in die Positivliste der Stoffe einzusetzen, die als Dünger verwendet werden dürfen. Erst dann ist das Eintreten der Landesregierung für die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung glaubwürdig. Es ist doppelzünftig, die Ökolandbaubetriebe als vorbildlich für die Landwirtschaft zu preisen und gleichzeitig von konventionell wirtschaftenden Landwirten die Klärschlammverwertung zu fordern.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehe ich auch so!)

- Danke, Herr Kollege Matthiessen! -

Die **thermische Verwertung von Bioabfällen** erbringt zur Zeit eine nutzbare Energiemenge von 85.000 MWh pro Jahr. Zusammen mit der thermischen Verwertung von Restabfällen in den vier **Müllverbrennungsanlagen** ergibt das eine genutzte Energiemenge von über 500.000 MWh pro Jahr. Das entspricht in etwa der Energieproduktion eines Kernkraftwerkes während eines halben Jahres. Zu deutsch: Wer auf die Müllverbrennung verzichten will, braucht ein halbes Kernkraftwerk mehr. Soviel einmal zu Ihrer Abfallpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist kein Biomüllproblem! Das ist ein petrochemisches Problem, das Sie diskutieren!)

Als Fazit möchte ich feststellen:

Die Einführung der Biotonne ist auf einem guten Weg. Ich erinnere daran, daß die Einführung der Biotonne rechtlich verpflichtend erst zum 1. Juli dieses Jahres festgeschrieben ist. Von daher sind wir inzwischen schon recht weit gediehen.

Eine Analyse der Kostenstruktur der Verwertung der Biomasse aus der Biotonne sollte auf den Weg gebracht werden, um Einsparpotentiale zu ermitteln und

eine Minderung der finanziellen Belastung der Bürger zu erreichen.

Für die Förderung der ökologisch verträglichen Klärschlammnutzung sollte eine Änderung der Richtlinien der Ökolandbauverbände mit dem Ziel angestrebt werden, Klärschlamm in die Positivliste aufzunehmen.

Die energetische Verwertung von Biomasse braucht weitere Förderung, um wettbewerbsfähig zu werden.

Ich beantrage, den Bericht zur abschließenden Beratung dem Umweltausschuß zu überweisen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Jacobs.

Helmut Jacobs [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bericht zur biologischen Behandlung und Verwertung von Bioabfällen zur Biogasproduktion, zur Behandlung und Verwertung von Klärschlamm ist vom Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten schnell und zügig erarbeitet worden. Für diese prompte Erledigung bedanke ich mich auch im Namen der SPD-Fraktion.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erhalten einen Überblick über die Bioabfallsammlung, über vorhandene Verwertungs Kapazitäten für Bioabfälle, über Kompostanlagen, über Anlagen für Grünabfälle und über das Thema Klärschlamm Entsorgung.

In Schleswig-Holstein hat die „Initiative Biomasse und Energie“ von 1996 gegriffen und die **energetische Verwertung von Biomasse** deutlich zugenommen, obwohl das Potential noch nicht ausgeschöpft ist, wie Sie richtig sagten, Herr Umweltminister! Ich könnte mir aber vorstellen, daß auch die jüngste Entscheidung des Oberlandesgerichtes Schleswig, wonach die SCHLESWAG den Betreibern einer Biogasanlage die volle Vergütung für den eingespeisten Strom zahlen muß, ein zusätzlicher Antrieb zur Errichtung weiterer Anlagen sein könnte.

Auf fünf Seiten geht der Bericht umfassend auf **thermische Klärschlammbehandlungsverfahren** ein. Später erfahren wir dann allerdings, daß in Schleswig-Holstein zur Zeit keines der vorgestellten

(Helmut Jacobs)

thermischen Verfahren angewandt wird. Ein interessantes und zukunftsträchtiges Projekt zur Klärschlammbehandlung erscheint mir die Seaborne-Anlage in Owschlag, die aus der Abfallabgabe gefördert worden ist.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit Hilfe dieses Verfahrens wird bisher nicht genutzter Klärschlamm in komplizierten Verfahren zu Mineräldünger verarbeitet und das dabei frei werdende Biogas im Blockheizkraftwerk in elektrische und thermische Energie umgewandelt.

In den vergangenen Jahren haben fast alle öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Erfüllung der **TASi**, die vorschreibt, daß ab 1. Januar 1999 keine organischen Abfälle mehr deponiert werden dürfen, die getrennte Erfassung und Verwertung von Bioabfällen eingeführt. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Bioabfallsammlung in den einzelnen Gebietskörperschaften auf sehr unterschiedliche Resonanz stößt. Die **Anschlußgrade** liegen in den Kreisen zwischen 20 und 80 %. Die fehlende Akzeptanz liegt - das hat der Herr Minister schon gesagt - zum Teil in den **Kosten der Biotonne** begründet.

Die Tabelle zum Anschlußgrad der Bevölkerung an die Biotonne in den einzelnen Kreisen ist sehr unvollständig. Wie im Vorwege bereits von mir vermutet, sind die Auskünfte der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger immer sehr mager. Diese Erfahrung hat man bereits mit der Fortschreibung des Landesentsorgungsplanes gemacht.

Den größten Teil des Berichtes nimmt das Thema Klärschlamm Entsorgung ein. Die Landesregierung hat in vielen Veröffentlichungen als Hauptziel genannt, daß in Schleswig-Holstein anfallende Klärschlämme weitestmöglich landwirtschaftlich verwertet werden sollen. Im Bericht wird zusammenfassend deutlich, welche Vorteile die Rückführung von Klärschlamm in den Naturkreislauf hat, daß die Akzeptanz bei Getreidemühlen und Erzeugergemeinschaften zunimmt, daß das kommunale Klärschlammaufkommen über 120.000 Mg Trockensubstanz pro Jahr beträgt und daß fast 50 % landwirtschaftlich verwertet werden.

Es ist anzunehmen, daß die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm auch in Zukunft der wichtigste Verwertungsweg bleiben und voraussichtlich noch zunehmen wird.

Fast 50.000 Mg Trockensubstanz der Papierfabrik Temming-Steinbeis aus Glückstadt werden energetisch verwertet. Diese Schlämme kamen früher auf die Deponie nach Ecklak. Dieser Ort liegt übrigens im Kreis

Steinburg. Ich sage das, weil im Bericht so oft Dithmarschen genannt wird.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut, daß das einmal klargestellt wird!)

Eine Aussage zur Behandlung von Klärschlamm in mechanisch-biologischen Behandlungsanlagen fehlt in diesem Bericht natürlich auch nicht. Frau Happach-Kasan, der Bericht spricht auch nicht gegen den Bau von mechanisch-biologischen Kläranlagen; denn gerade in der Antwort auf Ihre Große Anfrage steht geschrieben, daß trotz Bioabfallsammlung die Einrichtung von mechanisch-biologischer Abfallbehandlung noch sehr sinnvoll ist.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Das ist dort an Zahlenmaterial aufgezeigt und an vielen Pilotversuchen nachgewiesen. - Das müssen Sie nicht glauben; das ist in Ordnung.

Klärschlamm aus mechanisch-biologischem Abfall ist deshalb sinnvoll, weil eben Wasser und Nitrate den Verrottungsprozeß forcieren.

Es bleibt zu wünschen, daß die Arbeit nicht umsonst war und nicht in irgendeiner Schublade verschwindet, wie es zum Beispiel mit der Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P. zur Abfallwirtschaft oder mit dem Bericht zur Baggergutentsorgung geschehen ist.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Der ist nicht in der Schublade! Sie sehen, ich arbeite damit immer noch!)

Ich erhoffe mir also von diesem Bericht Konsequenzen und gute Vorschläge zum Thema Verwertung und Beseitigung organischer Abfälle.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum einen in Anbetracht der Zeit und zum anderen der Tatsache, daß wir das Thema im Ausschuß weiterbehandeln werden, möchte ich hier nicht den vierten oder fünften Bericht zum Bericht abgeben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

(Roswitha Strauß)

Ich möchte mich daher auf einige wesentliche Punkte, die mir aufgefallen sind und die wir im Ausschuß sicherlich weiterbehandeln werden, beschränken.

Die Landesregierung hat hier einen Bericht vorgelegt, der eine ordentliche Beschreibung des Ist-Zustandes darstellt, aber aus meiner Sicht leider eine Analyse bezüglich Effizienz, Kosten, Energiebedarf der einzelnen Verfahren und Anlagen vermissen läßt. Dies gilt für mich insbesondere vor dem Hintergrund der doch erheblichen Fördergelder, die geflossen sind. Ich meine, begründete Schlußfolgerungen für künftige Planungen sind in diesem vorgelegten Bericht nicht erkennbar. Ich denke, das ist bedauerlich; denn nur eine gründliche Kenntnis der Analyse über bestehende Anlagen kann Handlungsstrategien und Förderungen für die Zukunft rechtfertigen.

Ich will nur einmal darauf hinweisen: Die Beschreibung der Tatsache, daß Bioabfälle aus Schleswig-Holstein aus Kostengründen auch in anderen Bundesländern verwertet werden und daß dadurch Teile der Bioabfälle schleswig-holsteinischen Anlagenbetreibern verlorengehen, kann nicht ausreichen. Wir müssen doch eine Strategie haben, die das ändern kann.

Gleiches gilt für die Feststellung, daß die für das Jahr 2000 prognostizierten Abfälle aus der Biotonnen-sammlung mit mehr als 40.000 t über der Schätzung liegen. Daraus muß ich Schlußfolgerungen ziehen: Brauchen wir noch Anlagen, brauchen wir keine? Wir werden das im Ausschuß machen.

Das, was ich auch vermißt habe, ist zum Beispiel: Welche Erlöse kommen aus der Verwertung von Klärschlämmen und Komposten?

(Helmut Jacobs [SPD]: Die Frage war nicht gestellt worden!)

- Das ist richtig. Ich denke, das machen wir im Ausschuß. Aber ich möchte doch sagen, wo ich hier auch Widersprüche sehe.

Ganz kurz noch: Das Ziel, Klärschlämme und Komposte weitestgehend landwirtschaftlich zu nutzen - das ist klar -, finden wir gut. Aber ich sehe einen Widerspruch in der ausdrücklichen Forderung der Landesregierung, den Ökolandbau zu fördern. Wie paßt das zusammen mit der Weigerung der Ökolandverbände, die sogenannten Sekundärrohstoffdünger auch als Dünger anzuerkennen?

Gerade auch vor dem Hintergrund: Welchen zukunfts-trächtigen Realitätsgehalt hat dann das angekündigte landesweite Konzept, in dem verfügbare Flächen zur Verwertung von **Sekundärrohstoffdünger** dem Flächenbedarf anhand des Kompost- und Klärschlamm-aufkommens gegenübergestellt werden sollen? - Ich

denke, hier gibt es wirklich Handlungsbedarf. Ich glaube auch, die Klärschlämme haben es verdient, als Sekundärrohstoffdünger auch gegenüber der konventionellen Landwirtschaft in der Akzeptanz gesteigert zu werden.

Eine weitere Frage: Warum sind die 410 t in Schleswig-Holstein erzeugter industrieller Klärschlämme nicht innerhalb Schleswig-Holsteins - bei der wohl modernsten Sonderverbrennungsanlage SAVA - entsorgt worden, sondern in Hamburg? Dafür gibt es keine Begründung. Ich habe insgesamt bedauert, daß dieser vernetzte Ansatz für diesen Bericht nicht gewählt worden ist. Wir können wirklich nur Handlungsstrategien und Förderungsrechtfertigungen aus einem solchen vernetzten Denken und aus einer vernetzten Analyse ableiten.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Minister Steenblock, Ihnen und den Mitarbeitern Ihres Hauses für den Bericht, den man in einem guten Sinne als schlank und übersichtlich bezeichnen kann, wofür wir Abgeordnete, die wir regelmäßig mit Informationen zugeschüttet werden, besonders dankbar sind. Die Bilanzen hinsichtlich der Erfassung von Bioabfällen sind positiv, sowohl was die praktisch landesweit abgedeckte Gebietskulisse, aus der lediglich Kiel herausfällt - der Minister nannte das -, als auch vor allen Dingen die erfreuliche Mengenentwicklung von 12.000 t in 1992 auf 143.500 t in 1997 angeht. Also ein deutlicher Fortschritt.

Die erwartete Schätzmenge von 176.000 t in 2000 unterschreitet allerdings die Prognose aus dem Abfallwirtschaftsplan von 220.000 t erheblich. Soweit ich informiert bin, resultiert aus solch einer Erfassungs-unterschreitung gleichzeitig eine entsprechend starke Belastung des **Restmülls** mit Biomüll, der dort ja nicht hineingehört. So sehr ich die Eigenkompostierung unterstütze - ich gehöre mit meinem Haushalt übrigens auch zu dieser Gruppe -, ist doch in vielen Fällen eine ordnungsgemäße Behandlung und vor allen Dingen Verwertung fraglich. Sieht man sich mal so manches Grundstück an, findet man in der Ecke irgendwo im Garten, daß Rasenschnitt auf Rasen-

(Detlef Matthiessen)

schnitt gehäuft vor sich hingammelt. Von aerober Rotte kann dort keine Rede sein.

Man muß dieser Gruppe von Haushalten also - hier folge ich den Schlußfolgerungen des Berichtes sehr - die **braune Tonne** auch von der Gebührensseite her attraktiver machen, und die Verlockung, dann Biomüll in die Restmülltonne zu stecken, ist bei Vorhandensein einer braunen Tonne schlicht nicht gegeben.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß
[CDU])

Die Kompostqualitäten in Schleswig-Holstein gehören zu den Pluspunkten in diesem Bericht. Ich möchte noch einmal an Ihre Adresse gerichtet sagen, weil Sie meinten, die Biolandwirtschaft nimmt Klärschlämme nicht auf: Das gilt natürlich auch für große Teile der konventionellen Landwirtschaft, soweit sie Lieferverpflichtungen zum Beispiel gegenüber bestimmten Verarbeitern haben und so weiter. Das ist letztlich eine Sache, die wir hier beklagen können, die aber eine Privatangelegenheit ist, eine Sache der privatwirtschaftlichen Organisation ist.

Insofern will ich das nicht weiter vertiefen. Die Vermarktung der Kompostmengen bedarf sicherlich noch weiterer Anstrengungen, aber ich glaube, da können wir ganz optimistisch in die Zukunft schauen.

Was natürlich die Bürger immer am meisten interessiert, ist auch die Kostenseite. Wie der Bericht ausweist, ist im Land eine Spreizung von nahezu 300 % zu beobachten. Hier gilt es eben, noch weitere Anstrengungen zu unternehmen, um wirtschaftliche Anreize zur Nutzung des Entsorgungsangebotes zu geben.

Was die **energetische Verwertung** anbelangt - damit bin ich bei meinem Lieblingsthema -, nimmt Schleswig-Holstein bundesweit eine Spitzenstellung bei der Stromerzeugung ein.

Was das Deponiegas anbelangt: Immerhin resultiert mehr als ein halbes Prozent der gesamten Strommenge, die wir hier im Land verbrauchen, aus dieser Erzeugungsform. Und damit liegen wir wirklich mit Abstand an der Bundesspitze.

So gut wir im Ländervergleich auch dastehen mögen, mit der energetischen Verwertung von Biomasse stehen wir allerdings noch am Anfang einer Entwicklung, bei der große Potentiale realisiert werden können. Die Biomasse zählt zu den regenerativen Energieträgern, weil sie alljährlich nachwächst und so mittelbar Sonnenenergie in gespeicherter Form darstellt. Die Energienstiftung gibt das Potential der **Biomassenutzung** inklusive der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Reststoffe so hoch an - wenn man es zu Heiz-

zwecken nutzen würde; das ist die naheliegende Verwertungsform -, daß wir damit die Hälfte der Wohnungen des Landes beheizen könnten -, und das mit dem - sagen wir einmal - schlechten Dämmstandard, denn 70 % der Wohnungen sind vor der ersten und zweiten Wärmeschutzverordnung errichtet worden. Daran kann man sehen, daß es sich hier keineswegs um Peanuts handelt, sondern daß am Horizont eine Energiezukunft leuchtet, mit der wir den Heizbedarf hier im Land regenerativ abdecken können.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk
[SSW])

- Dänemark hat das Problem eher umgekehrt, dort ist nämlich der Weg schon fast bis zum Ende beschritten worden.

Wir müssen über eine Strukturpolitik nachdenken, die solche Verwertungsformen begünstigt. Ich sage, der Riese schlummert noch, und aus unserer Sicht sollte der Schwerpunkt zunächst beim Aufbau von Biogasanlagen liegen. In vielen Fällen ist die Verwertung der Wärme zur Beheizung von Stallungen und zur Warmwassererzeugung gegeben und somit eine wichtige wirtschaftliche Voraussetzung erfüllt.

Etliche Betriebe haben sich zusammengeschlossen. Die Zahl steigt im Moment sprunghaft an, so daß wir demnächst eine nennenswerte Zahl von Biogasanlagen im Lande haben werden.

Durch die Verwertung von sogenannten Cofermenten aus der Abfallwirtschaft kann der Gasertrag gesteigert werden. Die Biomüllentsorgung ließe sich dann ein Stück dezentralisieren, die braune Tonne bliebe auf dem Land. Ich begrüße ausdrücklich das Urteil des Oberlandesgerichts in der BA-Angelegenheit, wo der Stromlieferant zur fairen Vergütung des regenerativen Biomassestroms verpflichtet wurde.

Initiativen auf dem Gebiet der Biomassenutzung müssen also ergriffen werden, und ich weiß, Herr Minister, daß Sie im Rahmen der **Ökotechnikförderung** gerade auf diesem Gebiet unterstützend tätig sind. Die Firma Seaborne ist schon genannt worden. Dort werden organische Stoffe in kristalliner Form entzogen, Schwermetallverunreinigungen durch chemische Verfahren abgetrennt. Das Potential beträgt mehr als 20.000 solcher Anlagen bundesweit. Dort kann man also sagen: High-Tech und Biomasse auf dem Land - Zukunft made in Schleswig-Holstein!

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Bericht und

(Detlef Matthiessen)

die Beschäftigung mit dem Thema Biomasse ist viel spannender, als man vermutet.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Jacobs [SPD] und Konrad Nabel [SPD] - Konrad Nabel [SPD]: Es ist wirklich unheimlich spannend! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, es ist wirklich ein spannendes Thema! - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht macht deutlich, daß wir es bei Bioabfällen und Klärschlämmen mit sehr komplexen Themen zu tun haben. Daher möchte ich nur kurz einige Punkte des Berichts aufgreifen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Im ersten Teil des Berichtes wird deutlich gemacht, daß die Einführung der Biotonne nach anfänglicher Skepsis und Widerwillen in der Bevölkerung jetzt an Akzeptanz gewonnen hat. Das ist auf eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen. Aber mit der gewonnenen Akzeptanz haben sich auch neue Probleme ergeben. So ist die Mengenentwicklung aus der Biotonnensammlung im Zeitraum von 1992 bis 1997 um ein zehnfaches gestiegen. 1997 hatten wir es in Schleswig-Holstein mit zirka 145.000 t Bioabfall zu tun. Und nach vorläufigen Schätzungen der Kreise und kreisfreien Städte wird er bis zum Jahr 2000 weiter steigend sein. Daher könnte es im Jahr 2000 zu einem Defizit an geeigneten Kompostierungsanlagen kommen. Hier ist also wirklich noch etwas zu tun.

Die Bemühungen der Landesregierung und der Energiestiftung Schleswig-Holstein, die thermische Nutzung von **Biomasse** zu fördern, ist aus der Sicht des SSW begrüßenswert.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, so ist es.

Anders formuliert: Ich wünsche mir, daß wir in Sachen Biomasse wirklich weiter kommen, als wir bis jetzt gekommen sind. Ich möchte noch einmal - ich weiß, daß ich das Beispiel schon gebracht habe - mit dem Beispiel Amt Schafflund kommen, wo sich die Bauern zu einer Knick-Börse zusammengeschlossen haben, um ihr Schreddergut nicht nach Dänemark exportieren zu müssen. Das kann es eigentlich nicht gewesen sein.

In Schleswig-Holstein existieren erst 16 Heizwerke, die mit Biobrennstoffen befeuert werden. Damit wird erst ein geringer Teil des für eine thermische Verwertung einsetzbaren Potentials an Biomasse genutzt. Wie auch schon der Energiebericht deutlich gemacht hat - und der Kollege Matthiessen hat es hier auch noch einmal hervorgehoben -, ist zum Beispiel unser Nachbarland Dänemark in der energetischen Nutzung der Bionutzung viel weiter vorangeschritten als wir.

Der zweite Teil des Berichts gibt Aufschluß über den Stand der energetischen Nutzung von **Biogas**. Aus der Sicht des SSW ist es erfreulich zu sehen, daß eine auf Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit aufbauende Energieversorgung in Schleswig-Holstein zunimmt. Diese Art der Energiegewinnung birgt nicht nur ökologische Vorteile in sich, sondern sie schafft und sichert Arbeitsplätze im mittelständischen Bereich und eröffnet den Markt für innovative Technologien. Ebenso begrüßen wir, daß heute in acht von zehn Hausmüllanlagen Blockheizkraftwerke durch Methangewinnung betrieben werden.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Im dritten Teil des Berichts wird unter anderem auf die Möglichkeiten der **Klärschlamm Entsorgung** eingegangen. Hier war es für mich überraschend zu sehen, daß zirka 50 % der anfallenden kommunalen Klärschlämme durch die Landwirtschaft verwertet werden.

Der Bericht macht deutlich, daß die Akzeptanz gegenüber Klärschlamm bei den Betreibern von Getreidemöhlern steigt. Eine strikte Ablehnung von Klärschlamm Entsorgung ist heute nur noch bei Ökolandbauverbänden zu finden, da ihre Anbauverbände die Ausbringung von Klärschlamm ausschließen. Ich denke mir, auch für Klärschlamm wird es wichtig sein, die Nutzung von Biogas und die Förderung von Biogasanlagen voranzutreiben.

Ich wünsche mir, daß wir im Ausschuß noch viele interessante Gespräche zu diesem Bericht führen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Umweltausschuß zu überweisen. Wird

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Mitberatung beantragt? - Mitberatung im Agrarausschuß. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/2383

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

(Thomas Stritzl [CDU]: Sehr gut!)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als sich der Landtag zuletzt in der März-Tagung mit dem Thema BAföG-Reform befaßt hat, sind wir alle davon ausgegangen, daß die Bundesregierung noch im Laufe dieses Jahres ein umfassendes Reformkonzept vorlegen würde. „Die Landesregierung erwartet grundlegende BAföG-Reformen bis Ende 1999“, lautete die Überschrift der Pressemitteilung der Ministerin Erdsiek-Rave am 25. März dieses Jahres. Diese Erwartung, die auf öffentlich gegebenen Zusagen der rot-grünen Bundesregierung beruhte, hat sich inzwischen als trügerisch erwiesen. Mit den Worten „Nichts als leere Versprechungen“ hat der Präsident des Deutschen Studentenwerks, Professor Rinkens, bereits Ende Juni die neuen Signale aus dem Bundeskabinett kommentiert.

Bundesfinanzminister Eichel hatte nämlich am 23. Juni in einer Pressemitteilung folgendes erklärt:

„Über die Ausgestaltung des Familienleistungsausgleich ab 2002 entscheidet die Bundesregierung im Jahre 2001 im Zusammenhang mit einer Reform der Ausbildungsförderung.“

Der Tabellenanhang zu dem von Herrn Eichel veröffentlichten sogenannten Zukunftsprogramm - das heißt zum Sparkonzept der Bundesregierung - enthält einen weiteren Hinweis. Danach schreibt der Bundesfinanzminister die Einsparungen, die formal jedenfalls mit der Übertragung der BAföG-Zahlungen aus dem Bundeshaushalt an die Deutsche Ausgleichsbank verbunden sind, noch bis zum Jahre 2003 fort. Kosten einer allfälligen **BAföG-Reform** hat Herr Eichel jedenfalls in dieser mittelfristigen Finanzplanung überhaupt nicht veranschlagt.

Am 9. August ließ Frau Bundesbildungsministerin Bulmahn im Gespräch mit der „taz“ dann die Katze aus dem Sack - ich zitiere die „taz“ vom 9. August 1999 -:

„'Nein, sorry, das wollten die Sozialdemokraten nicht', rückte Bulmahn von dem sogenannten Drei-Körbe-Modell ab, das die Länder-Kultusminister und das Deutsche Studentenwerk vorangetrieben hatten.“

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie hatten 16 Jahre Zeit, das zu tun!)

Dies ist ein weiterer Bruch von Wahlversprechen der SPD und der Grünen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ha, ha, ein halbes Jahr nach Regierungsübernahme!)

Es ist vor allem ein enormer bildungs- und gesellschaftspolitischer Schaden für die Nutzung aller Begabungspotentiale. - Frau Kollegin Fröhlich, ich messe Sie an dem, was Sie selbst angekündigt haben, was in Ihrem Koalitionsvertrag fixiert wurde, was öffentlichen Erklärungen Ihrer Regierung entsprach und was noch Ende März dieses Jahres von Vertretern Ihrer Fraktion auch im Landtag als Erwartung geäußert wurde.

Noch einmal zurück zu dem Problem! Jungen Männern und Frauen aus Familien mit geringerem Einkommen würde - wenn es so kommt, wie es sich abzeichnet, daß die große BAföG-Reform verschoben wird - der Zugang zum Studium erheblich erschwert. Viele Studierende könnten ihre akademische Ausbildung nicht so zügig abschließen, wie dies bei einer Reform der Ausbildungsförderung möglich wäre.

Versäumnisse in dieser Hinsicht sind - das räume ich ein - auch der alten Bundesregierung anzulasten, ebenso freilich auch der rot-grünen Bundesratsmehrheit, die ja mehrfach kleinere Reformschritte - etwa im Mai 1998 die bayerische Bundesratsinitiative - unter Hinweis auf die höhere Priorität eines grundlegenden Reformkonzepts nach dem **Drei-Körbe-Modell** hat scheitern lassen. Es hat deshalb mehrere geringfügigere Anpassungen im BAföG-Bereich nicht gegeben, weil eben diese Fundamentalopposition im Bundesrat in der Vergangenheit betrieben worden ist.

Die neue rot-grüne Koalition in Berlin hat mit der 20. BAföG-Novelle, die zum Sommer/Herbst dieses

(Dr. Ekkehard Klug)

Jahres in Kraft getreten ist, ebenso kleine Brötchen gebacken wie frühere Bundesregierungen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit 23.000 Studierenden, die jetzt in den Genuß von BAföG kommen!)

Die Verbesserungen entsprechen im wesentlichen dem, was bereits die alte Regierung in der 19. Novelle im Vorjahr vorgelegt hat, und das Deutsche Studentenwerk hat erst kürzlich nach Rückfrage bei den Studentenwerken in den größeren Universitätsstädten festgestellt, daß die von Ihnen vorgelegte 20. Novelle nicht zu mehr BAföG-Anträgen geführt habe als im Vorjahr. Das ist die Aussage des Deutschen Studentenwerks.

Damit bleibt es bei der bildungs- und gesellschaftspolitisch unbefriedigenden Situation, daß nur acht von 100 Kindern aus einkommenschwachen Familien Hochschulen besuchen, obwohl 33 von 100 Kindern die gymnasiale Oberstufe besuchen.

Meine Damen und Herren, zu den bereits genannten Argumenten für eine zügige und grundlegende BAföG-Reform sind noch weitere Aspekte hinzuzufügen.

Erstens: Nach geltender Rechtslage läuft die Studienabschlußförderung am 30. September 2001 aus. Bereits ein Jahr vorher - das heißt ab Oktober 2000, ab Oktober nächsten Jahres - müßte die Gewährung einer solchen bis zu zwölf Monate zu zahlenden Studienabschlußförderung abgelehnt werden, weil die Studierenden ihren Abschluß nicht mehr innerhalb der Geltungsdauer der jetzigen Regelung erreichen könnten. Falls sich die Studienzzeit durch besondere Gründe wie Krankheit, Schwangerschaft oder Kindererziehung verlängert, müßten die Betroffenen nach geltender Rechtslage sogar bereits vor Oktober 2000 damit rechnen, daß ihnen keine Studienabschlußförderung gewährt werden kann. Aber auch im Normalfall ist die Unsicherheit für diejenigen, die sich bereits jetzt über die finanzielle Absicherung ihrer Examensphase Gedanken machen müssen, groß.

Zweiter Punkt: Wie alle Bürger sind Studierende bereits heute von Mehrbelastungen durch Gesetzesbeschlüsse der neuen Bundesregierung wie etwa die Ökosteuer betroffen, nämlich durch höhere Energiekosten, die sich daraus ergeben. Einen Ausgleich durch sinkende Rentenversicherungsbeiträge - das ist es ja, was zumindest Arbeitnehmer auf der Gegenseite verbuchen können - erhalten Studenten dagegen nicht; sie zahlen ja nicht in die Rentenversicherung ein.

Weitere Stufen der Ökosteueranhebung hat die Berliner Koalition bereits angekündigt. Die damit verbundenen Belastungen werden im kommenden Jahr unter

anderem auch die Studierenden treffen, ohne daß diese einen Ausgleich etwa aufgrund einer zügigen BAföG-Reform erhalten würden.

Kollege Jürgen Weber hat in der Landtagsdebatte am 25. März in diesem Parlament ausdrücklich bekräftigt, daß die Sozialdemokraten - ich setze hinzu: offenbar in Schleswig-Holstein - an einer umfassenden BAföG-Reform nach dem Drei-Körbe-Modell festhalten. Das können Sie so im Plenarprotokoll vom 25. März nachlesen.

Ich hoffe daher auf eine breite Unterstützung unseres Antrags.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich lediglich den Text des F.D.P.-Antrags ansieht, muß man sagen, daß er in der Formulierung in der Tat einer der besten ist, den wir von dieser Fraktion in diesem Parlament bisher vorgelegt bekommen haben. Das ist auch ganz einfach zu begründen, wurde er doch offensichtlich mittels eines Textscanners auf der Grundlage von sozialdemokratischen Beschlüssen erstellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Widerspruch bei F.D.P. und CDU)

Eine solche Form von Technologietransfer begrüßen wir aufs lebhafteste und haben auch nichts dagegen, wenn Sie in Zukunft häufiger davon Gebrauch machen, Herr Kollege Klug!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Der Landtag hat sich in den letzten zwei Jahren häufiger mit dem BAföG befaßt. Ich darf darauf hinweisen, daß noch ein SSW-Antrag im Ausschuß - wie man so schön sagt - „schmort“. Deswegen lassen Sie mich ein paar Anmerkungen zu der aktuellen Situation machen.

Die neue Bundesregierung hat mit der für dieses Jahr gültigen Novellierung des BAföG in der Tat noch keinen großen Reformwurf vorgelegt, sondern zunächst einmal die Bedarfssätze um 2 % und die Freibeträge um 6 % angehoben. Das war dringend erforderlich. Sie hat aber auch andere **Strukturverbesserungen**

(Jürgen Weber)

rungen vorgenommen wie die Anrechnung von Auslandsaufenthalten und der Gremienarbeit von Studierenden, die in früheren Jahren abgeschafft worden war.

Das war ein guter Start, aber ich sage auch: Nach diesem guten Start muß die grundlegende BAföG-Reform kommen. An dieser Auffassung hält die Sozialdemokratische Fraktion dieses Landtages fest.

(Frauke Walhorn [SPD]: Unbedingt!)

Ich habe die „taz“ jetzt zwar nicht zur Hand, meine mich aber zu erinnern, daß Sie das Zitat aus der „taz“ etwas unpräzise oder tendenziös vorgetragen haben, Herr Kollege Klug, denn in einem weiteren Satz - etwa zehn Zeilen weiter, wenn ich mich recht entsinne - sagt Frau Bulmahn ausdrücklich, daß sie keinesfalls von dem Drei-Körbe-Modell Abstand nehmen will, sondern daß es ihr lediglich darum ging, die Chancengleichheit als erstes Kriterium sozusagen an die Spitze der Gesichtspunkte für die Schaffung einer künftigen Strukturreform zu setzen. Das sollte man hier einmal feststellen.

Wer redlich über die BAföG-Struktur diskutieren will, muß natürlich auch die Rahmenbedingungen berücksichtigen. In der Tat ist es so, daß nach der Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** vom November 1998 auch die Berechnung der Grundlage des sogenannten ersten Korbs des Drei-Körbe-Modells neu überdacht werden muß. Alle Fachleute sagen, daß die bisher vorgesehene Ausstattung mit einem Sockelbetrag von 400 DM **elternunabhängiger Förderung** pro Student dem Entlastungsgebot des Verfassungsgerichts nicht entsprechen würde. Fachleute reden von einem Betrag zwischen 460 DM und etwas über 500 DM als erstem Sockelbetrag - ein Betrag, der angesichts der Haushaltssituation des Bundes in dieser Höhe nicht realistisch ist. Deswegen muß die Frage aufgeworfen und geklärt werden, wie man das Verfassungsgerichtsurteil auf der einen Seite und das Modell, zu dem zumindest wir als Sozialdemokraten nach wie vor stehen, gemeinsam voranbringen will. Es ist die Aufgabe des Bundesbildungsministeriums und der Regierungsfractionen im Bundestag, den vom Bundesverfassungsgericht noch offengelassenen Spielraum so weit auszunutzen, daß wir möglichst bald und nicht erst im Jahre 2001 - das füge ich an dieser Stelle ausdrücklich hinzu - zu einer BAföG-Strukturreform gelangen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Oberste Priorität jeder Strukturreform muß es sein, den Prozentsatz derjenigen Studierenden, die Anspruch auf

Leistungen nach dem BAföG haben, wieder deutlich zu erhöhen, nachdem man in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf eine kleine Restgröße zurückgegangen ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Es ist kein Geheimnis - und wir brauchen da gar nicht um den heißen Brei herumzureden -, daß auch in der Bundesregierung unterschiedliche Vorstellungen von einer Reform der Ausbildungsförderung bestehen.

(Zuruf von der CDU: Das ist ja nicht neu!)

Die grüne Fraktion hat nach wie vor ihr Reformmodell im Auge, das wir als Fraktion und Partei für einen nicht sinnvollen Weg halten. Aber auch diese Dinge sollen natürlich im Rahmen eines ordentlichen Diskussionsprozesses abgeschichtet werden.

Wie immer diese Lösung im Detail auch aussehen wird und aussehen soll, das Prinzip der **Chancengleichheit** muß genauso großes Gewicht haben wie die **Zügigkeit** und Beschleunigung des vor uns liegenden Verfahrens.

Summa summarum sage ich zum Antrag der F.D.P.: Er setzt aus vordergründigem Interesse einen Termin, der unseres Erachtens in dieser Form für eine Beschlußfassung nicht zielführend ist. Wir werden ihm daher in dieser Form nicht zustimmen. Wir sind aber bereit, über eine Qualifizierung und eine detaillierte Untersuchung der Dinge, die dort im Detail vorgelegt und im Bund diskutiert werden, gemeinsam mit dem SSW-Antrag, der noch zur Beratung steht, im Bildungsausschuß zu beraten.

Ich sage das nicht, um etwas auf die lange Bank zu schieben, sondern um zeitnah qualifiziert beraten zu können. Wir beantragen Überweisung an den Bildungsausschuß.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst dachte ich, ich hätte ein Déjà-vu-Erlebnis, als ich den F.D.P.-Antrag gelesen habe, denn ich fühlte mich an den BAföG-Vorstoß des SSW - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Herr Weber als Scanner-Effekt bezeichnet!)

(Jost de Jager)

- Nein, nein! Bei mir hatte das eine etwas andere Variante, denn ich fühlte mich an den SSW-Vorstoß vom März erinnert, von dem ich auch schon glaubte, daß er zur Unzeit gestellt war. Ich bin auch heute der Auffassung, daß wir als Landtag den Beratungen des Bundestages über die **BAföG-Reform** - zumindest zu diesem Zeitpunkt - nicht vorgreifen sollten. Ich glaube, wir wären besser beraten zu warten, bis die Konzepte des Bundes auf den Tisch kommen, um dann in dem Verfahren, an dem wir ohnehin im Bundesrat beteiligt werden, zu sehen, was wir daraus machen.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

- Ich freue mich über jeden Applaus, aber der kam von der falschen Seite.

Dann habe ich gesehen, daß wir nach diesem Antrag die Bundesregierung beim Wort nehmen und die angekündigte BAföG-Reform in den Eckwerten bis zum Jahresende vorlegen sollen. Das macht es natürlich deutlich interessanter, weil ich ein großer Freund davon bin, die Bundesregierung beim Wort zu nehmen. Das wird ein Unterfangen sein, das einen gewissen Unterhaltungswert verspricht, denn ich kann nicht erkennen, daß eine groß angelegte BAföG-Reform zumindest - oder überhaupt - in den Eckwerten bis zum Jahresende der Bundesregierung vorgelegt werden kann.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist jetzt schon mehr auf den Weg gebracht, als Sie es in 16 Jahren geschafft haben!)

Vielmehr wird die Bundesbildungsministerin Bulmahn ihren unglaublichen Spagat zwischen Ankündigung und Wirklichkeit erklären müssen.

Daß aus der groß angekündigten Reform im ersten Schritt eine Anpassung geworden ist, haben wir seinerzeit schon kritisiert. Das wollen wir aber nachsehen. Gravierender wirkt die Ankündigung, die Bundesregierung werde die **Forschungsmittel** verdoppeln. Das direkte Ergebnis dieser Ankündigung ist eine Kürzung dieser Mittel in dem Etat, der in diesen Tagen vorgelegt wurde, um 350 Millionen DM.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Das paßt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Nun konnte Frau Bulmahn - als sie diese Ankündigung machte - natürlich nicht wissen, daß ihr Herr Eichel dazwischenkommt. Genaugenommen konnte keiner wissen, daß Herr Eichel kommt, denn es ist für uns alle überraschend festzustellen, daß die Eingangsvor-

aussetzungen für den Eintritt in das Bundeskabinett mittlerweile offenbar der Verlust einer Landtagswahl eines SPD-Ministerpräsidenten ist. Er kam, und er hat gestern im Bundestag gesagt, daß die Verdoppelung der Forschungsmittel zwar kommen soll, aber nicht jetzt. Nun wissen wir nicht, was wir aus diesen verschiedenen Signalen machen sollen. Genaugenommen haben wir es mit einer babylonischen Sprachregelungsverwirrung beim BAföG zu tun, denn es gibt einen Sachzusammenhang zwischen der Erhöhung der Mittel und einer groß angelegten BAföG-Reform.

Weil diese Mittelerhöhung nicht kommt, ist auch nicht zu erkennen, daß diese BAföG-Reform in einer groß angelegten Aktion vorgelegt werden kann. Ich glaube, insofern sollten alle, die jetzt über das BAföG nachdenken, die Vorschläge zur BAföG-Reform nicht an den eigenen Wünschen messen, sondern an der Haushaltswirklichkeit, die wir in Bonn haben.

Kollege Klug, vor diesem Hintergrund glaube ich, daß man sehr ernsthaft prüfen muß, ob das **Drei-Körbe-Modell** ein Modell ist, das wir wirklich weiter verfolgen sollten, denn Berechnungen von Wirtschaftsinstituten - aber auch der bayerischen Staatsregierung - sagen, daß das Drei-Körbe-Modell sehr viel mehr Kosten generiert, die Gefördertenquote jedoch nicht deutlich erhöhen wird. Insofern kann ich mir vorstellen, daß man bei der jetzigen Systematik des BAföG bleibt, diese aber gleichzeitig deutlich verbessert. Dazu gehören aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion folgende Eckpunkte: Wir müssen das BAföG wieder zu einem Instrument für die wirklich BAföG-Bedürftigen machen.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet, daß wir - auch aus sozialen Gesichtspunkten heraus - die Gefördertenquote deutlich erhöhen müssen. Dabei peilen wir 25 bis 30 % an. Das wäre auch ein Weg, um das Mittelstandsloch, das wir derzeit haben, tatsächlich zu beseitigen. Wir müssen über eine Erhöhung der Freibeträge nachdenken. Da gibt es verschiedene Modelle, die wir im Bildungsausschuß bereden können.

Lassen Sie mich zum Schluß eines festhalten: Die CDU-Landtagsfraktion ist der Auffassung, daß wir das BAföG nicht von dem Einkommen der Eltern entkoppeln sollen. Ich glaube, daß das nach wie vor eine richtige Position ist. Frau Fröhlich, Sie hatten mir in der März-Debatte etwas vorgeworfen, nämlich, daß man - wenn man davon spricht, daß die Förderung der Kinder nicht von dem Einkommen der Eltern entkoppelt werden soll - beachten muß, daß man es

(Jost de Jager)

nicht mit Kindern, sondern mit Erwachsenen zu tun hat. Das ist richtig. Ich möchte jedoch mit dem Ausspruch eines ehemaligen bildungspolitischen Sprechers der CDU-Bundestagsfraktion enden. Er sagte: „Das ist sicherlich alles richtig, nur keiner wird leugnen, daß die Kinder immer noch mit ihren Eltern verwandt sind.“

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht deutlich aufs Ende zu. Mein Kollege Martin Hentschel hat heute wegweisendes zum Thema Heiligenschein gesagt. Ich möchte gern über Scheinheiligkeit sprechen. Vielleicht erinnert sich noch jemand, was vor dem 27. September vorigen Jahres los war. Da wurde dieses Land 16 Jahre lang von Konservativen und Liberalen regiert, die ständig das **BAföG** dezimiert und

(Meinhard Füllner [CDU]: Da sehnen sich viele zurück!)

dafür gesorgt haben, daß schließlich nur noch 15 % der Studierenden in den Genuß einer Studienfinanzierung kamen. Das nur, damit man das nicht vergißt!

Ich will in kurzen Stichworten darauf eingehen, da ich - anders als der Kollege Weber - den Antrag der F.D.P. mit vier minus und im Stil ungenügend bewerte; denn er verarbeitet die neuen Erkenntnisse, die zur Zeit vorliegen, überhaupt nicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir wußten, Sie verstehen davon nichts!)

Die Koalitionspartner im Bund haben sich darauf verständigt, bis Ende 1999 ein Konzept für eine grundlegende Reform des Ausbildungsförderungsgesetzes vorzulegen. Das werden **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und die **SPD** einhalten. Dazu bedarf es keiner Aufforderung durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag und schon gar nicht einer Initiative von dieser Seite des Hauses.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Da nageln wir Sie fest!)

In der Zeit von 1993 bis 1997, also in der Zeit, in der **F.D.P.** und **CDU** im Bund die Verantwortung hatten, hat das **BAföG** eine traurige Talfahrt erlebt. Die Zahl der Geförderten ist von 408.000 auf 238.000 gesunken; das entspricht 45 %. Eine Familie mit zwei stu-

dierenden Kindern konnte bei der Gesetzeslage, die bis Ende März 1999 galt, nur dann eine Vollförderung erhalten, wenn ihr monatliches Bruttoeinkommen 2.985 DM unterschritt.

Deshalb hat die rot-grüne Mehrheit im Bundestag im März mit dem 20. **BAföG-Änderungsgesetz** eine sogenannte Reparturnovelle beschlossen, um wenigstens das Schlimmste abzuwenden. Diesem Änderungsgesetz hat nun auch dankenswerterweise die CDU zugestimmt, die F.D.P. jedoch nicht, weil sie ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel plötzlich eine umfassende Strukturreform des **BAföG** gefordert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Dazu hat sie allerdings 16 Jahre Zeit gehabt. Die Grünen haben genügend Initiativen gebracht, auf die die damals mitregierende F.D.P. hätte aufspringen können. Jetzt erwartet sie das von uns.

Ich zitiere die wichtigsten Neuerungen nach der „Sozialpolitischen Umschau“ des Bundespresse- und Informationsamtes: „Die Bedarfssätze werden um 2 % und die Freibeträge um 6 % angehoben.“ Das wurde hier schon gesagt. Damit steigt der Höchstfördersatz im Westen von 1.010 DM auf 1.030 DM an und im Osten von 1.000 DM auf 1.020 DM. Das ist nicht viel, aber es ist ein bißchen.

Die **Strukturmerkmale** sind beinahe wichtiger. Künftig bleibt ein Auslandsaufenthalt bis zu einem Jahr wieder bei der Förderungshöchstdauer unberücksichtigt. Ebenso werden Studienzeitverlängerungen wegen Gremienarbeit und Arbeit in der studentischen Selbstverwaltung beim **BAföG** wieder angemessen berücksichtigt, was mir persönlich besonders wichtig ist. Wenn - viertens - ein wichtiger Grund vorliegt, kann bis zum Beginn des vierten Fachsemesters die Fachrichtung gewechselt werden. Letztens: Die Studienabschlußförderung wird um weitere zwei Jahre verlängert.

Das sind Strukturmerkmale bei der sogenannten Reparturnovelle, die möglicherweise noch mehr ins Gewicht fallen als die tatsächliche Aufstockung.

Die rot-grüne Koalition verfolgt eine Strukturreform mit folgenden Elementen: Familienlastenausgleich, elternunabhängiges Ausbildungsgeld für alle, ausreichende soziale Grundförderung mit Refinanzierungskomponenten nach gelungenem Studium - das ist das, was aus dem Fondsmodell mit hineingenommen worden ist -, eine Aufbaufinanzierung für alle diejenigen, die aus einem einkommensschwachen Elternhaus

(Irene Fröhlich)

kommen, und letztens die Berücksichtigung von Teilzeitstudium und Modularisierung, Auslandsstudium und Flexibilisierung der Bildungsbiographien, also das, was in der Reparaturnovelle schon enthalten ist.

Das **Drei-Körbe-Modell**, wie es die F.D.P. vorgeschlagen hat, ist entweder völlig unfinanzierbar oder verfassungswidrig. Das wurde hier schon ausgeführt; darum spare ich mir das.

(Unruhe)

Es gibt 1,8 Millionen Studierende. Ein solcher Sockelbetrag für jeden Studierenden oder jede Studierende ist unfinanzierbar. Schon ein Sockelbetrag von 350 DM für alle würde 4,1 Milliarden DM kosten. Das wäre aber verfassungswidrig, wenn die bisherigen Finanzierungsüberlegungen beibehalten würden. Deswegen ist das, was Herr Klug hier vorgelegt hat, nicht klug, sondern schlecht.

(Anhaltende Unruhe)

Zur Zeit werden verschiedene Gutachten erstellt, und danach kann dann entschieden werden, wie es weitergehen soll. Die Zeitplanung, bis Ende 1999 ein Konzept vorzulegen, bleibt bis auf weiteres bestehen. Machen Sie sich darüber keine Sorgen!

Wir wollen das gern im Bildungsausschuß weiterdiskutieren, zumal auch der SSW-Antrag einer weiteren Bearbeitung harret. Ich freue mich auf weitere Diskussionen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Fraktionen hier im Landtag haben bereits im März mit einem gemeinsamen Antrag dokumentiert, daß sie in bezug auf die Bundesausbildungsförderung Initiativen von der Bundesregierung erwarten. Die **BAföG-Situation** ist unhaltbar und gehört dringend geändert. Das meinen wir alle.

(Anhaltende Unruhe)

Es ist unhaltbar, wenn das Studentenwerk Schleswig-Holstein in seinem Sozialbericht auch für die Studierenden hierzulande feststellen kann, daß der Anteil der Studierenden mit einer Herkunft aus niedrigeren Statusgruppen nicht nur deutlich unterproportional ist, sondern daß dieser Anteil auch noch im Abnehmen begriffen ist. Sicherlich liegt hierin eine ebenso große Herausforderung der Bildungspolitik, aber daß sich

hier auch Probleme der Studienfinanzierung geltend machen, ist unzweifelhaft.

In Schleswig-Holstein erhielten 1997 gerade einmal 21 % der Studierenden Ausbildungsförderung nach dem BAföG. Das ist eindeutig zuwenig.

(Jürgen Weber [SPD]: Hört, hört!)

Die Bundesregierung hat bei ihrem Antritt versprochen, daß bis zum Ende dieses Jahres ein neues BAföG-Konzept vorliegen soll. Das von ihr propagierte **Drei-Körbe-Modell** ist aber durch das Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts in verfassungsrechtliches Zwielicht gekommen. Das sorgt für viel Verunsicherung dort, wo schon Hoffnungen geweckt worden sind. Die Bundesregierung hat aber leider nur für lange Gesichter gesorgt, indem sie angekündigt hat, jetzt erst 2001 die BAföG-Reform in Angriff zu nehmen. Das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wir können auch nicht akzeptieren, daß die **BAföG-Novelle** wie so viele andere Teile des Koalitionsvertrages jetzt im großen Regierungsordner „Wiedervorlage später“ gelandet ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wir begrüßen, daß der Kollege Klug jetzt die Bundesregierung daran erinnern will, daß sie dort noch eine Rechnung offen hat. Daher können wir den ersten beiden Punkten des F.D.P.-Antrages ohne weiteres zustimmen.

Was den dritten Punkt betrifft, so können wir allerdings nicht dem Drei-Körbe-Modell zustimmen. Es gibt einige ernstzunehmende Einwände, die aus unserer Sicht gegen dieses System sprechen. Das Drei-Körbe-Modell ist - wie bereits erwähnt - auch durch das Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts in Zweifel geraten. Vor diesem Hintergrund halte ich es für vorschnell, wenn der Landtag jetzt beschließen soll, daß wir eben dieses Modell wählen sollen.

Vor allem aber können wir auf keinen Fall die deutliche Abhängigkeit der Förderung vom Elterneinkommen tolerieren, die immer noch den Löwenanteil des Drei-Körbe-Modells ausmacht. Ich bin der festen Überzeugung, daß sich hierdurch nicht die Probleme lösen lassen, die sich zum Beispiel durch Erwerbstätigkeit der Studierenden ergeben. Sie wissen - auch das ist heute schon mehrfach gesagt worden -, daß der SSW andere Vorstellungen hat, daß wir einen ande-

(Anke Spoorendonk)

ren Antrag zum Thema BAföG eingebracht haben. Unser Antrag hat die Elternunabhängigkeit der Förderung zum Tenor. Wir haben uns für ein Modell entschieden, das aus unserer Sicht auch nur das zweitbeste sein kann, die Darlehenslösung, zinsfrei und für diejenigen, die dann auch in Arbeit kommen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich weiß, daß auch das nicht unproblematisch ist, aber es ist eine bessere Lösung, als einfach herumzuwurschteln wie bisher.

Ich bin mit der Ausschußüberweisung des Antrages einverstanden und hoffe, daß wir beide Anträge, unseren Antrag und den F.D.P.-Antrag, im Ausschuß beraten werden und die Anträge dort nicht weiter schmoren werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Opposition macht sich Opportunismus immer gut, aber man muß sich dann auch gefallen lassen, daß man auf die Fakten verwiesen wird, Herr de Jager! Ich finde es - gelinde gesagt - etwas abenteuerlich. Jeder Student und jede Studentin, die heute **BAföG** beziehen, beziehen es auf der Grundlage der alten Regelung. Wenn Sie jetzt plötzlich das Mittelstandsloch beklagen, muß ich sagen: Das haben Sie spät entdeckt!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ebenso fehlte in Ihrer Rede der leise Hinweis darauf, daß für das Konzept des **Drei-Körbe-Modells**, für eine völlige Neuordnung des BAföG nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, die Grundlagen andere sind als vorher. Das gehört doch zu einer ehrlichen und sachlichen Darstellung der Dinge hinzu!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Soviel intellektuelle, politische Redlichkeit erwarte ich in einer solchen Debatte. - Da können Sie lachen, aber das ist wirklich so.

(Zurufe von der CDU)

- Entschuldigung, wenn Ihnen das nicht paßt, kann ich das zwar gut verstehen, aber ich bleibe dabei: So billig kommen Sie dabei nicht weg, hier einfach zu fordern, jetzt müsse alles anders werden, als hätten Sie 16 Jahre vorher nicht bestimmte Grundlagen geschaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Das hören Sie nicht gern, aber eine Weile müssen Sie sich das noch gefallen lassen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Klug, nun muß ich Ministerin Bulmahn ein Stück in Schutz nehmen. Ich gebe Ihnen gleich gern einmal das gesamte Interview der „taz“. Ich habe es einmal nachgelesen. Der eine Satz, den Sie zitiert haben, ist aus dem Zusammenhang gerissen. Das ist legitim. Ich antworte Ihnen allerdings mit dem vollen Zitat.

Die Ministerin ist gefragt worden:

„Sie meinen die große BAföG-Reform, daß alle Studierenden auf einen Teil der Studienförderung zugreifen können?“

Darauf antwortet sie:

„Nein, sorry. Das wollten die Sozialdemokraten nicht. Chancengleichheit heißt nicht, daß ich reichen wie auch ärmeren Familien eine staatliche Unterstützung für das Studium gebe. Wir geben allen Familien eine Unterstützung in Form des Kindergeldes und des Ausbildungsfreibetrages, und wir geben den schlechter gestellten Familien zusätzliches Geld in Form des BAföG.“

Dann geht es weiter:

„Das heißt, das Drei-Körbe-Modell ist nicht das Ihre? -

Das habe ich damit nicht gesagt.“

Dann sagt sie noch:

„Das Drei-Körbe-Modell wäre am besten geeignet, die elternunabhängige Förderung zu stärken. Ich möchte das, weil Studierende junge Erwachsene sind. Das heißt, sie sollten die steuerlichen Erleichterungen direkt erhalten, die der Staat sonst den Familien für Ausbildung gibt.“

Das ist das komplette Zitat. Da kann man der Ministerin wirklich nicht vorwerfen, daß sie abgerückt sei.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Sie hat allerdings bestimmte Fakten, die hier schon genannt worden sind, zur Kenntnis zu nehmen. Ich halte es für richtig, daß sie vor diesem Hintergrund sagt: Wir müssen eine komplette neue Beratung haben, wie der erste Korb vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils gestaltet werden kann.

Natürlich müssen sich auch die Koalitionspartner noch verständigen. Es ist doch nicht ungewöhnlich, daß zwei Koalitionspartner zum Teil abweichende Vorstellungen haben! Das war bei F.D.P. und CDU auch immer so.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Den Termin für die Vorlage eines Konzepts!)

- Ja, Moment. Auch das können Sie nachlesen. Ich gebe Ihnen gern die gesammelten Presseartikel dazu, wenn Sie sie nicht haben. Die Bundesbildungsministerin hat angekündigt, daß sich die Koalitionsparteien im September verständigen werden und sie bis zum Jahresende ein umfassendes Konzept vorlegen wird.

Das war auch die Antwort, die wir bekommen haben. Nachdem wir uns erkundigt haben, steht diese Ankündigung bis zum Jahresende.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

- Sie wissen doch, wie es in einer Regierung ist. Wenn eine Bildungsministerin ankündigt, sie wolle ein Konzept vorlegen, kann man sie darin doch nur unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Unterstützung - wenn sie denn ehrlich gemeint war, Herr Dr. Klug - möchte ich gern akzeptieren. Da sind wir uns alle einig. Was die CDU will, ist jedoch etwas anderes. Das höre ich heraus, wenn ich die Stellungnahmen von der Bundesebene lese. Kollegen von Ihnen aus der Bundestagsfraktion sagen - das kann ich Ihnen gern zitieren -, das sei sowieso Unsinn und nicht bezahlbar, und rekurrieren wieder auf Studiengebühren und ähnliches. Wir haben da grundsätzlich andere Vorstellungen. Ich glaube aber, es gibt eine breite Mehrheit hier im Hause, die eine **Neuordnung des BAföG** in dem Sinne unterstützt, wie es angedacht war - mit den Modifikationen, die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts notwendig sind.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Lassen Sie uns darüber im einzelnen nicht beschließen - auch nicht über die Höhe, über die heute zu beschließen ohnehin unsinnig wäre, die aber in Ihrem Antrag in Zahlen genannt wird. Ich bin sehr dafür, daß wir die Diskussion über das BAföG hier in Schleswig-

Holstein, wenn wir auch nicht unmittelbar zuständig sind, intensiv begleiten, denn die Studierenden fragen uns danach. Meine Unterstützung soll in dieser Diskussion und in der Sache bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den letzten Punkt dieser Tagung, den Tagesordnungspunkt 22, auf:

Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2119

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Bülck, das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht für den Zeitraum 1996 bis Ende 1998 ist der dritte **Bericht**, der nach dem Inkrafttreten des **Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes** im Juni 1990 vorgelegt wird. Das Gesetz beinhaltet wichtige ordnungs-, orientierungs- und entwicklungspolitische Regelungen für die Weiterbildung im Land. Es ist fast eine Binsenweisheit, daß Weiterbildung und lebenslanges Lernen heute wichtiger denn je sind.

Wissen ist ausschlaggebend für attraktive Produkte und Dienstleistungen, für Wirtschaftlichkeit und Effizienz, für Erfolg im Wettbewerb und neue Arbeitsplätze ebenso wie für eine Teilhabe an unserer Gesellschaft.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD], Wolfgang Baasch [SPD] und Klaus-Peter Puls [SPD])

Kritiker des Gesetzes bleiben die Erklärung schuldig, was sie gegen **Weiterbildung** von Beschäftigten

(Minister Horst Günter Bülck)

einzuwenden haben. Das Gesetz in Schleswig-Holstein regelt die Qualitätssicherung, den Teilnehmerschutz und die Kooperation und Koordination von Fragen der Weiterbildung. Es setzt auf Beteiligung, Konsens und respektiert die pluralen Strukturen der Weiterbildung.

Das staatliche Anerkennungsverfahren für die Träger und Einrichtungen ist bereits ein breit akzeptiertes Instrument.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ende 1998 konnten 40 Träger und 33 Einrichtungen neben ihrem Namen mit dem **Gütesiegel** der staatlichen Anerkennung werben.

(Ursula Röper [CDU]: Was hat das gebracht?)

- Viel. Einige Leute haben sich weitergebildet. Sie hatten schon neun Jahre Zeit, das auch einmal zu genießen.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den an der Weiterbildung Interessierten gibt das Gütesiegel eine Qualitätsorientierung. Das staatliche Gütesiegel dient den Teilnehmern offenbar nicht nur zur Auswahl der Bildungsinstitutionen, sondern auch zur Auswahl der einzelnen Weiterbildungsveranstaltungen.

Indikatoren dafür sind die gestiegene Zahl der Anträge auf Anerkennung als Bildungsfreistellungsveranstaltung und gestiegene **Teilnehmerzahlen**. Insgesamt haben in den Jahren 1996 und 1997 145.000 Personen an diesen Bildungsfreistellungsveranstaltungen teilgenommen. Man möge sie fragen, was das gebracht hat. Nach einer vorläufigen Erhebung haben 1998 77.000 Personen teilgenommen.

Die Beschäftigten wissen, Bildungsfreistellungsveranstaltungen sind staatlich geprüft und erfüllen damit einen **Mindeststandard**. Dies ist wichtig angesichts einer zum Teil sehr pauschalen Kritik. Zu betonen ist: Es dürfen und werden Maßnahmen der privaten Lebensführung, der Freizeitgestaltung oder Maßnahmen, die der Erholung dienen, nicht anerkannt. Die Teilnehmer gehen sehr bewußt und umsichtig mit ihrem Recht um. Die Veranstaltungen vermitteln vorwiegend berufliche Kenntnisse. Um den immer differenzierter werdenden Anforderungen der Berufswelt gerecht zu werden, brauchen wir eine lernende Gesellschaft. Diesen Prozeß müssen wir unterstützen. Das Gesetz bietet daher ungenutzte Chancen und Möglichkeiten, das Lernen in dieser Gesellschaft noch intensiver zu verzahnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Immer mehr **Erwerbstätige** erkennen den Wert der **Weiterbildung** für ihre persönliche Entwicklung und für die Sicherung ihres Arbeitsplatzes. Daher geben deutsche Unternehmen jährlich etwa 34 Milliarden DM für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aus. Jeder zweite Erwerbstätige qualifiziert sich mindestens einmal im Jahr weiter. In den Umfragen wird aber auch deutlich, daß die Freistellung für Qualifizierungsmaßnahmen angesichts des Kostendrucks, der kürzeren Arbeitszeiten und der reduzierten Belegschaften schwieriger wird mit der Folge, daß Weiterbildung immer häufiger in der Freizeit stattfindet.

Diese Tendenz ist auch dem **Bericht** der Landesregierung zur Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes zu entnehmen, denn immer weniger Teilnehmer nehmen ihren Anspruch auf Bildungsfreistellung wahr. Dieser Bericht, der von der Landesregierung alle zwei Jahre vorzulegen ist, war schon in seiner letzten Ausgabe im Dezember 1995 überaus defizitär und gab keine seriöse Grundlage. Der uns heute vorliegende Bericht - Herr Minister, Sie können nun nichts dafür - übertrifft den vorhergehenden noch an schwammigen Aussagen, fehlenden Angaben sowie unkonkreten Daten und nicht vorhandenen Schlußfolgerungen.

Ich habe den Eindruck, daß der kontinuierliche Rückgang der Inanspruchnahme von Freistellung nach dem BFQG die Motivation weitgehend reduziert hat, sich ernsthaft mit Entwicklungen und Problemen der Akzeptanz auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Während der letzte Bericht die statistischen **Daten** nur bis zum Jahr 1994 lieferte, fiel das Jahr 1995 in der **Analyse** völlig unter den Tisch. Der uns jetzt vorliegende Bericht führt die Jahre 1996 und 1997 auf, aber Angaben über 1998 sind nicht enthalten, obwohl die Jahre 1996 bis 1998 abgedeckt werden sollen. Insofern erwarten wir den Nachtrag für 1998.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Sie nannten eben bereits einige Zahlen. Vielleicht können wir diese noch erhalten.

(Ursula Röper)

Der Bericht, der übrigens ein Jahr zu spät kommt, enthält keine Aussagen über die Beteiligung der verschiedenen Berufsgruppen am Bildungsurlaub. Erfahren möchte ich zum Beispiel, wie hoch der Anteil der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ist, wie viele unkündbare Arbeitnehmer den Bildungsurlaub wahrnehmen, welche anderen Berufsgruppen vertreten sind und welche benachteiligten Zielgruppen einbezogen werden.

Notwendig wäre eine konkretere Aufschlüsselung nach Themenbereichen und den jeweils beteiligten Männern und Frauen an den verschiedenen Angeboten gewesen, um Defizite zu erkennen, zumal Frauen 1997 seltener an Veranstaltungen der Bildungsfreistellung teilgenommen haben. Im Gegensatz zu den letzten Berichten fehlt eine vergleichende Länderstatistik mit den anderen Bundesländern. Es werden auch keine Aussagen darüber gemacht, wie viele anerkannte Anträge auf Schleswig-Holstein und wie viele auf das übrige Bundesgebiet oder auf das europäische und außereuropäische Ausland entfielen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß das seinerzeit formulierte Ziel zur **Beteiligung** am Bildungsurlaub in Schleswig-Holstein 4 bis 5 % betrug. 1996 lag die Beteiligung bei 0,96 % und 1997 bei 0,90 %. Sie ist also von Beginn an kontinuierlich zurückgegangen.

Ursachenforschung wird offensichtlich nicht betrieben. Als Erklärungen werden zwei Kritikpunkte an der Bildungsfreistellung angeführt. Zum einen heißt es, es werde behauptet, Bildungsfreistellung sei zu teuer. Wer dies behauptet, welche Wirtschafts- und Arbeitsbereiche möglicherweise besondere **Akzeptanzprobleme** haben, entzieht sich unserer Kenntnis.

Der zweite Punkt sagt aus, daß unterstellt würde, daß Bildungsfreistellungsveranstaltungen nicht wirklich der Weiterbildung dienen, sondern oftmals der Freizeitgestaltung oder der **Erholung**. Ich frage: In welchen Bereichen wird diese Kritik laut? Bezieht sie sich auf die berufliche, allgemeine oder politische Bildung? Und bei welchen Maßnahmen oder Teilnehmergruppen wird sie besonders oft geäußert? Welche Ursachen sind maßgebend für die offensichtlichen Akzeptanzprobleme? Gab es vielleicht doch mehr Mißbrauch als im Bericht angeführt? Interessieren würde mich darüber hinaus auch, wie sich die Konzeptionen integrativer Bildungsveranstaltungen entwickelt haben. Kein Wort liest man dazu im Bericht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie ist die Landesregierung ihrem Ziel nähergekommen, die Trennung der Weiterbildungsbereiche zu

überwinden? Aussagen fehlen auch bezüglich des „Versuchs“ von 1995, die Verzeichnisse der anerkannten Veranstaltungen an Bildungsfreistellungen im Zeitschriftenhandel für 2 DM zu verkaufen, um angeblich mehr Interessierte zu erreichen. Er scheint völlig fehlgeschlagen zu sein, denn diese Verzeichnisse sind überhaupt gar nicht am Markt, wie eine Telefonumfrage bei Buchhandlungen, im Kieler Rathaus und an weiteren Stellen ergab.

Wie aber sollen potentielle Interessenten jetzt noch erreicht werden? Die Abrufmöglichkeit im Internet, wie gerade eingestellt, ist sicher eine Möglichkeit für Bildungsgewohnte. Aber die Zielgruppen, die bildungsfern sind und die an Bildungsprozesse herangeführt werden sollen, werden mit Sicherheit dadurch nicht erreicht, zumal diese Personengruppe zu Hause in der Regel überhaupt keinen Internetzugang hat. - Fragen über Fragen, die deutlich machen, wie lückenhaft hier gearbeitet wurde!

Mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, daß die Landesregierung zum ersten Mal eine neue beziehungsweise eine zusätzliche gesetzliche Regelung zur **Förderung der Weiterbildung** nicht für erforderlich hält. Damit nimmt sie Abschied von der Koalitionsvereinbarung über die Schaffung eines Weiterbildungsgesetzes. Statt dessen soll nun ein offenes, qualitätsorientiertes **Weiterbildungskonzept** erarbeitet werden. Diese Aussagen hat die CDU bereits seit fünf Jahren formuliert, und ich erinnere mich noch gut an etliche Podiumsdiskussionen zu diesem Thema, weil auch - ehrlich gesagt - seit langem deutlich ist, daß ein Weiterbildungsgesetz als Leistungsgesetz zur Zeit nicht zu finanzieren ist.

Außerdem sollte man auch die staatlichen Steuerungsmöglichkeiten nicht überschätzen. Die Dynamik und Sachgerechtigkeit der Weiterbildung lebt ja gerade von der Vielfalt der Träger und einer großen Offenheit in den Gestaltungsmöglichkeiten. Verbesserungen sind dennoch anzustreben, um zum Beispiel regional ausgewogene Angebote zu gewährleisten oder um bisher in der Weiterbildung unterrepräsentierte soziale Gruppen zu aktivieren. Jedoch bedarf es dazu einer sehr verbesserten Bedarfsanalyse, um Lücken und Schwächen im Angebot zu identifizieren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mitte dieses Jahres wurde eine Dissertation zur Umsetzung des BFQG in Schleswig-Holstein veröffentlicht. Ich möchte nur einen Passus daraus zitieren, der die ganze Misere deutlich macht:

(Ursula Röper)

„Insbesondere die Streichung der Mittel für Maßnahmen nach den §§ 17 und 18 kommt einem politischen Offenbarungseid gleich. Denn gerade mit diesen Geldern sollten innovative Ansätze und zielgruppenspezifische Angebote für bisher Benachteiligte eingesetzt werden. Durch diese Entscheidung der Landesregierung wird ihre weiterbildungspolitische Zielsetzung ad absurdum geführt.“

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund kann ich auch verstehen, daß mehrmals von der SPD der Versuch gemacht wurde, diesen peinlichen Bericht ohne Aussprache dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wir erwarten also zu dem jetzt vorliegenden Bericht umfassende zusätzliche Ergänzungen, um wirklich auch sachgerecht im Bildungsausschuß darüber diskutieren zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Benker.

Hermann Benker [SPD]:

Frau Röper, ich teile viele Ihrer Bemerkungen, das muß ich voranstellen,

(Beifall bei der CDU)

wenn auch nicht alle. Zu den Bemerkungen, bei denen ich Ihnen zustimme, gehören: der Kostendruck, daß die Freistellung schwieriger ist und daß immer weniger von der Weiterbildung Gebrauch machen. Ich habe in gleicher Weise wie Sie die Lücke zwischen 1995 und 1998 bemerkt, und ich vermisste wie Sie die vergleichende Darstellung der Berufe.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber auch das Parlament muß sich natürlich fragen, ob **Berichtsforderungen**, die im Gesetz verankert sind, nicht dann ad absurdum geführt werden, wenn seit Mai dieser Bericht immer wieder vertagt und jetzt auf den letzten Tagesordnungspunkt verschoben wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist eine Frage, die an uns alle geht. Insofern kann man nicht nur von der Regierung fordern, solche Berichte zu erstellen, sondern dann muß das Parlament sie auch würdigen und werten.

Aber das Gesetz insgesamt und der Bericht zeigen deutlich, daß die **Bildungsfreistellung** heute zur Routine in Schleswig-Holstein geworden ist, Routine sowohl in der Wahrnehmung der **Angebote** durch die

Menschen in Schleswig-Holstein als auch in der **Berichterstattung**. Aber noch immer ist es keine Selbstverständlichkeit, wie sich an der Gesamtzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Bildungsmaßnahmen zeigt. Die jährliche Zahl schwankt seit 1989 zwischen 60.000 und 80.000. Wir haben gerade gehört, daß es 77.000 im Jahre 1998 waren. Das ist insgesamt zu niedrig, das muß man sagen.

Nun muß ich aber der Opposition entgegenhalten: Die Befürchtungen von damals, daß es mit diesem Gesetz quasi einen Zusammenbruch der Wirtschaft geben würde, weil Heerscharen von Arbeitnehmern davon Gebrauch machen würden, hat sich nicht bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, die Quote derjenigen, die eine **Freistellung** nach dem Gesetz in Anspruch genommen haben, ist unter 1 % aller Beschäftigten gefallen. Sie haben es erwähnt, und das ist eigentlich eine traurige Tatsache. Dies ist allerdings nicht nur eine Tatsache, die in Schleswig-Holstein zu beobachten ist, sondern die bundesweit festzustellen ist. Das läßt auch einen Rückschluß zu auf die Befürchtungen der Arbeitnehmer, daß sie bei Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs mit Nachteilen zu rechnen haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

- Doch, doch!

Das läßt sich noch mit einer anderen Tatsache belegen: Während 1996 von insgesamt 61.000 teilnehmenden Personen nur 8.000 ihren Anspruch geltend gemacht haben - das entspricht 13,4 % -, haben im Jahre 1997 von 83.000 Teilnehmern nur noch 7.600 Personen Bildungsfreistellung beantragt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was soll das heißen?)

Das entspricht einer Quote von 9,2 %. Das heißt, die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat die Veranstaltungen im Rahmen der **Freizeit** und im Rahmen anderer betrieblicher Freistellungen besucht. Das ist der entscheidende Punkt, und das zeigt die Angst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dieses Gesetz in Anspruch nehmen wollen, daß sie sich nicht trauen oder eher zurückstecken und **Urlaub** dafür verwenden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Her Abgeordneter Benker, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hermann Benker [SPD]:

Ich möchte Ihnen gern eine Drei-Minuten-Passage geben, sonst reicht meine Redezeit nicht aus. Ich gehe dann darauf ein.

Erfreulich ist, daß sich die **Qualitätsstandards** der Bildungseinrichtungen in Schleswig-Holstein gehalten haben. Denn von den 73 Einrichtungen und Trägern, die wir in Schleswig-Holstein haben, ist nur einer im Berichtszeitraum abgelehnt worden, und ein Antrag ist zurückgezogen worden.

Erfreulich ist auch, daß inzwischen der Zugriff über Internet erfolgen kann. Aber ich teile auch hier Ihre Auffassung: Das reicht nicht aus, um alle Bildungswilligen zu erreichen.

Eine fast gleichbleibende Teilnehmerzahl über Jahre hinweg macht Schluß mit dem Vorurteil auch der Opposition, daß hier nur Freizeitgestaltung betrieben wird. Wenn dennoch eine Reihe von Einrichtungen mit Freizeit und guter Lage wirbt, ist das durchaus legitim; denn die Einrichtungen stehen in Konkurrenz zueinander, und da gehört eben Werbung zum Geschäft. Aber es ist nicht ausschließliches Ziel, damit zu arbeiten.

Ich möchte mit einer weiteren unsinnigen Parole aufräumen, nämlich die **Kosten** der Weiterbildung seien zu hoch. Die Kosten für die Weiterbildung werden ausschließlich von den Teilnehmern getragen. Der Arbeitgeber hat allerdings bei denen, die von ihrem Freistellungsanspruch Gebrauch machen, die Lohnfortzahlung zu tragen. Dies ist insofern auch gerechtfertigt, als aus der Darstellung der anerkannten Veranstaltungen deutlich wird, daß der weitaus größte Teil dazu dient, berufliche Kenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Obwohl mit dem Gesetz ursprünglich einmal beabsichtigt war, sich insbesondere auch politisch fortbilden zu können, liegt die Mehrzahl der Angebote im wesentlichen im sachlich-fachlichen Bereich, was zum Beispiel die Schwerpunktbereiche Fremdsprachen mit 19,2 % und EDV mit 10,6 % zeigen.

Lebenslanges Lernen und die zunehmende Bedeutung von Weiterbildung machen es erforderlich, daß wir nicht nur diesem Gesetz und dem Bericht dazu Aufmerksamkeit zollen, sondern auch das darin angekündigte **Weiterbildungskonzept** der Landesregierung positiv begleiten. Die Bildungsfreistellung kann dabei zu einem konstanten Faktor der Weiterbildung in Schleswig-Holstein werden, und Weiterbildung wollen wir in Schleswig-Holstein auch weiterhin fördern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durchhalten, durchhalten, durchhalten! Wir haben es jetzt wenigstens geschafft, diesen **Bericht** zu diskutieren, nachdem er uns seit Mai vorliegt. Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt. Das muß man auch einmal selbstkritisch sagen. Das müssen wir alle miteinander einräumen.

Ich möchte noch eine zweite Eingangsbemerkung machen. Als dieser Bereich der **Weiterbildung** nach der Regierungsbildung im April 1996 zum **Wirtschaftsministerium** überwechselte, hat es einen ziemlichen Sturm der Entrüstung gegeben. Ich glaube, daß sich durch das Bemühen des Wirtschaftsministeriums, zu Verbänden zu kommen, Handwerksbetriebe, Wirtschaftsbetriebe, und Regionen einzubeziehen, eine Entwicklung fortgesetzt wurde, die zwar schon in Gang war, die aber insgesamt dem ganzen Konzept und dem Thema Weiterbildung sehr gut gerecht geworden ist, obwohl die Ausstattung mit Mitteln - das gebe ich zu - zu wünschen übrig läßt.

Das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz hat wichtige qualitätssichernde Aspekte. Darum ginge es dann auch - zum Teil jedenfalls - in einem Weiterbildungsgesetz, zum Beispiel für die Volkshochschulen. Das ist hier ganz gut geregelt. Es regelt nämlich die staatliche Anerkennung von Trägern und Einrichtungen der Weiterbildung. Angesichts eines sich ausweitenden Marktes für Weiterbildung ist ein solches **Gütesiegel** der staatlichen Anerkennung sehr wichtig, weil es **Mindeststandards** festlegt. Wer in diesen Einrichtungen weitergebildet wird, kann sich sicher sein, daß unter dem Label „Weiterbildung“ kein Schund abgeliefert wird.

Weiterbildung - so wird aus dem Bericht deutlich - dient für den weitaus größten Teil der Menschen dazu, berufliches Wissen zu verbessern und zu steigern. Der Bericht betont, daß dies dementsprechend kein Luxus, sondern in Phasen von Arbeitslosigkeit ein absolutes Muß ist und in das hineingehört, was wir als lebenslanges Lernen bezeichnen.

Bildungsurlaub hat ein Negativimage als **Luxus**, als überflüssig oder was auch immer - aber zu Unrecht! Ich weise besonders darauf hin, daß Auslandsveranstaltungen, was Sprachen anbetrifft, ausgesprochen zielführend sind, weil die Sprache, die man gern lernen möchte, im Ausland besser zu sprechen und zu

(Irene Fröhlich)

lernen ist als in dem Land, in dem man auf die Sprache nicht dringend angewiesen ist.

Festzustellen ist, daß die Zahl der Veranstaltungen gestiegen ist, aber die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesunken. Das ist ein bundesweiter Trend und sicherlich - mein Vorredner hat das schon gesagt - durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu erklären. Wer seinen Job behalten will, beantragt offenbar lieber keinen Bildungsurlaub. Das deutet daraufhin, daß an dieser Stelle das Ministerium aufgefordert ist, vielleicht bei den Betrieben ein wenig mehr zu tun, um zu schauen, wie man die **Akzeptanz** für solche **Weiterbildung**, die einem Betrieb zugute käme, weiter steigern kann.

Notwendig wäre - ich sagte es bereits - ein Weiterbildungsgesetz, das auch ein Leistungsgesetz ist. Das aber haben wir trotz Koalitionsvertrag nicht geschafft. Ich weiß mir im Moment auch keinen Rat. Das müßte dringend passieren. Aber - Frau Röper hat das gesagt - das kann ich nur hinnehmen. Man kann manchmal nicht alles schaffen, was man sich vorgenommen hat, so traurig das auch ist. Wir haben das im Rahmen der vorherigen Debatte zu der schwarz-gelben Koalition in Bonn auch gesehen; insofern befinden wir uns da in guter Gesellschaft.

Letztlich ist es immerhin gelungen - ich sagte das vorhin schon -, die Weiterbildungsinfrastruktur im Land durch 10 regionale **Weiterbündnisse** in Schleswig-Holstein deutlich zu verbessern. Ich sage es einmal mit einem kleinen Spruch: Kleinvieh macht auch Mist, und Mist düngt bekanntlich. - Damit will ich zum Ausdruck bringen, daß, wenn man dieses Netz verbessert, verbreitert, intensiviert, möglicherweise mehr dabei herauskommt,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

besonders was die Akzeptanz des Themas Weiterbildung anbetrifft. Das wünschen wir uns für unser Land dringend.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der F.D.P. ist niemand mehr zum Klatschen da! - Holger Astrup [SPD]: Wo sind die denn?)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine geehrten Damen und Herren! Der vorliegende **Bericht** zur Durchführung des Bil-

dungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes ist in der Tat ausgesprochen inhaltsleer und wenig aussagekräftig - insbesondere, wenn man diesen mit früheren Berichten, über die wir beispielsweise in der letzten Legislaturperiode debattiert haben, vergleicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Röper hat in ihrem Redebeitrag sehr kenntnisreich und detailliert auf die **Defizite** in diesem heute vorliegenden, zu diskutierenden Bericht hingewiesen. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl
[CDU])

Ich gestatte mir zwei Anmerkungen. Die erste Anmerkung zu Seite fünf: Da wird als Reaktion auf Kritik am Bildungsfreistellungsgesetz ausgesagt, es werde behauptet, daß die Bildungsfreistellung zu teuer sei. Das wird mit zwei Aussagen widerlegt, nämlich erstens, daß die Teilnehmer die **Kosten** für die Maßnahmen sowie die Reisekosten selber tragen und zweitens die **Lohnfortzahlung** vom Arbeitgeber getragen werde. Das scheint eine Aussage nach dem Prinzip zu sein: „Es kostet nichts, wenn jemand anders die Kosten trägt.“

Wenn man daran denkt, daß ein überwiegender Teil - das jedenfalls war die Aussage früherer Berichte, die etwas detailreicher waren - der Teilnehmer aus dem öffentlichen Dienst kommt, stellt man fest, daß das Kosten sind, die die öffentliche Hand, also der Steuerzahler, zu finanzieren hat. Das möchte ich zumindest als Entgegnung auf diese Aussage im Bericht anmerken.

Die zweite Anmerkung: Auf der gleichen Seite wird festgestellt, daß die Kritiker, die sagten, manche Bildungsfreistellungsveranstaltungen dienten eigentlich mehr der **Freizeitgestaltung**, nicht Recht hätten. Es mag sein, daß das nur in Einzelfällen ein Vorwurf ist, der gerechtfertigt ist, aber es gibt solche Fälle. Ich habe in den „Kieler Nachrichten“ vom 24. Januar 1998 eine Anzeige gefunden; das ist ein Zeitpunkt innerhalb des Berichtszeitraums. Da steht in der Anzeige unter der Überschrift „New York, New York“:

„Natur und Beton, Lebensqualität und Gewaltvorbeugung, Emanzipation und Sexismus, Rassismus und Toleranz, New York“

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hat schon Frank Sinatra gesungen!)

„und seine faszinierenden Gegensätze. Bildungsurlaub vom 7. bis 16.5.1998.“

Ich will nicht bestreiten, daß eine Reise nach New York bilden mag und interessant ist, aber ob das eine

(Dr. Ekkehard Klug)

Sache ist, für die Bildungsurlaub gewährt werden sollte, da habe ich - ehrlich gesagt - doch gewisse Zweifel.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Holger Astrup [SPD]: Nun wirb du für eine Reise nach Dänemark!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts des wenig mitreißenden **Berichts** der Landesregierung zur Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes muß ich mich fragen - genau wie die Kollegin Röper -, ob wir es hier nicht nur mit einer Pflichtübung zu tun haben.

Der erste Bericht zu diesem Thema aus dem Jahr 1993 war noch in Ansätzen schwungvoll. 1995 bestand der Bericht aus nur noch wenigen Seiten. 1997 wurde er anscheinend verschlafen, wie unsere Nachfragen im Ministerium belegen.

(Ursula Röper [CDU]: Das nächste Mal haben wir nur noch eine DIN-A 4-Seite!)

Es ist wohl eine Überlegung wert, ob man auf dieser Art der periodisch wiederkehrenden Berichte nicht doch lieber verzichten sollte. Damit meine ich, daß wir uns vielleicht überlegen sollten, den **Berichtsauftrag** zu ändern, um Antwort auf die Fragen zu bekommen, die für uns in Sachen Weiterbildung von Bedeutung sind. So vermissen wir in dem Bericht unter anderem, daß so wenig darüber gesagt wird, was die Landesregierung in Zukunft konkret unternehmen will, um die Akzeptanz von Bildungsurlaub bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern weiter zu verbessern.

Insgesamt wirft der Bericht mehr Fragen auf, als er beantwortet. Der Landesverband der Volkshochschulen hat uns mitgeteilt, daß viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Kompaktkurse zur Weiterbildung keinen Bildungsurlaub, sondern regulären Urlaub nehmen. Andererseits entsenden manche Betriebe ihre Mitarbeiter inzwischen zu Fortbildungskursen der Volkshochschulen - als bezahlte Arbeitszeit. Alles das beispielsweise taucht im Bericht nicht auf und ist auch nicht unbedingt negativ zu bewerten.

Dennoch: Wenn man **Akzeptanz** und **Image** von bezahltem Bildungsurlaub ernsthaft verbessern will, benötigt man zunächst mehr Wissen darüber, woran es bisher hapert.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es!)

Die im Bericht vage formulierte Absichtserklärung, daß der Konsens zwischen den Sozialpartnern und dem Land in Fragen der Weiterbildung weiterhin gepflegt werden soll, reicht heute nicht mehr aus.

Fragen, die man beantworten müßte, lauten zum Beispiel: Wie sieht die soziale und auf Berufsgruppen bezogene Verteilung beim bezahlten Bildungsurlaub eigentlich aus? Sind es vornehmlich gehobene Berufsgruppen, die Bildungsurlaub nehmen? Was hat das für Auswirkungen für das Image dieser Maßnahmen? Was erhoffen sich Teilnehmer von Weiterbildungsveranstaltungen? Was wissen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über ihre diesbezüglichen Rechte und Pflichten? Wie denken Arbeitgeber über Weiterbildung?

Sicherlich kann nicht alles davon in den zukünftigen Berichten Platz finden, aber wenigstens etwas.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen unbedingt ein differenzierteres Bild.

Wenn man bedenkt, daß ein Großteil der in Weiterbildungsmaßnahmen erworbenen Fähigkeiten vornehmlich oder zumindest teilweise dem Arbeitgeber zugute kommt, kann man kaum verstehen, warum es unter vielen Arbeitgebern noch immer Vorbehalte gegen die Maßnahmen gibt. Auch da muß Imagewerbung betrieben werden.

Der SSW wünscht sich aus einer nordischen Bildungstradition heraus, daß nicht nur Qualifizierung, sondern insgesamt Weiterbildung gestärkt werden. Unser Motto ist immer noch: Bildung fürs Leben und nicht nur fürs Berufsleben!

Weiter möchte ich daran erinnern, daß Schleswig-Holstein neben Sachsen das einzige Flächenland ist, das noch kein **Weiterbildungsgesetz** hat.

Mich machte natürlich auch das stutzig, was ich im Bericht las; denn da steht - ich zitiere das gern noch einmal -:

„Die Landesregierung hält eine neue beziehungsweise eine zusätzliche gesetzliche Regelung zur Förderung der Weiterbildung nicht für erforderlich, weil Schleswig-Holstein mit dem Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz ein Gesetz hat, das in weiten Teilen den Weiterbildungsgesetzen anderer Länder entspricht.“

(Anke Spoorendonk)

Aber genau da muß ich auch der Landesregierung widersprechen: Wir brauchen ein echtes und ganzes Weiterbildungsgesetz und nicht nur ein halbes.

Ich meine, daß wir gerade zu diesem Punkt auch im Ausschuß noch einmal einige Antworten von seiten des Ministeriums, von seiten der Landesregierung benötigen.

(Beifall bei der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als wir im Landtag das Gesetz zur Bildungsfreistellung und Qualifizierung bekamen, sagten wir vom SSW, es sei ein erster Schritt, den wir auch begrüßen. Aber es ist eben nur ein erster Schritt. Der zweite Schritt, der ganze Schritt muß heißen, daß wir auch in unserem Land ein Gesetz zur Weiterbildung bekommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Oppositionsführer angemeldet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!)

- Nein? - Das galt also einer Zwischenfrage. Ich hatte es als Wortmeldung für einen Drei-Minuten-Beitrag aufgefaßt.

Gut, dann liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Wirtschaftsausschuß und mitberatend dem Bildungsausschuß zu überweisen.

(Holger Astrup [SPD]: Zur abschließenden Beratung!)

- Zur abschließenden Beratung; jawohl! Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen. Das ist ein gutes Ende.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die heutige Sitzung und diese Tagung. Die nächste Tagung, die 38., beginnt am 13. Oktober 1999.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17:53 Uhr